

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschönfeld bestimme Blatt

Besuchspreis mit Illust. Beilage 10 Pf. und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einzeln 2.- für Selbstabholer 1.- Ab 1 M. — Durch die Post bezogen 2.- M. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208.

Buchdruckerei: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72200. — Verlag in Leipzig.
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72205

Abonnementpreise: Die Wochensatz. Kolonialzeile 35 Pfg. bei Plakatdruck 40 Pfg.
Stellenangebote: Die Wochensatz. Kolonialzeile 25 Pfg. Familienanzeigten von Privaten
die 10 Gepl. Kolonialzeile mit 50% Nachlass. Reklamezeile 2 M. Unterlate u. ausw.:
die 10 Gepl. Kolonialzeile 40 Pfg. bei Plakatdruck. 50 Pfg. Reklamezeile 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweignehäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Illusion plagt

Gesetz Konferenz der kapitalistischen Wirtschaftspolitiker

Keine Zollsenkung!

SPD Genf, 19. Februar.

Am Mittwoch stellten sich auf der Zollkonferenz in den Reden des italienischen faschistischen Ministers Bottai und des sozialdemokratischen dänischen Handelsministers Bramsnaa die beiden Gegenpole der Wirtschaftskonferenz für eine Völkerbundsvorständigung ungewöhnlich deutlich heraus. Auf der faschistischen Seite eine glatte Ablehnung der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit und des freien Warenaustausches, auf der sozialdemokratischen die Forderung weitestgehender Handelsfreiheit und wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Bottais Stellungnahme gipfelte in den Säben: „Eine Stabilisierung durch einen Zollfrieden würde den Ländern schaden, die dabei sind, ihre wirtschaftliche Struktur ihren nationalen Bedürfnissen anzupassen. Wir Italiener meinen daher, dass die gegenwärtige Situation kollektiven Abkommen wirtschaftlichen Charakters und besonders einem Zollfrieden wenig günstig ist. Der Zollfriedensgedanke ist vorerst und praktisch nicht durchführbar. Es gilt zu warten, bis es in die Welt eine größere Annäherung der nationalen Wirtschaftsprobleme gibt, nur eine solche Basis kann die Plattform für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeben. Bis dahin muss jedes Land seine eigenen Maßnahmen ergreifen.“

Bramsnæss' Antwort, daß landwirtschaftliche und industrielle Leisen- und die Arbeitlosigkeit auf die Dauer nicht mit proletaristischen Mitteln und nicht mit Maßnahmen der nationalen Wirtschaft allein bekämpft werden können. Er schloss: „Heute mögen hören wir, die Ausführungen des italienischen Ministers, die wenig ermutigend für die Zukunft unserer Arbeiten waren. Trotzdem hoffe ich im Interesse der Völker auf ein Ergebnis. Der Weg zu einer besseren Wirtschaft ist nicht die Isolation der Staaten, sondern die Zusammenarbeit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt.“

Lettland äußerte sich in Zustimmendem, der dänischen Auffassung ähnlichem Sinne, der polnische Handelsminister gab eine sehr interessante Vorlesung über die Wirtschaftspolitik der neuen Staaten, die trotz grundfäßlicher Zustimmung zu dem Versuch eines Zollfriedens doch darauf hinauslief, daß den neuen Staaten die Möglichkeit gegeben werden müsse, ihre Industrie durch Erziehungszölle hochzubringen, bzw. ihren Absatz in Agrarprodukten zu sichern. Das Zollfriedensabkommen, das der Pole auf Grund dieses Standpunktes entwidete, soll im Gegensatz zur dänischen Auffassung so weitherzig und wenig einschneidend wie möglich aussehen. Mit dem Rumänen stimmte er überein in der Forderung, die Möglichkeit regionaler Wirtschaftsabkommen ebenfalls zu prüfen, wobei die Rumänen einige Anspielungen auf die Stosungen der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen machten und gegenüber der Zollfriedensidee sehr skeptisch waren.

Die italienische Abfrage hat naturgemäß nicht dazu beigebracht, die Hoffnungen der Konferenz zu heben. Dazu kommt, daß Frankreich erklärt hat, es könne nicht Stellung nehmen, ehe die neue Regierung gebildet sei. Der belgische Außenminister und der Holländer Collignon, der als Präsident der Konferenz für die Ein- und Ausfuhrverbote schon immer eine große Rolle in den Wirtschaftsverhandlungen des Völkerbundes spielt, bemühten sich, eine gemeinsame Linie zwischen den Freihandelsländern herzustellen, um wenigstens in kleinen Umfang doch noch eine praktische Zollsenkungsaktion zustande zu bringen. Es verlautet jedoch, daß England vorausgegangen ist, ohne die Teilnahme Italiens und Frankreichs habe eine Zollsenkungsaktion keinerlei Wert. Ihr England und England müsse, wenn Italien und Frankreich ablehnen, die Konsequenz eigener nationaler Schutzmahnahmen ziehen.

Am Mittwochabend fanden zwischen Reichswirtschaftsminister Schmidt, Ernährungsminister Dietrich und dem rumänischen Finanzminister Madean Verhandlungen über den deutsch-rumänischen Handelsvertrag statt.

Beratung der Flottenkonferenz

SPD London, 19. Februar.

Die Hauptdelegierten der Flottenkonferenz haben am Mittwoch beschlossen, die Konferenz angesichts der französischen Regierungskrise auf eine Woche zu vertagen. Man vermutet, daß sich der italienische Delegierte Grandi auf die Dauer der Beratung nach Rom begeben wird. Die Konferenz soll am kommenden Mittwoch wieder zusammentreten, falls sich bis dahin die Teilnahme Frankreichs wieder ermöglichen läßt.

*

Vor der Beratung der Konferenz wurde das Memorandum der italienischen Delegation der Deutschen Reichsleitung übergeben. Das umfangreiche Dokument betont eingangs, daß Rüstungen ausdrücklich defensiven Charakter haben dürfen und deshalb auf das Mindestmaß herabgesetzt werden müssen. Die italienische Delegation wiederholt dann, sie sei bereit, von vornherein jeder noch so niedrigen Rüstung zur See ihre Zustimmung zu erteilen, sofern dieses Minimum von keiner anderen kontinentalen Macht überschritten werde. Italien trete mit Nachdruck für eine Herabsetzung der Rüstungen zur See ein, weil es als Mitglied des Völkerbundes und eines der Länder, die den Kellogg-Pakt unterzeichnet haben, eine derartige Absehung als die natürliche Folge dieser Verträge betrachte. Insbesondere sei Italien bereit, auf den Bau von 105 000 Tonnen zu verzichten, trotzdem ihm in Washington 175 000 Tonnen in der Kategorie der Schlachtkreise zugestanden worden seien. Es sei schließlich mit der Abschaffung der U-Boot-Waffe einverstanden, falls eine wesentliche Gefahrabschaffung der Rüstungen zur See und eine Abschaffung der Schlachtkreise erfolgt.

Ein Flottenbauprogramm

SPD Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: „Es ist bekannt, daß in der letzten Kabinettssitzung eine Einigung dahin zustandegekommen ist, daß eine Rate für das Panzer Schiff B in den Etat für 1930 nicht eingesetzt wird. Die Gründe sind in Finanznot zu erblicken, die es dieses Jahr unmöglich macht, einen Posten für Panzer Schiff B in Ansatz zu bringen. Ebenso ist es deshalb nicht möglich, schon jetzt einem Beschluss des Reichstages nachzukommen, wonach umgehend ein langfristiges Programm für die Erbschaften der Flotte aufgestellt werden soll. Dieses wird mit dem Etatvoranschlag für 1931 vorliegen werden und, auf eine Reihe von Jahren verteilt, die Erbschaften festlegen, wobei auch der Ertrag für Linienschiffe vorzusehen wird.“

Um den Kreuzer, der noch gebaut wird

SPD Berlin, 20. Februar.

Die Meldung des Echo de Paris, daß auf den Bau des Panzerkreuzers B erst nach Protest der englischen Regierung verzichtet worden sei, wird von der Reichsregierung in jeder Form als frei erfunden bezeichnet. Die Reichsregierung habe nicht einen Augenblick daran gedacht, die für das Panzer Schiff B anfänglich in Aussicht genommene Rate aus außenpolitischen Gründen abzulehnen. Der wirkliche Grund der Ablehnung ist in der Finanznot Deutschlands zu suchen.

Liberale Steuertheorie



Beim Anziehen der Steuerschraube muß immer der Lebensspielraum der einzelnen Bevölkerungsklassen berücksichtigt werden.

Die antirussische Welle

Die Beherrschter Russlands haben seit Jahren immer so getan, als sei ziemlich die ganze Welt eine einzige antisowjetische Front. Immer, wenn die russischen Bauern und Arbeiter eine Steigerung der harten Entbehrungen hinnehmen mußten, wurde ihnen zu ihrem Trost verkündet, daß die internationale Bourgeoisie zum Angriff auf das „Vaterland des Proletariats“ bereit stehe. Aus innerpolitischem Gründen bedurfte die Bolschewisten dieser Drohung, und es machte ihnen nichts aus, daß sie bis jetzt noch nicht in die Wirklichkeit umgesetzt worden ist. Nun aber lassen sich Feststellungen machen, die den Eindruck hervorrufen, als ob in letzter Zeit die Feinde Sovjetrusslands zu einer erheblichen Aktivität übergegangen seien. Schon bei der vorläufigen Erledigung des Konflikts wegen der osthessischen Bahn war das Eingreifen der imperialistischen Hauptschläge bedeutsam. Denn es hatte keinen anderen Zweck als den, auch diese vorläufige Beilegung des Streites hinauszögern, um den Einfluss Russlands auf die Bahn und im fernen Osten zurückzudrängen. Unter dem Druck der Imperialisten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die dabei die Führung hatten, ist es förmlich auch zu einem regelrechten Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und Russland gekommen. Unter der Regierung Calles hat Mexiko enge Beziehungen zu Russland unterhalten. Seit es sich aber in die vollständige finanzielle Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten begeben hat, ist nicht nur der Ausbau der Sozialgesetzgebung ins Stocken geraten, sondern auch die Beziehungen zu Russland sind immer loserer geworden, bis sie nun mit der Überzeugung der Botschafter ihr vorläufiges Ende gefunden haben.

In Frankreich, dessen Rentenkapitalisten durch die Annullierung der russischen Kriegsanleihen und Schulden große Kapitalverluste erlitten haben, ist von jeho ein günstiger Boden für die antisowjetische Agitation vorhanden gewesen. In den vergangenen Wochen aber ist diese Agitation zu einer wütenden Höhe gestiegen worden, deren äußerer Anlaß das bis heute unausgeklärte Verschwinden des ehemaligen Zaren Generals Kutepow ist. Kutepow war einer der Führer der weißgardistischen Emigration, und für die gesamte nationalistische Presse gilt es als feststehend, daß der General von den Agenten der russischen GPU ermordet worden ist. Obwohl bis jetzt die schon seit Wochen geführte Untersuchung für diese Behauptungen nicht den gesuchten Anhalt gegeben hat, wird der russische Botschafter in Paris täglich in den rechtsradikalen Zeitungen in der niedrigsten Weise beschimpft und die Botschaft selbst zu einem Mördernest erklärt. „Volkskundgebungen“ werden abgeholt, an denen zu Tausenden der nationalistische Volks teilnimmt und den Abruch der diplomatischen Beziehungen fordert. Diese Hege wird auch von dem französischen Klerus unterstützt und außerdem nähren sie noch die Kommunisten durch ihre unsinnige Krawallpolitik. Der sozialistische „Populaire“ kämpft einsam dagegen und bemüht sich in dem konkreten Falle, der von den kapitalistischen Staatsmännern so oft im Munde geführten Verständigung der Völker wirklich zu dienen.

Nicht weniger aktiv sind die Gegner Sowjetrusslands in England. Bereiteten sie schon der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen durch die Arbeiterregierung die ernstesten Schwierigkeiten, so sind sie weiterhin bemüht, Macdonald und Henderson vor der britischen Nation allzu großer Nachgiebigkeit gegen den Bolschewismus anzugeladen. Die englische Zillie der kommunistischen Internationale ist zwar eine politisch völlig bedeutungslose Seite, aber die Konservativen beachten jede ihrer Regung und Neuerung doch sehr genau, um sofort festzustellen, daß die russische Regierung die kommunistische Propaganda in England unterstüzt und damit die Bedingungen, die sie bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen einging, durchbreche. Zu den verschiedenen Anfragen und Interpellationen, die Macdonald und Henderson beantworten mußten, kommen jetzt neue, in denen die Arbeiterregierung ermuntert wird, irgendwelche Schritte gegen die Einschränkung der religiösen Freiheiten in Russland zu unternehmen. Die mächtige konservative Presse führt diesen Feldzug zur Bearbeitung der Massenstimmung und hofft, die Arbeiterregierung in eine für ihre Gegner hoffnungsvolle Lage hineinmanövriert zu können. Schließlich hat auch der Papst durch eine eigene Aktion den Katholiken in allen Ländern für ihren politischen Kampf gegen Sowjetrussland Weisung gegeben.

Deutschland war der europäische Staat, der zuerst in die engsten Beziehungen zu Sowjetrussland trat. Den Napoleonten schloß die auch damals in Deutschland schon ausschlaggebende Bourgeoisie nicht deshalb mit Russland ab, weil es von den Bolschewiten beherrscht wurde. Sie hätte statt der Staatsmänner mit proletarisch-revolutionären Geschlechtern Männer aus ihrer Klasse zu Bundesgenossen gehabt. Aber wichtiger war ihr zu jenem Zeitpunkt überhaupt ein Bundesgenosse, mit dem sich, wenn es sein mußte, gegen die Siegerfront im Westen antreten ließ. Mit Sowjetrussland hoffte die deutsche Bourgeoisie den „Schandvertrag von Versailles“ zerreißen zu können. Darum die frühe militärische Zusammenarbeit. Seit 1922 hat sich manches

geändert. Deutschland hat sich mit seinen ehemaligen Feinden „verständigt“, das Reparationsproblem soll endgültig und „vernünftig“ geregelt werden und die politische Gruppierung der Mächte hat sich seit damals völlig verschoben. Heute braucht die deutsche Bourgeoisie die sowjetrussische Freundschaft nicht mehr. Sie sieht in den Vereinigten Staaten von Nordamerika einen wertvolleren Bundesgenossen. Einen, der ihr finanziell und auch politisch mehr geben kann als Rußland. So wird denn ganz deutlich, das Bestreben sichtbar, von den früher eingegangenen Bindungen mit Sowjetrußland loszukommen. Diese Schwenkung wird seit längerer Zeit von einem Teil der bürgerlichen Presse vorbereitet und steht mit stärkerem Nachdruck gefordert. Natürlich werden die wahren Gründe verschwiegen und zum Anlaß des Kampfes gegen Sowjetrußland wird die oft schimpfende Kritik bolschewistischer Blätter und bolschewistischer Führer genommen. Da wird angeblich die deutsche Würde verletzt. Als vor einigen Monaten einige hundert deutschstämmige Bauern aus Rußland auswanderten, wurde versucht, damit eine nationalistische Agitation zu betreiben. Der Versuch blieb stcken. Jetzt gibt der deutschen rechtsradikalen Presse die gesteigerte kommunistische Putschpolitik Anlaß, ihren Vorstoß gegen Sowjetrußland weiterzuführen. Daneben ist es außerdem nicht nur die Zentrums presse, die ein Abrücken von Rußland wegen der Bekämpfung der Kirche durch die Bolschewisten fordert.

Muß schon die Einheitsfront: „Rettet die Kirche“ das Proletariat stützig machen, so muß es die Verurteilung angeblicher Grausamkeiten und der zahlreichen Todesurteile in Rußland durch die Bourgeoisie, die im eigenen Lande brutale Klassenjustiz übt, erst recht mit Misstrauen erfüllen. Denn dieselben Kreise, die über den Terror in Rußland stehen, die für die Herstellung politischer und religiöser Freiheiten in Rußland eintreten, die sich angeblich gegen die Einmischung von Sowjetrußland in innerdeutsche Verhältnisse wenden, sind so ganz still und untätig gegen allein Terror und gegen alle Grausamkeiten, die von dem faschistischen Regime in den Ländern begangen werden, die es ganz oder halb beherrscht. In Ungarn und in Italien, da können Menschen zu Dutzenden gefoltert und hingerichtet werden, da können Zeitungsbetriebe und genossenschaftliche Unternehmungen der Arbeiterschaft geplündert und zerstört werden, da kann die politische und die Koalitionsfreiheit für die Arbeiter völlig besiegelt werden: Dies alles ist kein Grund für die deutsche Bourgeoisie, dagegen auch nur ein Wort des Protestes zu sagen oder gar Konsequenzen für die offiziellen Beziehungen Deutschlands zu Italien oder Ungarn zu fordern! Ja, Mussolini kann sogar durch seine Mittelsmänner die nationalsozialistische Bewegung unterstützen. Es sieht darin niemand den Anlaß, etwa diplomatische Vorstellungen gegen die „Einmischung des Faschismus in innerdeutsche Verhältnisse“ zu erheben. Dem Faschismus ist von vornherein vergeben, was dem Bolschewismus dreimal als Verbrechen angekreidet wird.

So entschieden die Arbeiterklasse in allen Ländern gegen die Katastrophenpolitik der Kommunistischen Internationale antämpfen muß, so scharf sie immer wieder die Gefahren der Korruption der proletarischen Bewegung aufzeigen muß, die durch die Subvention der kommunistischen Parteien mit russischen Staatsgeldern gegeben sind, so heftig sie den Terror der Bolschewisten anklagen und seine Beseitigung fordern muß, so präsent sie sich doch überall fernhalten von der Front, die die internationale Bourgeoisie gegen Sowjetrußland zu schließen beginnt. So schwer auch Stalin und seine Kreaturen dem sozialistischen Proletariat das Eintreten für Rußland machen, seine Sympathien gehören trotzdem der russischen Revolution und dem Rußland der Arbeiter und Bauern. Und auch dann nicht, wenn das Machtstreben der Bourgeoisie eine andere außenpolitische Orientierung bedingt, darf die Sozialdemokratie sich in das Schleppnetz einer Aktion nehmen lassen, die gegen Sowjetrußland gerichtet und deren Ziel die Steigerung der ökonomischen und politischen Schwierigkeiten Rußlands und damit zuletzt die wachsende Verschlechterung der Lage der Arbeiter und Bauern in diesem riesigen Reich ist. Nicht an der Seite der Bourgeoisie, die in Sowjetrußland dem Sozialismus eine Niederlage bereiten will, sondern im Kampfe gegen sie und gegen die Moskauer Diktatoren muß das sozialistische Proletariat das demokratische Rußland der Arbeiter und Bauern aufbauen.

Die Hege gegen Rußland

SPD Paris, 19. Februar.

Die „Liberté“ und die um sie gescharten reaktionären Kreise haben für Freitagabend eine zweite Massenversammlung einberufen, die gegen die „Entführung“ Kutepows protestieren und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland fordern soll. Wie nun die „Liberté“ am Mittwoch zu berichten weiß, sollen die französischen Kommunisten unter der Führung der Botschaft eine Gegenaktion planen. Sie sollen sich mit der Abicht fragen, das Latal, in dem die Versammlung stattfinden soll — ein Riesenaal an der Peripherie von Paris — eine halbe Stunde vor Beginn der Kundgebung zu besetzen und es dabei auf Täterschaften ankommen zu lassen. Die „Liberté“ ruft daher zu den Waffen und gibt ihre näheren Schlachtparolen für Freitag aus. Die Untersuchung in der Kutepow-Affäre selbst ist bisher noch immer nicht über das Stadium der bloßen Vermutungen hinausgekommen.

Zum Tode Kösters

SPD Belgrad, 20. Februar.

Die Leiche des deutschen Gesandten Dr. Köster ist am Mittwochvormittag im Empfangsalon der deutschen Gesellschaft aufgebahrt worden. Die Mitglieder der jugoslawischen Regierung, Vertreter der Belgrader Garnison und des Belgrader Kunstlebens erwiesen dem Toten im Verlauf des Mittwoch noch am geöffneten Sarge ihre letzte Hochachtung. Die Zahl der bisher eingelaufenen und sowohl an Frau Dr. Köster wie an die deutsche Gesandtschaft aus allen Teilen Deutschlands, aus Leitland und dem übrigen Ausland gerichteten Beileidstelegramme geht in die Tausende.

An dem Trauerzug, der sich heute mittag um 12 Uhr mit den sterblichen Resten Dr. Kösters zum Bahnhof begeben wird, nimmt das gesamte diplomatische Corps, die Regierung und eine große Abordnung der Belgrader Garnison teil. Die Familienangehörigen werden die sterbliche Hülle Kösters nach Blankenfelde bei Hamburg begleiten. Die jugoslawische Regierung hat der Witwe Dr. Kösters einen Sonderwagen zur Verfügung gestellt.

Trauer über den Genossen

SPD Berlin, 20. Februar.

Im Auftrage des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und Otto Wels an die Witwe des verstorbenen deutschen Gesandten in Jugoslawien folgendes Beileidstelegramm:

„In Ihrem Herzzeid trauert um einen der Besten und Treuen mit Ihnen die deutsche Sozialdemokratie.“

Der Kampf um die Deckungsfrage

Die Regierung läßt sich unterrichten

SPD Die Besprechungen der finanzpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien mit dem Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer sind am Mittwoch zu einem vorläufigen Abschluß gebracht worden. Die Besprechungen bezweckten lediglich, die Regierung über die Auffassungen der Parteien zu unterrichten, um ihr damit die Möglichkeit zu geben, den Etat für das Jahr 1930 fertigzustellen. Irgendwelche Vereinbarungen wurden nicht getroffen.

Die Reichsregierung steht jetzt vor einer schwierigen Aufgabe. Die Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien über die Deckung des Fehlbeitrages im Reichshaushalt sind außerordentlich groß. Auch wenn die Angestelltenversicherung, wie jetzt festzustellen scheint, bereit ist, freiwillig etwa 100 Millionen Vorzugsaltanten der Reichsbahn zu erwerben und die Invalidenversicherung ebenfalls einen, wenn auch wesentlich kleineren Betrag übernehmen wird, so kann doch auf diesem Wege der Fehlbeitrag für die Arbeitslosenversicherung des nächsten Jahres nicht voll gedeckt werden.

Neben der Höhe des Fehlbeitrages ist es aber vor allen Dingen die Art der Steuererhöhung, die zwischen den Parteien strittig ist. Wenn auch einzelne Parteien, wie z. B. das Zentrum, sich zu den positiven Vorschlägen nur anteilsgemäß geneigt haben, weil sie dem Kabinett dabei die Führung überlassen wollen, so sind dennoch die großen Streitfragen deutlich erkennbar. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die durch möglichst starke Erhöhungen der Verbrauchssteuern, die dauernden Charakter tragen, nicht nur das einmalige Defizit durch Massenbelastung decken wollen, sondern auch dadurch zu erreichen suchen, daß im Jahre 1931 beträchtliche Ermäßigungen der Besteuerung vorgenommen werden können. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die wegen des Charakters des Fehlbeitrages als einer einmaligen Erhöhung dauernde Steuererhöhungen, insbesondere der Verbrauchssteuern, für wirtschaftlich halten, die Festlegung auf feste Steuern für unmöglich erklären und deshalb wünschen, daß der Fehlbeitrag im wesentlichen durch ein einmaliges Notopfer zur Einkommensteuer aufgebracht werde.

Die leichtere Auffassung ist die der Sozialdemokratie. Es ist jedoch bemerkenswert, daß auch die Bayerische Volkspartei einen einmaligen Zuschlag zur Einkommensteuer für wesentlich zweckmäßiger ansieht als dauernde Verbrauchssteuererhöhungen. Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hält jedoch eine, wenn auch einmalige Erhöhung der Einkommensteuer für in höchstem Grade gefährlich und sieht diesem Ausweg deshalb sehr abgeneigt zu sein. Unter diesen Umständen ist eine Entscheidung des Kabinetts wohl kaum sehr schnell zu erwarten. Eine Sitzung des Kabinetts ist erst Anfang nächster Woche zu erwarten.

Das Zentrum für Notopfer

Eine Denkschrift Stegerwalds

SPD Die Sozialdemokratie hat zur Behebung der Finanzschwierigkeiten des Reichs in den Parteiführerverhandlungen den Vorschlag gemacht, ein Notopfer der Einkommensteuerpflichtigen zu erheben. Von der Rechtspresse, aber auch von den Blättern

der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, werden deshalb starke Vorwürfe gegen sie erhoben. Der Vorschlag wird als politisch und wirtschaftlich unerträglich bezeichnet. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß auch im Zentrum ähnliche Gedanken eingängen wie von der Sozialdemokratie vertreten werden, wenn auch das Zentrum bisher offiziell einen solchen Vorschlag nicht gemacht hat. Das ist aber lediglich darauf zurückzuführen, daß die Meinung im Zentrum nicht ganz einhellig ist.

Um so wichtiger ist, daß auch unter den Ministern des Zentrums der Gedanke eines Notopfers für durchaus richtig gehalten wird. Insbesondere der Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald vertritt die Auffassung, daß die Neuregelung der Reparationsverpflichtungen dazu benutzt werden müsse, um eine Wirtschaftspolitik auf längere Sicht zu treiben. Im Gegensatz zu der Meinung der Unternehmer verweilt er darauf, daß ein erheblicher Teil der fehlenden Wirtschaftsschwierigkeiten zurückgeführt werden muß auf die dauernden Preissteigerungen, die immer wieder von Lohnbewegungen begleitet sein müssen. Kartelle und Konventionen haben in Verbindung mit der deutschen Steuerpolitik die durch Nationalisierung erzielte verbilligte Produktion den Konsumenten nicht im ausreichenden Maße zugutekommen lassen. Würde man jeden Fehlbeitrag der öffentlichen Haushalte lediglich durch Massensteuern zu decken suchen, so müßte bei den Arbeitern und Angestellten zwangswise die Stimmung ausgelöscht werden: Was man den Massen an neuen Steuern auferlegt, muß von den Gewerkschaften wieder mehrfach an Lohnerhöhungen herausgeholt werden. Damit aber würden die Wirtschaftsschwierigkeiten nur noch verschärft werden. Stegerwald wendet sich deshalb in einer Denkschrift gegen alle einseitigen Sanierungspläne. Diese Denkschrift enthält folgende positiven Vorschläge:

Da bereits im vergangenen Dezember die deutsche Wirtschaft durch Agraröl und Tabaksteuern mit mindestens 350 Millionen Mark neu belastet ist, sei es unmöglich, den ganzen Fehlbeitrag des Staates von 700 Millionen mittels neuer Steuern aufzubringen.

Der Vorschlag der Deckung des Fehlbeitrages der Arbeitslosenversicherung durch eine Anleihe bei der Sozialversicherung dürfte deshalb kaum zu umgehen sein. Die dagegen sprühenden wohnungspolitischen Bedenken seien zwar stark, dünnen aber im ganzen nicht so schwer zu bewerten sein, als wenn auch diese 250 Millionen durch Steuern aufgebracht werden müßten.

Allerdings erscheine es dann steuerpolitisch und fiskalisch zwar einfach, politisch aber nicht vertretbar, daneben und gleichzeitig auch noch die Umsatzsteuer um 1% Prozent zu erhöhen.

Im Hinblick auf die Gesamtlage müsse man deswegen entweder die mittleren und höheren Einkommen zu einem einmaligen Notopfer heranziehen oder aber die festbeschödeten mit 1% bis 2 Prozent des Gehaltes.

Wir hoffen, daß diese Stellung von Stegerwald die Billigung des Zentrums findet, so daß Zentrum und Sozialdemokratie gemeinsam dafür eintreten, daß die kommenden finanzpolitischen Entscheidungen keine einseitige Massenbelastung enthalten werden, durch die eine dauernde Wirtschaftsgesundung erschwert oder gar verhindert wird.

Psui, schämen Sie sich!

Ein Zwischenfall

SPD Am Mittwoch kam es im Reichstag während der Beratung der Younggelehr zu einem Zwischenfall, über den ein offizieller Bericht folgendes mitteilt:

Nachdem der Vorsitzende des Ausschusses die Sitzung bereits geschlossen hatte, verlängerte Reichsminister Dr. Wirth namentlich darüber, daß in den Berichten der Rechtspresse behauptet worden sei, aus dem Ausschluß sei ihm zugewiesen worden, er benehme sich wie ein Primaire. Das sei eine gemeine Lüge, da ein derartiger Zuruf gar nicht erfolgt sei. Abg. v. Freytagh-Vöringhoven bemerkte: Angesichts Ihres augenblicklichen Benachtmens in dieser Vergleich noch zu höflich. Darauf trat Minister Dr. Wirth dicht auf den Abgeordneten zu mit den Worten: „Wagen Sie das noch einmal zu wiederholen?“ Abg. v. Freytagh-Vöringhoven erwiderte, daß er sich nicht einschüchtern lasse, worauf Dr. Wirth antwortete: „Und Sie wollen ein Universitätsprofessor sein? Psui, schämen Sie sich!“ Nach weiterem heftigen Wortwechsel verließen die Ausschusmitglieder in großer Erregung den Saal.

*

Der Zusammensatz zwischen dem Reichsminister Dr. Wirth und dem deutschnationalen Abgeordneten Freytagh-Vöringhoven in einem Ausschuß des Reichstags ist, wie der Vorwärts heute berichtet weiß, auf einen Vertrauensbruch der Deutschen Zeitung zurückzuführen. In dem Bericht dieses Blattes waren Darstellungen enthalten, nach denen der Jurist des Auswärtigen Amtes, Gaus, dem deutschnationalen Abgeordneten in einer bestimmten Sache gegen Wirth recht gegeben haben sollte. Diese Behauptung ist ebenso verlogen wie alles andere, was von dem deutschnationalen Blatt in sachlicher Hinsicht behauptet worden war.

Der Verdacht Dr. Wirths ging zunächst mit Recht dahin, daß der deutschnationale Abgeordnete Freytagh-Vöringhoven den Vertrauensbruch begangen und in verlogener Weise über eine geheime Ausschaltung im Reichstage an die Deutsche Zeitung Bericht erstattet hatte. Inzwischen aber hat sich herausgestellt, daß der Bericht von einem Redakteur der Deutschen Zeitung stammt, der sich durch eine vorbehaltlich offen gebliebene Tür auf die Journalisttribüne eingeschlichen und sich — in verdeckter Stellung unter einer Bank — Notizen gemacht hat.

Kommunistische Rowdys

SPD Berlin, 20. Februar.

In der Neuköllner Bezirksversammlung kam es am Mittwoch wiederholt zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Als ein sozialdemokratischer Redner einen Antrag auf verstärkte Anwendung der Geschäftsordnung begründete, sprang der als Rowdy bekannte und auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung als solcher wiederholt hervorgetretene Kommunist Lange auf und schlug den Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion mit der Faust ins Gesicht. Es entstand eine regelrechte Prügelei, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. In der neuen Sitzung erhielt zunächst der Kommunist Lange das Wort. Er hatte kaum begonnen, als es zu neuen Zwischenfällen kam. Lange drang wieder auf einen Sozialdemokraten ein und schlugte ihn.

*

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte am Dienstag gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Gohlfé wegen Körperverletzung. Es handelte sich bei dieser Anklage um die stürmischen Vorgänge bei der Eröffnung des neu gewählten Preußischen Landtages am 8. Juni 1928, wobei es zu einer Schlägerei kam. Da ein Strafantrag wegen Körperverletzung nicht gestellt worden war, kam das Gericht zu dem Urteil, das Verfahren gegen den Landtagsabgeordneten Gohlfé auf Kosten der Staatskasse einzustellen.

Die französische Regierungskrise

SPD Paris, 19. Februar.

Der Präsident der französischen Republik wird am Donnerstagvormittag um 9.30 Uhr den Vorsitzenden der radikalen Kammerfraktion und früheren Innenminister im Kabinett Herriot, Camille Chautemps, empfangen, um ihn formell mit der Neubildung des Kabinetts zu betrauen.

Die große Mehrheit in der radikalen Fraktion und in den zahlmäßig wichtigen Gruppen des Linkszentrums verlangt nach einem Kabinett der Konzentration, in dem die Radikale Partei die Führung und die Linke den überzeugenden Einfluß haben soll. Die Konzentration soll aber bis zu Maginot einschließlich gehen. Ihre praktische Verwirklichung wird auch heute, trotzdem sie zu Tagesparole geworden ist, nicht leicht sein. Man braucht daran zu denken, daß an ihr Männer wie Tardieu und sogar Briand gehilft sind. Tardieu selbst sagt durch seine Vertrauensleute eine ähnliche Koalitionsidee lancieren, doch will er das Schwergewicht seiner Mehrheitsbildung mehr nach dem rechten Zentrum verlegen und die radikale Fraktion sogenannter Linkenbücher duschen.

Das Bombenattentat der Faschisten

SPD Wien, 10. Februar.

Aus absolut zuverlässiger Quelle verlautet hier, daß das Bombenattentat gegen die faschistische Zeitungeredaktion in Triest vor einigen Tagen von Faschisten aus persönlichen Motiven organisiert und durchgeführt worden ist. Die am Tatort aufgefundenen antifaschistischen Flugblätter sind in der Druckerei des Faschistblattes hergestellt worden. Sie sollen den Verdacht auf die Buchdrucker lenken, die übrigens in dem faschistischen Parteiblatt auch Faschisten sind.

Kommunistenauswüchsen in Athen

SPD Athen, 10. Februar.

Das Amtsgebäude des Bürgermeisters von Athen war am Mittwoch der Schauplatz wilkürlicher Kommunisten. Unter Hochrufen auf Sowjetunion und Karamazow, unter Hochrufen auf Sowjetunion und Karamazow, drangen etwa 100 Kommunisten in das Gebäude ein, zertrümmerten die Einrichtung, zerstörten die Akten und konnten erst von einem Polizeiaufgebot entfernt werden. Eine Wache zur Sicherung des Amtsgebäudes wurde aber nicht zurückgelassen. Drei Stunden später erschienen die Kommunisten von neuem und verlangten den Bürgermeister persönlich zu sprechen. Es entstanden wiederum schwere Unruhen, in deren Verlauf mehrere Schüsse fielen. Die herbeigerufene Polizei konnte jedoch die Ordnung wiederherstellen.

Litauische Amnestie

SPD Riga, 20. Februar.

Anlässlich der zwölfjährigen Selbständigkeit Litauens hat Staatspräsident Smetona für zahlreiche politische und kriminelle Verdreyne eine Amnestie erlassen. Die selnerzeit wegen eines angeblichen Attentats auf Bolemaras zu schweren Strafen verurteilten vierzehn Studenten sind ebenfalls amnestiert worden.

Aussöhnung einer kommunistischen Jugendorganisation. Auf Grund des neuen finnischen Vereinsgesetzes, das der Regierung größere Vollmachten im Kampf gegen kommunistische und überhaupt revolutionäre Verbände gibt, ist der kommunistische Jugendbund in Abo aufgelöst worden. Die kommunistische Zeitung „Savon Työ“ ist für zwei Monate verboten worden.

Die Änderungen zum Reichsbankgesetz

Bon unserem Berichterstatter wird uns aus Berlin geschrieben: Der Youngauskuss des Reichstages verabschiedete am Mittwochmittag das Reichsbankgesetz, d. h. die Paragraphen, die international auch weiterhin gebunden bleiben. Wie nicht anders zu erwarten war, spielte Herr Dr. Schacht in der Debatte eine besonders große Rolle. Genosse Heinrich kennzeichnete das System des Reichsbankpräsidenten unter Hindernis auf seine lehre Bremer Rede. Im Vordergrunde der Beratungen stand aber zugleich auch der Organisationsapparat des Reichsbankinstituts. Der Regierungsvertreter Trendelenburg kündigte an, daß dem Reichstag binnen weniger Tage eine neue Novelle zum Reichsbankgesetz zugehen werde. Sie wird, schon rein technisch gesehen, erst kommenden Montag dem Plenum vorgelegt werden können. Am Sonnabend aber sollen spätestens die Ausschußberatungen über die Younggesetze abgeschlossen sein.

Die Novelle der Regierung bezieht sich in der Haupthache auf die Verteilung des Reingewinns. Man glaubt, mit dieser Novelle alle Vorstände abzubiegen, die hinsichtlich der international ungebundenen Paragraphen zu erwarten sind. Die Sozialdemokratie erlangt stärkere Kontrollmöglichkeiten für das Institut Dr. Schachts, und zwar durch die Einschaltung des Reichsrechnungshofes, dessen Mitwirkung das Organisationskomitee bereits bei der Kontrolle der Notenausgabe und der Notendekution vorgelebt hat. Bis in die Zeit der Inflation hinein war die Reichsbank der Kontrolle des Rechnungshofes unterstellt. Jetzt weigern sich die Freunde Dr. Schachts, diese einst gültigen Kontrollmaßnahmen wieder einzuschalten.

Die Sozialdemokratie sucht die Erledigung dieser Fragen von der Verabschiedung der Younggesetze loszuholen, weil sie erst dann — entsprechend dem seinerzeit gefassten Fraktionsbesluß — das Problem Dr. Schachts aufwerfen will. Wie bekannt, beschloß die Fraktion, ein Initiativgesetz einzubringen, durch das Dr. Schacht besiegt werden soll. Vorläufig freilich dürfte kaum damit zu rechnen sein, daß sich für derartige Pläne im Reichstag eine Mehrheit finden werde, denn gerade seine Bremer Rede hat besonders auf der rechten Seite der Parteien volles Einverständnis ausgelöst. Gerade aber die lehre Bremer "Leistung" Dr. Schachts hat den Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratische Partei ihr Initiativgesetz mit der Verabschiedung der Younggesetze verknüpfen mußte, wenn irgendwie die Möglichkeit geschaffen werden sollte, Herrn Dr. Schacht den Stuhl vor die Tür zu setzen.

Die einzige Abstimmung von größerer Bedeutung, die zum Bankgesetz vorgenommen werden muß, wurde auf Wunsch des Zentrums auf Donnerstag vormittag vertagt. Sie bezieht sich auf den Paragraphen 21. Dieser behandelt die Belehrungsmöglichkeiten von Schulbeschreibungen durch die Reichsbank. Der Reichstag will hier einen Zwischenfall gestrichen haben, durch den die kommunale Kreditgebarung beschränkt werden soll.

Die Ausschüsse haben am Donnerstagvormittag der Fassung des Reichsrates mit großer Mehrheit zugestimmt. Darunter befanden sich die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter. Der § 21 in der Regierungsfassung ist von der Organisationskommission, d. h. unter Mitwirkung Dr. Schachts, zuständig gekommen. Die Annahme der Reichsratsfassung auch im Plenum würde zur Folge haben, daß darüber nochmals mit den Mächten verhandelt werden muß. Schließen sich die Ausschüsse der Fassung des Reichsrates an, dann ist das ein, wenn auch sehr bescheidener Sieg über Dr. Schacht.

Am Mittwochnachmittag behandelte der Ausschuss das Reichsbankgesetz. Diese Debatte wird am Freitag zu Ende geführt. Für den Donnerstag ist die Erledigung der Sanktionsfragen in Aussicht genommen.

Der Kampf um das Polenabkommen

WIB Berlin, 19. Februar.

Wie verlautet, haben zwischen dem Reichsaufnahrminister und einzelnen Parteiführern der Regierungskoalition Vereinbarungen darüber stattgefunden, ob und in welcher Form die Herausnahme des Polenabkommen aus den Haager Abmachungen vor sich gehen kann. Von den Parteien ist vorgeschlagen worden, die Ausschüsseberatungen über das Polenabkommen um wenigstens acht Tage zu verlängern, damit auch nach außen hin fällig die Nichtverbundenei des Polenvertrages mit dem Youngplan in Erscheinung tritt. Der Reichsaufnahrminister soll sich diesen Vorschlägen nicht völlig versagt haben, zumal in Paris festgestellt worden ist, daß auch die Franzosen zu einer entgegengesetzten Haltung bereit seien.

Der deutsch-polnische Roggen-Exportvertrag

WIB Berlin, 19. Februar.

Wie bereits mitgeteilt, hat das Abkommen über die gemeinsame Regelung der Roggenausfuhr aus Deutschland und Polen, das von den Delegationsführern am 16. Februar 1930 paraphiert worden war, nunmehr die Zustimmung der beiderseitigen Regierungen gefunden.

Durch den Vertrag soll im Interesse der deutschen und polnischen Landwirtschaft der bisherige Zustand beiseitigt werden, daß sich der Getreideexport beider Länder auf den Auslandsmärkten gegenseitig unterbliebt und dadurch eine immer weitere Senkung des an sich schon ungenügenden Roggenpreises herbeiführt. Um eine möglichst gute Bewertung des Roggens zu erreichen, sieht der Vertrag eine Kontingentierung der Ausfuhr unter Innehaltung von Mindestpreisen und die Gründung einer deutsch-polnischen Kommission für diese Ausfuhrregelung vor. Zur Durchführung der gesetzlichen Tätigkeit der Kommission wird eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung errichtet. Ihre Gesellschafter sind zunächst als Treuhänder die polnische Staatische Getreidestelle für den polnischen Anteil und die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft für deutschen Anteil. Hierbei haben sich beiden Regierungen vorbehalten, eine andere geeignete Stelle als Treuhänder für den Anteil ihres Landes zu benennen und eine Unterstellung des Anteils vorzunehmen. Der Sitz der Kommission soll nach der wirtschaftlichen Zweckmöglichkeit bestimmt werden; er befindet sich zunächst in Berlin. Die Regierungen haben sich verpflichtet, deutsche Einfuhrcheinre oder polnische Ausfuhrcheinre für die Dauer des Vertrages nur noch für solche Roggenausfuhrmengen zu erteilen, die durch die Vermittlung der deutsch-polnischen Kommission vertraut werden.

Dieses Abkommen ist zunächst für die Zeit bis zum 1. Juli 1930 abgeschlossen worden. Für den Fall, daß die gegenwärtigen Voraussetzungen fortfallen sollten, auf denen das Abkommen beruht, sind gewisse Kündigungsmöglichkeiten vorgesehen.

63 000 deutsche Gemeinden

Nach der letzten Volkszählung hatten wir insgesamt 63 580 einzelne Gemeinden, davon 60 132 Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Von diesen Kleingemeinden hatten 11 889 weniger als 100 Einwohner. Weitere 38 740 Gemeinden zählten nicht mehr als 100 bis 500 Einwohner. Sonach sind im Reich, rund 45 000 Gemeinden, — das sind rund 75 Prozent aller Gemeinden — mit weniger als 500 Einwohnern.

Grausamkeiten gegen Behörde

Die Diktatur läßt foltern

Die Lage der politischen Gefangenen in Jugoslawien

Die Erklärung eines Polizeibeamten in Weliki Beškeret, die kürzlich aus Jugoslawien ins Ausland geschickt werden konnte, zeigt neuerlich die grauenhafte Lage und die schreckliche Behandlung der politischen Gefangenen in Jugoslawien. Die Erklärung lautet:

"Ich städtischer Polizeibeamter in Weliki Beškeret, erkläre folgendes:

Daß ich auf Befehl meiner Vorgesetzten den Verhören und den Folterungen der verdächtigen Kommunisten in Weliki Beškeret beigewohnt habe.

Die Folterungen wurden gewöhnlich von 20 bis 24 Uhr durchgeführt, und zwar auf folgende Weise: Vorher wurde das Polizeigebäude von Wachen, umstellt, damit niemand die Schmerzenschreie der Gefolterten hören und ihnen lauschen könne. Einmal wurden zwei Menschen beim Zuhören ergriffen, sie wurden ins Polizeigefängnis geschleppt, verprügelt und dann freigelassen. Den einen dieser zwei kenne ich, er heißt Djordje Lazi, der Name des anderen ist mir unbekannt.

Die Verhöre und Folterungen wurden in mehreren Zimmern gleichzeitig ausgeführt. Die verdächtigen Kommunisten — Männer und Frauen ohne Unterschied — wurden in die Kanzleiräume gebracht, mit Ketten gefesselt und ihnen angeordnet, die Schuhe auszuziehen. Dann wurde ihnen befohlen, sich auf den Fußboden zu legen und die gefesselten Arme über die Knie zu legen, unterhalb der Knie wurde ein Gewehr oder ein Stock durchgeschoben. Die Gefesselten wurden dann mit einem Ofenrohr auf die Fußsohlen geschlagen, in den Bauch und auf die Brust getreten, an den Haaren gerissen, ihre Arme wurden mit Zigaretten gebrannt, unter die Fingernägel wurden spitze Nadeln gestochen, mit den Füßen trat man ihnen auf den Hals und auf den Kopf — all dies so lange, bis die Gefolterten alles, was man von ihnen forderte, gestanden hatten.

Fricks Attacke gegen die Lehrer

SVD Weimar, 17. Februar.

Ein Erlass des Puschisten und thüringischen Volksbildungsschulministers Frick über das Buch „Im Westen nichts Neues“ an die thüringische Schulbehörde hat folgenden Wortlaut:

"Aus bestimmten Anlässen ist baldigt festzustellen und zu berichten: 1. ob und gegebenenfalls in welchen Volksschulen und auf welchen Veranstaltung das Buch Remarques „Im Westen nichts Neues“ für die Schulbücheren beschafft worden ist; 2. ob gegebenenfalls und von welchen Lehrkräften dieses Buch als Klassenlektüre oder sonst im Unterricht benutzt worden ist. Jeder einzelne Lehrer muß durch seine Unterrichtsstätte bestätigen, ob er das Buch im Unterricht benutzt hat."

Was beweist diese Schnüffelei? Sie läuft darauf hinaus, jeden thüringischen Lehrer, der das Buch von Remarque benutzt hat, auf die Straße zu setzen.

Heil! Heil! Heil!



In Erinnerung geistiger Waffen werden die Nationalsozialisten ihren Kampf in der „bewährten“ Form weiterführen.

Bei den Folterungen haben sich durch ihre Brutalität ausgesetzt: Herr Bizepolizeipräsident Lambrin, die Detektive Wost Palenitsch, Mladen Kraljev, Miroslaw Milajtoss, Laza Mirko und Mitojor Wulcanowitsch. Der Herr Bizepolizeipräsident Maximowitsch und die Detektive Janowsky und Kozlowitsch haben den Folterungen nur beigewohnt und nicht daran teilgenommen. Von den Polizeibeamten habe auf Anordnung des Herrn Chefs auch ich an den Folterungen teilgenommen, ebenso wie Ljubomir Rektoroff, Jovan Jezjanoff, Ljubomir Momitski und einige andere. Das wissen alle Polizeibeamten.

In meiner Anwesenheit wurden folgende Personen gefoltert: Nikza, Peter Nemeth, Moor, Rose Keri, Franz Wallinger, Peter Seni, Jovan Trajkowitsch, Jovan Bischof, Mitzsch, Serwo, Granić und noch andere, auf deren Namen ich mich nicht mehr erinnern kann. Die Frauen wurden ebenso wie die Männer gefoltert. Die Frauen befanden sich gemeinsam mit den Männern in den Gefangenzenzen; diejenigen aber, die sich im Korridor des Gefängnisses befanden, waren ebenso wie einige in den Zellen — die ganze Zeit über gefesselt. Die bei den Verhören gefolterten kommunistischen Gefangenen saßen in den Zellen und den Korridoren mit bloßen Füßen zurück, so daß sie einige Tage lang nicht auf den Füßen stehen konnten. Einige ließen sich infolge der Folterungen durch Ekzemente schmutzig gemacht.

Die Erklärung, die ich dem Untersuchungsrichter, Herrn Pejwitsch gegeben habe, daß ich niemanden gefoltert habe und daß niemand gefoltert wurde, ist unwahr. Bevor ich zum Untersuchungsrichter zum Verhör ging, wurde mir gedroht, daß ich aus dem Dienste entlassen werde, falls ich zugeben sollte, daß es Folterungen gegeben hat.

Doch meine Erklärung den Tatsachen entspricht, kann auch Herr Dr. Vladjar bezeugen, der telefonisch gemahnt hatte, man höre die Schmerzensschreie auf der Straße. Auch alle Polizeibeamten können die Folterungen bezeugen, wenn man ihnen nicht mit Entlassung drohen würde. Zeugen sind auch jene Personen, die ebenfalls gefoltert und dann freigelassen wurden.

Pazifisten gegen Pazifisten

Die "Leipziger Volkszeitung" vom 31. Januar 1930 hat sich mit dem Kampf im Lager der Pazifisten auseinandergesetzt. Ich bin ihr dankbar, daß sie mir in meiner Doppelleidenschaft als Sozialdemokrat und Pazifist Gelegenheit gibt, auf diesen Artikel zu antworten.

Die entscheidende Frage, die die "LV" stellt, ist die: Sind die Gelder von den Pazifistenzirkeln Frankreichs und der Tschechoslowakei privat gesammelt worden? Stimmen sie von Gessinnungsgenossen in diesen Ländern?

An sich hat die "Liga für Menschenrechte" mit dem augenblischen Kampfe im Pazifistenlager gar nichts zu tun, da sich Herr Hitler nicht gegen die Liga, sondern gegen Herrn Küster gewandt hat, der der geschäftsführende Vorsitzende der "Deutschen Friedensgesellschaft" ist. Und jedes Mitglied der Liga hat die am 1. November 1926 im Organ der Liga im Zeitdruck publizierte Erklärung gelesen. In derselben erklärt der Vorstand nach dem verleumderischen Angriffen der nationalsozialistischen Presse, daß die Gelder nur aus pazifistischen Gessinnungszirkeln des In- und Auslandes stammen. Hierin ist die klare Antwort enthalten, welche die "Leipziger Volkszeitung" am 31. Januar 1930 verlangte: die Gelder stammen von Gessinnungsgenossen.

Nachdem Herr Hitler — ich weiß nicht, ob aus Ried oder aus Dürkheim — es durch seine blöden Angriffe fertig bekommen hat, daß die gesamte deutsche Presse mit dieser Angelegenheit beschäftigt, haben diese Gessinnungsgenossen es abgelehnt, noch weiter etwas für die deutsche pazifistische Bewegung zu tun. Ob Hitler damit dem deutschen Pazifismus gedient hat, mag bezweifelt werden.

Es soll mit aller Deutlichkeit einmal gesagt werden, daß es den Pazifisten und Sozialisten nicht interessiert darf, von den Nationalsozialisten als ein von Frankreich oder sonst einem Lande "gefährlicher Landesverteidiger" bezeichnet zu werden. Hier gilt das Wort unseres Paul Levi, der gesagt hat, daß diese Bezeichnung uns nicht schaden kann.

Ist es für einen Sozialisten nicht klar, daß die kriegerischen Vorbereitungen nur international bekämpft werden können, ja, daß sie international bekämpft werden müssen? Wenn nun in einem Lande also die pazifistische Bewegung Mittel übrig hat, warum soll sie dann nicht einem geldarmen Lande Unterstützung angedeihen lassen?

Vollkommen richtig ist es, daß es unmoralisch wäre, wenn die Politik einer Organisation durch solche Geldzuweisungen beeinflußt werden sollte. Aber gerade das Beispiel, welches die "LV" anführt, spricht dafür, daß dies nicht der Fall ist. In dem Kampfe der Klostaben gegen das französische Regime im Jahre 1924/25 hat die Deutsche Liga für Menschenrechte einen scharfen Protest gegen die französische Regierung erhoben.

Man kann die "Liga für Menschenrechte" wirklich keinen Vorwurf machen, daß sie sich in ihrer entschiedenen Haltung irgendwie hätte beeinflussen lassen.

Für die "Deutsche Friedensgesellschaft" vermögt ich nicht zu sprechen, da ich nicht Mitglied dieser Gesellschaft bin. Aber ihre Erklärungen stimmen unbedingt, daß diese Gesellschaft — leider — überhaupt keine Zuwendungen erhalten hat.

Gewiß ist die SVD ein Garant für den Frieden der Völker, aber will die "Leipziger Volkszeitung" die von ihr oft anerkannte notwendige Arbeit der "Liga für Menschenrechte" irgendwie bestreiten?

Kurt Grohmann.

Grundsätze der Demokraten

WIB Stuttgart, 19. Februar. Der demokratische Abgeordnete Scheff hat nach dem Eintritt der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei in die württembergische Regierung im Interesse der Klarheit der Verhältnisse verpflichtet gefüllt den Vorstand in der Landtagsfraktion der Demokratischen Partei niederzulegen. Ich hat er sich auf einmütige Bitte sämtlicher Fraktionsmitglieder entschlossen, den Fraktionsvorsitz wieder zu übernehmen und damit zum Ausdruck zu bringen, daß durch die neue parteitaktische Lage auf der Grundlinie der demokratischen Politik eine Aenderung nicht eingetreten ist, und daß jetzt alle Parteigenossen verpflichtet sind, geschlossen hinter der Parteileitung und dem neuen Minister zu stehen.

Merkwürdige demokratische Grundsätze, die durch das Einschwenken der Demokraten in die unter der Führung des extremen Nationalisten und Partikularisten Bäßle stehende reaktionäre Kampffront nicht im geringsten beeinträchtigt werden!

Die Flucht aus der Augenbergs-Partei

Der frühere Reichs- und Landtagabgeordnete Kippel (Hagen i. W.), der seit Gründung der Deutschnationalen Volkspartei den Landesverband Westfalen-Süd als Vorsitzender der leitet, hat den Vorsitz niedergelegt und ist aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschlossen.

Verantwortlich für den redaktionellen Leit Hermann Herderstorff in Leipzig. Herausgeber und Verleger: Auguste Schröder. Auflage: 100 000 Exemplare. Preis: 10 Pfennig.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Neues Theater.

Burgtheater Fernruf 21410
Donnerstag, den 10. Februar 1930
40. Unterwohl-Besetzung 4. Reihe, braun
Ob der Reuefeierleitung
Der Opernball
Operette im drei Akten nach dem Lustspiel „Die Wohl-Boulevards“ von Victor Leon und L. von Falbberg — Musik von Albrecht Deuberger
Musikalische Leitung: Wilhelm Scheuring
Inszenierung: Helmut Holmann
Vorstellung: Helmut Schreiter
Verlosen: Maxubilien Riemer (D. Salzmann);
Madame Beaumon, seine Frau (Edith Blas-
Iolen); Henri, deren Sohn (Maximilian) (Matti
Trummer); Paul Aubier (Willy Ullmann). Am 4te,
dessen Frau, Mme. de Madame Beaumon (Maria Danowitsch); Georges Dumont (Hans Hau-
bold); Marguerite, dessen Frau (Margarete
Heck); Gaston, Sommermädchen bei Dumont
(Walter Tiefel); Sébora, Chansonette (Erika
Kiehl); Philippine, Oberfeuerfrau (Wifred Holländer);
Jean Selleur (P. Etemeh); Alphonse Mercier
(Grete Schäffer); Germoin, Diener (Hans Kötter);
Robert Bellangeo, Kellner — Der Park 1930
Im zweiten Akt: Marguerite, eingespielt von Gund-
chenkrotz, gelangt von 6 Tagen und 6 Herzen
der Langzeitope.
Paule nach jedem Akt:
Eintritt 10/2 Uhr, Anfang 20 Uhr, Ende 22 Uhr
Preise der Plätze 60 Pf., bis 6.— 10.—
Stufen, den 2. Februar, 10/2 Uhr 48. Mitt.
Vorstellung 1. Reihe, grün: Stufen des Stuhls.
Sonntags, den 2. Februar, 10 Uhr 48. Mitt.
Antritt: ersten und 1. Reihe, weiß: Der Stuhle.

Altes Theater.

Richard Wagner-Play Fernruf 91410
Donnerstag, den 20. Februar 1930, 10/2 Uhr
Schlossfest Vorstellung
für die Leipziger Volksschulen. Wilhelm Tell.

Donnerstag, den 20. Februar 1930, 20 Uhr
Öffentliche Vorstellung
gleich Vorstellung für den Verein Deutsche
Bühne

Der Tod und der Teufel

von Hugo von Hofmannsthal Fernruf 91410
Am Ende gespielt von Detlef Glens
Verlosen: Der Tod (Peter Götzen); Claudio
(C. Baluschek); Ein Sommerdiener (W. Dörr);
Claudios Mutter (Else Cuthland); Geliebte des
Claudio (H. Seeliger); Ein Jagendeck (W. Neßler)
Klar!

Das Apostelspiel

von Max Weil. — In einer geheimen hölzerne Kirche
Verlosen: Großvater (Karl Dubois); Ma-father
(Winfried Reimer); Erster Mann (Johannes) (Peter
Glauchau); Zweiter Mann (Peter) (Harry
Langevin);

Paule nach „Der Tod und der Teufel“
Eintritt 10/2 Uhr, Anfang 20 Uhr, Ende 22 Uhr
Preise der Plätze 60 Pf., bis 6.— 10.—
Kreis, den 2. Februar, 20 Uhr: Sonntägliche
Sondervorstellung, anderer Durchgangs-Vorstellung 11 C;
Glocken mit Hindernissen.

Zwischen 10 und 20 Uhr, den 2. Februar, 20 Uhr: Hör-
spiel mit Hindernissen.

Schauspielhaus.

Sophienstr. 10, Tel. 20570212; Fernruf 21410

Donnerstag, den 20. Februar 10.00, 20 Uhr
Toni

Ein Schulmädchen-Drama in zehn Bildern von

Gina Strauß

In einer geheimen Höhle gespielt von Herbert Wefer

Verlosen: Toni (Hilde Koch); Eleonore (Hanna
Höglund); Maria (Karin Ziehle); Michael (Kurt
Christian Voigt); Andreas (Hans Kühl);
Toni's Mutter (Annemarie de Bruyn); Dr. Dring
(Grete Carlsson); Poldus (Hob. Zimmermann)

Paule nach dem 8. Bild

Eintritt 10/2 Uhr, Anfang 20 Uhr, Ende 22 Uhr

Kreis, den 2. Februar, 20 Uhr: Sonntägliche
Sondervorstellung, anderer Durchgangs-Vorstellung 11 C;

Glocken mit Hindernissen.

Zwischen 10 und 20 Uhr, den 2. Februar, 20 Uhr: Hör-
spiel mit Hindernissen.

Komödienhaus

(über Battenberghaus)
Tauchaer Str. 32 Fernruf 27629
Direktion: Dr. Hanna Niesten und Fritz Kranz

Jährlich 8 Uhr,
der stürmische Heiterkeitserfolg
Dreimal Hochzeit

Montag, den 24. und
Dienstag, den 25. Februar, 8 Uhr
Max Adalbert-Gastspiel

Haffeehaus
Küster
Täglich nachm. u. abends:
Künstler Konzerte
Salon-, Jazz- und
Stimmungs-Kapelle
Kapellmeister Jenny Barry
Angenehmer Autenthalt

Freitag, den 21. Febr. 1930
Karnevalistischer Abend
Kapelle Jenny Barry
Eintritt frei!

Battenberg

Nur noch 9 Tage
Gastspiel
Brasilianisches Kaleidoscope

sonnabend nachmittag 4 Uhr
Letzte Extra-Vorstellung
Eintritt: Unnum. 50,-, num. 1,-
Vorverkauf: Meßamt, Althoff
Zigarettengeschäft Albrecht
Tageskasse 11.-1. u. ab 18 Uhr
Anfang abends Punkt 8 Uhr

Bauernschänke?
Nikolaistraße 10
bei Onkel Emil
Stimmung / Gaudi / Humor

Pfannkuchen

nur mit **S&F** Zutaten

Magnetmehl ... Pfd. **.30**
Auszugmehl glatt und grützig ... Pfd. **.27**
Weizenmehl ... Pfd. **.24**

Eier billiger!
Siedeier 10 Stück **.98** **.70**
Siedeier extra schw. 10 St. **1.18**
Magneteier schw. irische Holl. 10 Stück **1.48**

Schmalz amerik. Pfd. **.70**
Kokosfett Tafel **.68** **.62**
Oel ... Pfd. **.70** **.54**

Margarine Pfd. **.50**
Margarine „Spara“ Pfd. **.70**
Margarine „Juwel“ Pfd. **.95**

Vierfruchtmarkelade 2-Pfd.-Elmer **.95** lose Pfd. **.50**
Pflaumenmus ... 2-Pfd.-Elmer **.98** lose Pfd. **.52**
Aprikosen-Konfitüre 2-Pfd.-Elmer **1.45** lose Pfd. **.80**

Großer Weinpreissturz

inkl. Flasche	inkl. Flasche	inkl. Flasche
Tafelrotwein Flasche .95	Weißer Tisch- wein Flasche .95	Niersteiner Flasche 1.70
Dürkheimer Flasche 1.10	Edenköbener Flasche 1.05	Liebfraumilch Flasche 1.80
Feuerberg Flasche 1.50	Oppenheimer Flasche 1.40	Rüdesheimer Flasche 2.25

SHADE & FÜLLGRABE

d. m. b. h.

Reichsstraße 16 — Windmühlenstr. 26 — Gohliser Straße 24 — Kaiserin-Augusta-Straße 47a — Merseburger Straße 77 — Zschochersche Str. 41a
Weissestraße 18 — Pegauer Straße 17 — Wurzner Straße 58 — Kreuzstraße, Ecke Gabelsbergerstraße — Weissenfelis: Jüdenstraße 16

5% Rückvergütung

Mietvermietung

Reformbettstellen in weiß und schwarz 90x190, 33 Durchmesser **21.50**
Auflegematten 40.00 38.00 35.00 28.00 **21.50**
Reform-Unterbetten Drell, Stellig, mit Reißbissen, 90x190 **29.00**
Chaiselongues 68.00 65.00 60.00 56.00 **39.00**
Steppdecken in Sahn u. R.S. 14.00 **14.00**
... 30.00 26.00 20.00 19.00 **14.00**
Schlafdecken in Woll. u. B.W. 95 **95**
9.50 8.00 6.00 3.90 2.75 1.95 **95**
Bettvorlagen 6.50 6.00 60 **60**
3.50 1.90 ... 1.10 9.00 **60**
Ditwanddecken i. B.-W. 6.50 **6.50**
16.00 15.50 13.00 11.00 9.00 ... **6.50**
Rissen mit buntem Bezug 85 **85**
... 1.40 1.20 1.10 9.00 **85** **85**
Steppdecken rund 200 **200**
... 6.50 **200**
Waschtische 7.00 **7.00**
13.50 9.50 **7.00**
Waschservice 5.75 **3.75**
5.75 - 7.25 - 7.25 **3.75**
Waschbecken 1.75 **1.75**
Steingut 2.25 **1.75**
Krüge 1.75 **1.75**
Portionskannen 1.40 1.10 **85**
Wasserflaschen 1.00 75 **50**
m. Glas 1.00 75 **50**
Toiletteneimer 4.75 **4.50**
Steingut 4.75 **4.50**

Ronsumverein

Leipzig - Plagwitz u. Umg. c. G. m. b. H.

Plagw. Lind., Holzmarktstr. 44-46 / Neudörf. Dresdner Str. 35
Connewitz, Südringstraße 109

Ablage nur an Mitglieder

Aufnahme in allen
Verteilungsstellen

Anfang 8 Uhr Varieté Fernruf 203 55

Krystall-Palast

Nur vom 21.—28. Februar

Persönliches Gastspiel

Ludwig Manfred

LOMMEL

Deutschlands beliebtester Funkhumorist

— Paul Neugebauer aus Ruxendorf —

Außerdem: Das große Varieté-Programm!

Die Presse schreibt über Lommel:

Vorwärts: Dieser prachtvolle verwandlungsfähige Komiker
ambiert die Zuschauer in jedem Akt mehr, man lacht aus Leibeskräften.

Berliner Lokalausgeber: Das Publikum war in vergnüglichster

Stimmung, der Befall wollt es nicht enden.

B.Z.: Ungewöhnlich starker Erfolg, fortwährend Lachsturm.

Tempo: Die Begeisterung, die inzwischen auf den Holden

übergetreten ist, kann nicht übertreffen.

Morgenpost: Lommel macht einfach alles. Man bedauert

einfach, dass man diesen liebenswürdigen Gebussch-

virtuosos, dieses akustische Phänomen, sonst nur akusti-

schisch gesehnt.

Vorverkauf: Ab 11 Uhr ununterbrochen an der Kasse.
Ferner: Meßamt, Copplus, Kauth, Brühl, Kauth, Althoff

Palmen-Garten

(Berühmtes Palmenhaus)

Heute abend ab 8 Uhr im großen Festsaal

Vornehmer

Gesellschafts-Ball

Tanzen frei — Abonnenten frei

Morgen freier Tag



Grüne Schänke Jeden Tag

Stadt-Lützen Freitag und Sonntag

Volkshaus - Kino



Heute Donnerstag letzter Tag

Der tanzende Tor

Ein Drama um die Liebe mit Gesangsseinlagen

Heute 19.30 in der Bayrischen Bierschlüsse

Letzter Ausschank des hochfeinen

Spaten-Bock

Alle Freunde des guten Humors

treffen sich bei unserm Herrn

Rauer, der außerdem mit

guter Küche und Keller aufwartet

Sonnabend und Sonntag

????????????????????

Frdl. lädt ein Die Geschäftsleitung

</

Bürgerliche zum Bünzer-Sturz

Sachsen im „Befreiungsbloc“

Die deutsch-nationale Münchener-Augsburger Abendzeitung schreibt zur Lage in Sachsen:

Bayern, Württemberg und Thüringen sind die Anlässe zur Bildung eines Blocks, dessen Spitze sich gegen den Berliner Borschtianismus, marxistisch-internationaler Pragung richtet, seine Bundesgenossen aber in den rechtsgerichteten Provinzen Preußens sucht. Die sächsischen Neuwahlen sind berufen.

Sachsen in diesen Befreiungsbloc einzugliedern.

Deshalb sind sie notwendig. Seizing-Grzesinski-Braun sind gebliebt, wenn ihnen in Sachsen, wie heute schon in Thüringen, Landesverwaltungen gegenüberstehen, die entschlossen sind, deutsche Politik auch gegen Preußen und gegen den Marxismus im Reiche zu machen. Die Unterwerfungsgruppe, die Löse, Seizing, Braun, Grzesinski, Grimm, Schwantes bereits bebenlich; in Südhessen steht, und das Vaterland ist frei, die Woge auch der „außenpolitischen Befreiung“ kann hervorrollen.“

Das sind zwar Hakenkreuzer-phantastieren, denn selbst wenn Sachsen mit „im Befreiungsbloc eingegliedert“ ist, hat es mit dem neuen Reiche der Reichserneuerer noch seine Schwierigkeiten. Immerhin zeigt die Münchner Zeitung doch, welche Absichten und Hoffnungen bei den Rechtspatrioten bestehen.

Das Organ des Herrn Blüher:

Der Dresdner Anzeiger bringt einen längeren Artikel von H. J., in dem über die Rede Blüthers im Landtag gesagt wird:

„Die Rede des Abgeordneten Dr. Blüher unterstrich die Bedeutung des Ministerpräsidenten. Aber sie ging doch auch noch darüber hinaus, indem sie einmal die Schuldfrage erörterte und indem sie außerdem die Frage behandelte, was nun werden soll. Wer geglaubt hatte — bei den Sozialdemokraten haben anscheinend solche Hoffnungen bestanden —, daß die Deutsche Volkspartei unmöglich fliegenden Fahnen in das Lager der Großen Koalition übergehen werde, der sah sich getäuscht. Grundsätzlich lehnte der Redner die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten natürlich nicht ab, aber er überzeugt doch auch nicht die tatsächlichen Verhältnisse, die angesichts der Lage im Reiche und in Preußen, vor allem aber auch angesichts der radikalen Haltung der sächsischen Sozialdemokratie, nicht die Möglichkeit einer sozialistisch-bürgerlichen Regierung sehen lassen.“

Bleiben also zwei andere Auswege: Neubildung der Regierung auf der bisherigen Grundlage oder Neuwahlen. Schwierigkeiten und Bedenken gibt es aber auch in diesen beiden Fällen genug. Man kann sich vorläufig nicht vorstellen, wie die Wahl eines Ministerpräsidenten, der die Aufgabe hätte, mit den bisherigen Anhängern und „neutralen Brüdern“ wieder eine Regierung zusammenzubringen, im Landtag durchgehen könnte. Und daß gegen Neuwahlen mit der dabei unvermeidlichen Beunruhigung der Bevölkerung und der Stilllegung aller sächsischen Arbeit und dazu außerdem noch mit der Vorausicht, wieder dieselbe Zusammensetzung des Landtages wie vorher zu bekommen, ebenfalls außerordentlich vieles spricht, ist ja, lebhaft verständlich.“

Die Leipziger Neuesten Nachrichten:

„Das Kabinett der Sachlichkeit“, wie wir die Regierung Blüher bei ihrer Vorstellung im Landtag einst begrüßt hatten, ist erledigt. Soll es etwa durch ein Kabinett Linke-Sozialfaltere Unschärfe abgelöst werden?“

Das Blatt wendet sich dann gegen Neuwahlen und macht für ein zweites Blüher-Kabinett Stimmung:

Ebenso ist aber jeder Gedanke an eine Große Koalition abzuweisen. In Preußen sind förmlich Bemühungen darum an dem Stärkinn der Sozialdemokratie gescheitert; im Reiche bereiten sich Dinge vor, die eher auf eine Lösung als auf eine feste Bindung der Borschtgemeinschaftsarbeit mit der Sozialdemokratie schließen lassen, wiederum weil diese Partei den bürgerlichen Traditionen Untrügliches zumutet. In Sachsen würden die Sozialdemokraten sicher ihr altes Mindestprogramm wieder ausgraben, das für die Deutsche Volkspartei, aber zum großen Teil auch für die Demokraten unannehmbar ist. Eine Große Koalition kommt mithin nicht in Frage. Also bleibt nur das eine: Wiedergutmachung der Fehler der Überzeitung, die durch einzelne bürgerliche Parteien begangen worden sind, Neubildung eines Kabinetts für sachliche Arbeit, das mit dem eben gestürzten in personeller Beziehung vollkommen übereinstimmen kann.“

Wie das Leipziger Hakenkreuzblatt, so auch die deutsch-nationale

Dresdner Nachrichten:

„Das Kabinett Blüher wird ebenso sachlich wie bisher geschäftsordnungsmäßig weiter amtieren, solange, bis der Ausweg aus der heute gegebenen Lage gefunden ist. Aber in welcher Richtung? Auch darüber sind in der Aussprache schon Hinweise gegeben worden. Um deutlichsten vom Redner der Deutschen Nationalen, der für seine Partei die Bereitschaft erklärt, die gefallene bürgerliche Regierung auf der alten Basis zu erneuern. Freilich wird es einige Zeit dauern, bis sich alle zu dieser Erkenntnis durchgerungen haben.“

Neue Leipziger Zeitung:

„Es erscheint dringend erwünscht, daß im jetzigen Landtag eine stabile Regierungsmehrheit sich bildet. Eine solche ist allein möglich auf dem Boden der Großen Koalition, die Sozialdemokraten, Demokraten und Deutsche Volkspartei umfassen und der auch die beiden altsocialistischen Stimmen zur Verfügung stehen würden.“

Gitterauer Morgenzeitung:

„Eine neue Regierung mit Unterstützung der Nationalsozialisten ist eine Unmöglichkeit, denn sie würde, da jene sich nicht ändern können, nur von einer Krise zur andern taumeln. Auch gibt es eine Partei, die sachlich verbietet, sich den Nationalsozialisten zu lieben zum Gepötz der Welt zu machen.“

Darum wird man in Dresden doch wohl endlich einmal zwangsläufig zu der Überzeugung kommen, daß eines Tages doch eben nichts anderes übrigbleiben kann als die Große Koalition.“

Das Zentrumblatt, die

Germania:

Schreibt unter der Überschrift „Wenn Hitler regiert“:

„Die Nationalsozialisten haben gestern das Kabinett Blüher mit Hilfe der Deutschen Nationalen, der Kommunisten und der Sozialdemokraten gestürzt, weil die sachliche Regierung im Reichsrat für Annahme der Haushaltsgesetz gezwungen hat. Doch gerade die Haushaltsgesetze dieses Koalitionsexperiment zum Verhängnis wurden, ist nicht mehr als ein Zufall. Ueber kurz oder lang hätte auch jede andere einigermaßen politische Entscheidung die innere Unmöglichkeit dieser sonderbaren Wahlverwandlung zwischen Wirtschaftspartei, Volkspartei, Deutschen Nationalen und Nationalsozialisten er-

weisen müssen. Sicher war es ein Verzweiflungsschritt, der nicht extreme sächsischen Parteien, der diese mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in die Arme des Hitlerkommandeurs trieb. An die Tragfähigkeit einer solchen Koalition werden ihre eigenen Mitglieder nicht so recht geglaubt haben. Aber gerade deshalb hätte man sich dieses Experiment überhaupt schenken sollen! Denn mit solchem Experimenten schädigt man letzten Endes den Ruf des parlamentarischen Staates. Darauf kommt es den Anhängern Hitlers gerade an, soviel weiß jedes Kind. Und es ist unverantwortlich, in der Weise, wie es in Sachsen und Thüringen geschleift, den Nationalsozialisten die Erziehungskraft am republikanischen Staate zu erleichtern!“

Wohin diese Experimente mit den Nationalsozialisten führen, zeigt in eindrucksvoller Weise auch Sachsen westlicher Nachbar, Thüringen. Dort ist die Koalitions-Ehe mit den Hakenkreuzlern noch einen Grad weiter gediehen. Der Nationalsozialist Frick, ein Prominenter des Münchener Hitlerbüro, hat hier den Eid auf die Verfassung geschworen und betreut das Innen- und Außenministerium. Was bisher über seine Amtsführung bekanntgeworden ist, bestätigt alle Erwartungen. Die Reichslage weht seit Fricks Ministerialität nicht mehr über dem Landtag. Den verantwortlichen Beamten seines Ministeriums hat Frick ehrenamtliche Parteimänner vor die Nase gesetzt.“

Die Frankfurter Zeitung:

„Soviel wir wissen, denkt in Sachsen niemand an Neuwahlen. Es ist zwar hier und da davon die Rede gewesen, aber das ist doch wohl nicht ernst zu nehmen. Es wäre innerhalb zweier Jahren die

SPD und Regierungstreise

Der Soz. Presseclub berichtet:

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Leipzig hat beschlossen, sich gegenüber den in Frage kommenden Parteien zu Verhandlungen über die Neubildung der sächsischen Regierung bereit zu erklären. Die übrigen Bezirksverbände der Sozialdemokratischen Partei in Sachsen sind von diesem Beschluss unterrichtet worden. Die entsprechende Entschließung wurde bei etwa 15 anwesenden Mitgliedern des Leipziger Bezirksvorstandes gegen eine Stimme angenommen.“

Eine in dieser Richtung gehende Entschließung ist am Dienstag vom Bezirksvorstand Leipzig gefasst worden. Sie sollte jedoch erst nach Kenntnahme durch die anderen Bezirke veröffentlicht werden. Unseres Wissens hat der Soz. Presseclub aber auf dem Umweg über die Frankfurter Zeitung bereits von der Entschließung Kenntnis erlangt. Der Bericht der Frankfurter Zeitung ist eine Drahtmeldung aus Dresden.

fünfte allgemeine Wahl, die schon aus finanziellen Gründen schwer durchzuführen wäre und überdies kaum eine neue Konstellation herbeiführen würde. Es bleibt jetzt nur noch eine Lösung: die Große Koalition. Alle anderen Möglichkeiten oder auch Unmöglichkeiten hat Sachsen schon ausgetestet. Es fragt sich jetzt, ob diese Erfahrungen die politische Vernunft stark genug gemacht haben, daß das Rötige geschehen könnte.“

Die Aussichten für Herrn Bünzer

Belieblich wurde Dr. Bünzer nur deshalb sächsischer Ministerpräsident, weil die Kommunisten bei der Wahl welche Stimmzettel abgaben. Hätten die Stalinjünger den sozialdemokratischen Kandidaten gewählt, dann wäre ein Sozialdemokrat Ministerpräsident geworden. Aber selbst wenn die Kommunisten statt weiterer Stimmzettel wenigstens irgendwelche Namen auf ihre Zettel geschrieben hätten, wäre es unmöglich gewesen, Herrn Bünzer als Ministerpräsidenten zu proklamieren, denn Bünzer besaß in der entscheidenden Abstimmung nur 41 Stimmen gegen 40 Stimmen, die auf andere Namen lauteten. Mit den 12 kommunistischen Stimmen hätten 52 auf andere Namen gelautet, es hätte also nicht konstruiert werden können, daß Bünzer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten habe.

Ein zweites Bünzerkabinett wäre also nur möglich, wenn die Kommunisten Herrn Bünzer wieder so hilflos unterstützen leisten. Wenn die Kommunisten gültige, d. h. beschriebene Stimmzettel abgegeben, dann hängt die Wahl eines Ministerpräsidenten der Rechten ausschließlich von den Demokraten ab. Selbst wenn die zwei „Aussätzlinge“ mit allen Rechtsparteien für Bünzer oder einen ähnlichen Kandidaten stimmen würden, kämen erst 47 Stimmen zusammen. Dann fehlten noch 2 Stimmen zur Mehrheit, die der Ministerpräsident braucht. Die Aussichten für ein Kabinett Bünzer in zweiter Auflage sind also keineswegs rosig.

Ministerpräsidenten-Kandidaten?

Die Germania berichtet von der angeblichen Wahl, ein Bemerkenswerte Kabinett unter dem jetzigen Innenminister Richter zu bilden. Nach anderen Meldungen wird erwogen, den Präsidenten des Staatssekretariats, Schiegl, zum Ministerpräsidenten zu wählen. Wahrscheinlich wird es noch manche Kombination geben, bis der neue Mann gefunden ist.

Der Aufmarsch der Parteien

Die Wirtschaftspartei hat für den 1. und 2. März einen Parteidag nach Dresden eingerufen. Der Landesvorstand der Demokratischen Partei wird Anfang nächster Woche in Dresden zusammentreten. Die Deutsche Volkspartei hat für die nächste Zeit einen Landesvertretertag vorgesehen. Überall wird eifrig verhandelt! Eine für Sonnabend angekündigte Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses der bisherigen Regierungsparteien, an der diesmal auch die Demokraten geladen waren, ist inzwischen wieder abgesagt worden. So schnell geht es offenbar doch nicht... Von dem Gang dieser Verhandlungen wird es abhängen, wann die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung des Landtages gelegt wird. Darüber und ebenso über den Termin der Verhandlung des kommunistischen Auflösungsantrages hat der Landtag selbständig zu bestimmen.

Die Frauenwelt

Ist eine unentbehrliebliche Helferin und Beraterin jeder Arbeiterfrau, der Frauen des Angestellten- und mittleren Beamtenstandes. Alle Frauen u. jungen Mädchen, die sich mit der Frauenwelt befammt gemacht, die ihren hohen praktischen und idealen Wert für sich erkannt haben, wollen sie nicht mehr in ihrem Hause missen und zählen zu dem großen treuen Leserkreise, der von Heft zu Heft um viele Hunderte wächst.

Die Frauenwelt erscheint 14-täglich. Jedes Heft ein-schließlich der vierseitigen Abdruckseite. Selbst ist die Frau, Preis pro Heft mit Schnittmusterbogen 45 Pfennige, ohne Schnittmusterbogen 35 Pfennige. Alle Aussträger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abt. Buchhandlung
Tauchaer Str. 19/21

Wiener Zuschneider

liefer. n. neuem Maß

III. sämtl. Zusatz u. Garantie für Ladellokalen Sis Anz. u. Palelot

aum. 28 von 11. Febr. 1930 an
Ant. innerh. 14 Tage Spezialanfert.

v. Smot. - Froh. u. Gelehr. Ans. Leipzig Burgstr. 25, II. Tel. 195 29 Sig. Rep. Werth.



Frisches Schweinefleisch

Rotelets, kurz gehakt, mager gehalten	Pfund 1.60
Kamm	Pfund 1.60
Keule	Pfund 1.50
Schwein-Gehacktes	Pfund 1.80

Frisches Hammelfleisch

Keule, Rücken Pf. 1.44 Bauch, Kamm, Schulter .. Pf. 1.32

Prima Mast-Rindfleisch

Suppenfleisch	Pfund 1.20	Roastbeef mit Knochen ..	Pfund 1.50
Höhe Rippe	Pfund 1.30	Roastbeef ohne Knochen ..	Pfund 1.70
Bratenfleisch mit Knochen	Pfund 1.40	Rouladen	Pfund 1.60
Bratenfleisch ohne Knoch.	Pfund 1.60	Lende	Pfund 1.80

Landleberwurst	1/4 Pf. 0.33
Landblutwurst	1/4 Pf. 0.33
Weißfett	1 Pf. 1.40
Wurstfett	1 Pf. 0.60
Speck	1 Pf. 1.40
Talg in Paketen	Paketi 0.30
Schüsselsülze	1/4 Pf. 0.20

Prima gefüllte

Mast-Gänse

0.90 Mark je Pfund

Bestellungen werden entgegengenommen

3 Prozent Sparrabatt auf alle Fleisch- und Wurstwaren

Ronsumverein

Leipzig-Plagwitz und Umg. e. G. m. b. H.

Ausgabe nur an Mitglieder

Zehn Jahre Gewerkschaftsentwicklung

Im Spiegel der ADGB-Kongresse

Von A. Gurland.

Das erste Nachkriegsjahrzehnt ist für die freien Gewerkschaften in Deutschland ein Jahrzehnt tiefgreifender innerer Umstellungen und Wandlungen gewesen. Gewiss hat das Jahr 1918 nicht die sozialistische Revolution gebracht. Der sozialistische Aufbau in seiner völkerlichen Kompliziertheit ist in den Kreisen der unmittelbaren Aufgaben der Gewerkschaften noch nicht getreten, und die Probleme der Sozialisierung haben das Gebiet der praktischen Gewerkschaftsarbeit nie vorübergehend verlassen. Dennoch hat die Wirtschaft ihr Gesicht verändert. Die Wechselwirkung zwischen Politik und Wirtschaft ist eine andere geworden, und es genügt, das Arbeitsrecht, das Betriebsrätewesen, die Schlichtungsgegenbung, die Erwerbslosenversicherung, das Problem der öffentlichen Wirtschaft zu nennen, um einen Einblick in das Neuland an sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufgaben zu bekommen, das die nachrevolutionäre Entwicklung den deutschen Gewerkschaften eröffnet hat.

Für den Geschichtsschreiber ist der Zeitpunkt sicherlich noch nicht gekommen, eine Darstellung der Gewerkschaftsentwicklung im ersten Jahrzehnt der Republik zu vornehmen. Aber das enthebt uns nicht der Notwendigkeit, die an Problemen reiche Zeitspanne rückblickend zu übersehen und uns Rechenschaft darüber abzulegen, was gewesen ist und was heute so intensiv nachzuwirkt, daß das nachrevolutionäre Jahrzehnt für uns noch lange nicht Vergangenheit, sondern immer noch ein Stück lebendige Wirklichkeit ist. Wer nicht selbständig umfassende Archivvorrichtungen anstellen kann, war bis jetzt auf die Presse und die Protokolle der Gewerkschaftskongresse angewiesen. Wie mühselig man auf diese Weise das unentbehrliche Material zusammenzunehmen mußte und wie wenig zugänglich es bisher dem Arbeiter und Gewerkschafter gewesen ist, braucht nicht noch ausführlicher dargelegt zu werden. Für jenen, der in der Gewerkschaftsbewegung steht, für jeden wirtschaftlichen und sozialpolitisch Interessierten ist daher das „Handbuch der Deutschen Gewerkschaftskongresse“ von dem Genossen Dr. Salomon Schwarz, das der ADGB soeben herausgebracht hat, ein wahres Geschenk.

In dem Schwarzschen „Handbuch“ liegt jetzt ein für jeden Gewerkschaftsfunctionalist, für jeden interessierten Arbeiter, für jeden denkenden Sozialisten geradezu unentbehrliches Nachschlagewerk vor, das ein geistesreines Spiegelbild der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege, wie sie in den Bundeskongressen des ADGB ihren Niederschlag gefunden hat, vermittelt. Dabei hat sich der Verfasser nicht etwa darauf beschränkt, die Entwicklungen der Kongresse und die wichtigsten Debatten im Vorlauf wiederzugeben, sondern er hat auch die geschichtliche Entwicklung zu rekonstruieren versucht, indem er für jedes Problem, das durch ein Stichwort gekennzeichnet, im Handbuch behandelt wird, einen kurzen Abriss der tatsächlichen Begebenheiten in der Zeit zwischen den Kongressen gibt. Auch die offiziellen Verlautbarungen des ADGB sind nicht nur durch die Kongressresolutionen und -Debatten vertreten, — das schematische Getippe der Kongressbeschlüsse erhält Fleisch und Blut durch die Darstellung der vorausgehenden und nach anschließenden Debatten im Bundesauszug des ADGB und die Wiedergabe der programmatischen Ausführungen der ADGB-Organe, der „Gewerkschaftszeitung“ und für frühere Jahre des „Korrespondenzblattes“. Dabei ist auch zu den Debatten der Vortrefflichkeit eine innige Beziehung hergestellt; bei Problemen, die eine vorrevolutionäre Entwicklung bereits hinter sich hatten, wird der eigentlich Darstellung des „Handbuches“ jeweils ein knapper geschichtlicher Hinweis vorangestellt.

Alles, was die Gewerkschaften nach dem Kriege bewegt hat, findet in dem „Handbuch“ in dem oder jenem Umfang seinen Niederschlag. Freilich ist der Nachdruck durchwegs auf dem Buche, das ja ein Handbuch der Kongresse des ADGB ist, gebunden gewesen, und innergewerkschaftliche Organisationen, die auf dem Gewerkschaftsstandpunkt ihren Ausdruck nicht gefunden haben, kommen selbstverständlich auch im „Handbuch“ entsprechend schlechter weg. Bei der Benutzung des Handbuchs wird man an diesem Umstand nicht vorbeigehen können: vielleicht liegt der Wert dieses „Handbuchs“ nicht zuletzt gerade darin, daß es uns zeigt, welche Probleme in der Gewerkschaftsbewegung zur offiziellen Kongressbehandlung ausgereift waren und zu Beschlussfassungen geführt haben und welche aus der Ebene unverbindlicher (wenn auch noch so bewegter) Diskussionen nicht auf die Stufe hinaufgehoben wurden, auf der die Umsetzung des Willens, und Denkens der Gewerkschaftsmitschaftschaft in organisatorische Konsequenzen beginnt. Bei der geschichtlichen Zusammenfassung der Entwicklungen des Nachkriegsjahrzehnts wird man natürlich von keinem Menschen verlangen können, daß er zu den stürmischen Auseinandersetzungen jener Jahre überhaupt keine Stellung nimmt, und sei es auch nur in der Beleidigung der Belohnung, in der Auseinandersetzung des Vortanges, der diesem oder jenem Problem zuläuft. So wird man auch von dem „Handbuch“, das doch eigentlich nur Material vermittelt, nicht erwarten, daß es eine Neutralität an den Tag legt, die es nicht gibt und nicht geben kann. Und ohne daß der Verfasser sich irgendwie ausschließlich über seine eigene Meinung verbreite, läßt man doch aus dem „Handbuch“ heraus, daß er sich zu der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre ablehnend verhält, während er in den Fragen der Schlichtungspolitik und der Wirtschaftsdemokratie nicht dem Standpunkt der ADGB-Leitung zuwinkt. Und nicht zuletzt darin, daß Genosse Schwarz keinen eigenen kritischen Standpunkt hat und an die Probleme der Gewerkschaftsbewegung eben als kritischer Beobachter herangeht, liegen die Vorzüge seiner Darstellung, die völlig frei ist von dem Verstreben, alles, was von der ADGB-Leitung kommt, für gut, und alles, was nicht von ihr kommt, als schlecht zu erklären. In gewerkschaftlichen Fragen vertritt Schwarz durchaus nicht den Standpunkt des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie, aber sein umfassender internationaler Horizont (Schwarz steht in der vordersten Reihe der russischen Sozialdemokratie und gehört ihrem linken Flügel an), bewahrt ihn von jedem Anflug einer engstirnigen Kirchelpolitik und läßt ihn die Dinge auch dort so sehen, wie sie sind, wo sie durchaus nicht der ADGB-Politik der vergangenen Jahre recht gegeben haben.

Greift man aus der Fülle der Probleme, die das „Handbuch“ lebendig macht, nur zwei heraus, das Organisationsproblem und das der Wirtschaftsdemokratie, so kann man gerade aus der Schwarzschen Darstellung, die der von Dismann in den gesuchten Gewerkschaftsposition keineswegs in Liebe zugeneigt ist, erschließen, wie leicht doch die tatsächliche Entwicklung der Linken im Gegensatz zu der Einstellung der ADGB-Leitung recht gegeben hat. Die scharfe Abrechnung, der Dismanns Programm der Industrieverbands noch vor wenigen Jahren begegnete, hat nichts daran zu ändern vermocht, daß das Prinzip des Aufbaus der Gewerkschaften nach Industriezweigen sich in der Praxis immer mehr durchsetzt und die Aufstellung derer bestätigt, die schon in den ersten Jahren nach der Revolution — wenn auch vielleicht in manchem Detail etwas zu gerodlinig und übereilt — dieses Organisationsprinzip verschoben haben, gegen die überholte Heiligung des Berufsverbandes als Grundlage der Gewerkschaftsorganisation. In der Praxis haben sich auch im inneren Aufbau der Gewerkschaften nach Industriezweigen sich in der Praxis immer mehr durchsetzt und die Aufstellung derer bestätigt, die schon in den ersten Jahren nach der Revolution — wenn auch vielleicht in manchem Detail etwas zu gerodlinig und übereilt — dieses Organisationsprinzip verschoben haben, gegen die überholte Heiligung des Berufsverbandes als Grundlage der Gewerkschaftsorganisation. In der Praxis haben sich auch im inneren Aufbau des ADGB Wandlungen vollzogen, die den liberalen föderalistischen Aufbau des Bundes zurückgedrängt haben zugunsten einer zentralistischen Organisation: die mit Mehrheit erfolgende Beschlusshaltung ist im Auschluß des ADGB zur Regel geworden und hat die vom Bundesvorstand gegen Dismann und Genossen in früheren Jahren so schroff vereidigte Selbstständigkeit der einzelnen Verbände doch wesentlich eingeschränkt. Ebenso hat sich auch in der Frage der Wirtschaftsdemokratie die von Häckel in Breslau propagierte Auffassung, die die Wirtschaftsdemokratie ihnen im Kapitalismus für verwirrlisch hält,

* Handbuch der Deutschen Gewerkschaftskongresse (Kongresse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes). Von Dr. Salomon Schwarz. Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des ADGB. GmbH. 447 Seiten. Ladenpreis geb. 8 Mark. Organisationspreis geb. 6 Mark.

ansah, als völlig unhaltbar erwiesen, und gerade die Nebeneinanderstellung der Debatten von Breslau und Hamburg läßt den Rückzug der ADGB-Leitung auf den vom Genossen Hermann in Breslau vertretenen Standpunkt deutlich erkennen, wenn auch Schwarz in der Hermberger Auffassung „halbstalinistische“ Nachklänge zu erschauen glaubt.

Wie sehr die wirkliche Entwicklung jene Auffassung bestätigt, die in der Lohnpolitik die zentrale Aufgabe der Gewerkschaften sieht, wird erst jetzt — im Zeichen der Unternehmeroffensive gegen alle sozialpolitischen Errungenschaften des Proletariats — offenbar. Und auch in der Einstellung zum staatlichen Schlichtungswege hebt die nachträgliche Darstellung die kritischen Vorbehalte viel scharfer hervor, als es aus der vorjährigen Diskussion über den Ruhtagskonspekt hervorliefen möchte. In Wirklichkeit hat der ADGB die geltende Schlichtungsordnung steif bekämpft und sie noch in Breslau unter Protest als „Beschränkung des Koalitionsrechts“, „soziales Geleit“ bezeichnet. Und auch in Hamburg führt Leipart im Bericht des Bundesvorstandes aus, daß infolge der „Anwartschaftsprüfung“ von dem Koalitions- und Streikrecht praktisch nicht viel mehr übrigbleibt, und er fügte hinzu, das „Recht zum Kampf“ müsse gewahrt bleiben! Was von den linken „Miesmächern und Nögtern“ schon immer behauptet worden ist.

Um die Probleme der Gegenwart ohne Scheuklappen zu sehen, muß man die Möglichkeit haben, das Vergangene rückblickend zu übersehen. Gerade jetzt ist es von der größten Wichtigkeit, in diesen Dingen einen klaren Blick zu bewahren, und es scheint, daß die Entwicklung dahin drängt, das Problem der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, das bisher ausschließlich dem Kompetenzbereich der einzelnen Verbände vorbehalten blieb, in den Mittelpunkt der gesamtgewerkschaftlichen Diskussion und auch vor das Forum der Gewerkschaftskongresse zu bringen. Um die Lohnpolitik kreist die gesamte Gewerkschaftsbewegung: so wenig das „Handbuch“ auf die Lohnpolitik als solche, die ja bis jetzt einen besonderen Verhandlungsgegenstand auf den ADGB-Kongressen nicht abgegeben hat, eingehend, so eindeutig beweist es durch seine ganze Darstellung, daß hier auf Jahre hinaus der Angelpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit liegt.

Die Gegenwartsprobleme der Gewerkschaftsbewegung sind schwierig und bedürfen eingehender Klärung. Nichts kommt dieser Klärung so zustatten, wie der Rückblick über ein Jahrzehnt Gewerkschaftsentwicklung, den das „Handbuch“ der Gewerkschaftskongresse vermittelt. Das „Handbuch“ gehört nicht nur in jede Arbeitsbibliothek, sondern auch zum elterlichen Bestand der Handbiblio-

thek jedes aktiven Sozialisten und Gewerkschafters und erst recht eines jeden Gewerkschafts- und Parteifunktionärs. Wir müssen dem Verfasser und dem ADGB-Verlag Dank wissen für dieses nützliche und anregende Werk, das im wahren Sinne des Wortes ein Handbuch für die Arbeiterbewegung werden möge.

Der Arbeitsmarkt im Reich

Immer noch keine Entspannung der Arbeitsmarktlage

TU Berlin, 19. Februar.

Der Eintritt älterer Witterung mit Nachfrosten, tieferen Temperaturen und leichten Schneefällen hat in der Woche vom 9. bis 16. Februar zu einer weiteren schwachen Welle von Entlassungen in den Außenberufen geführt. Insolgedessen trat die Entspannung, die man nach der bisherigen Entwicklung für Mitte Februar erwartet hatte, noch nicht ein. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung, also ungerichtet die Empfänger von Arbeits- und Wohlfahrtsunterstützung, stieg um weitere 30.000 auf rund 220.000 an.

Selbst Ende Januar lagt die Kurve der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um etwa 50.000 unter der des Vorjahrs. Dieser geringen Unterbreitung der Vorjahrsrate darf man aber keinen symptomatischen Wert beilegen. Sie ist einmal nicht auf allen betrieblichen Arbeitsmärkten erreicht. Wo sie eingetreten ist, beruht sie lediglich auf einer schwachen Fortführung von Hoch- und Tiefbauten, die im strengen Vorwinter nicht möglich war.

Arbeitskürzung bei der Reichsbahn?

Wie verlautet, haben zwischen der Reichsbahn und den Reichsbahngewerkschaften Verhandlungen stattgefunden, die sich mit einer geplanten Arbeitseinschränkung bei der Reichsbahn beschäftigen. Es heißt, daß eine solche Arbeitseinschränkung infolge der gesunkenen Verkehrsströmen und infolge der gesunkenen Einnahmen notwendig geworden sei. Angesichts dieser Verhältnisse sei die Reichsbahn nicht in der Lage, die Saisonarbeiter einzustellen, die sonst um diese Zeit eingestellt würden. Weiter werde mit den Gewerkschaften verhandelt über eine Struktur der Arbeitszeit in den Werkstätten. Unter Umständen komme statt der Sechstage-Woche eine Fünftage-Woche für bestimmte Arbeit in Frage. Eine Entlassung von Arbeitern soll, wenn irgend möglich, vermieden werden.

Verheerende Explosionen

Ein Munitionsdepot fliegt in die Lust Zahlreiche Tote und Schwerverletzte

TU Athen, 19. Februar.

Am Mittwochvormittag slog ein großes Pulverlager der Athener Garnison in der Nähe der Stadt in die Lust. Die Detonation war in einem großen Umkreise hörbar. Die Zahl der Opfer konnte noch nicht festgestellt werden. Die Regierung hat den Eisenbahnverkehr in der Gegend des Pulverlagers stillgelegt. Man nimmt an, daß es sich um einen kommunistischen Anschlag handelt.

TU London, 19. Februar.

Bei der Explosion des Pulverlagers im Athener Vorort Blofia wurden zwei Offiziere und 10 Männer getötet und eine Anzahl anderer schwer verletzt. Die Explosion entstand bei dem Transport von Bomben und erschien ein ganzes Lager, in dem 200.000 Bomben und Handgranaten untergebracht waren.

TU Athen, 19. Februar.

Die Explosion ereignete sich beim Abladen von Munition, als Kisten mit Granaten umfielen. Die neun mit dem Abladen beschäftigten Soldaten und Arbeiterinnen wurden getötet, ferner wurden ein Major, ein Hauptmann, ein Lieutenant und etwa zehn Soldaten- und Arbeiterinnen schwer verletzt. Durch den Brand, der im Anschluß an die Explosion ausbrach, wurden drei Munitionsdepots vollkommen zerstört. Der Schaden ist sehr groß.

Zur Del-Explosion von Linden

Furchtbare Folgen

TU Elizabeth (New Jersey), 19. Februar.

Die Verzweigung des Krankenhauses, in das die 83 Personen gebracht wurden, die gestern bei der Explosion in den Unlagen der Standard Oil Company Linden verletzt worden sind, erklärten, bei der Mehrzahl der Verletzten seien die Brandwunden so schwer, daß nur wenige mit dem Leben davonkommen, und auch diese meist erblindet würden. Etwa 14 der Verletzten rangen bereits heute nach mit dem Tode.

Bereit dem Eingang des Krankenhauses, wo die Angehörigen der Verletzten auf Nachrichten warteten, spielten sich herzerlösende Szenen ab. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Explosion auf das Blaue eines Hochdruck-Rohrhauses zurückzuführen ist. Die Gasen entzündeten sich und brachten einen Alkoholkessel zur Explosion, von dem sich ein wahres Feuerwerk nach allen Seiten ausbreitete. Im Augenblick der Explosion stand gerade Schichtwechsel statt, wodurch sich die Zahl der Opfer erhöhte.

Die anwesenden Augenzeugen der Katastrophe erklärten, daß drei Explosionswellen rasch aufeinander folgten. Die Alkoholdämpfe zerstäubten sich nach allen Richtungen und entzündeten sich dann, so daß Flammen in schlängelnden Bewegungen den ganzen Raum erfüllten. Für die im Raum befindlichen Personen war ein Entkommen nur durch Juß möglich. Als sich die Menschen umblieben, sahen sie, wie zahlreiche Arbeiter, ganz in Flammen gehüllt, aus dem Gebäude stürzten, völlig geblendet in die Stacheldrahtzäune ließen, die das Fabrikgelände umgeben, und dort hängen blieben. Die Explosionen erfolgten mit solcher Gewalt, daß 20 Zimmerleute und Männer von einem in der Nähe befindlichen Baugerüst herabgeschleudert wurden.

Verhängnisvolle Grubenunfälle

TU Katowice, 19. Februar.

Am Dienstag ereignete sich auf der hiesigen Ferdinand Grube ein schwerer Unfall. Durch Zabruchgehen eines Bleibergs wurden vier Bergleute verschüttet. Nach mühevollen Bergungsarbeiten gelang es am Mittwoch, an die verschütteten heranzukommen. Einer war bereits tot, die drei anderen waren lebend, ans Tageslicht gebracht, von denen einer schwer verletzt ist. Die beiden anderen waren mit leichteren Verletzungen davon.

TU Paris, 19. Februar.

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich am Mittwochmittag in der Kaligrube „Fernand“ in Wittenheim bei Mühlhausen, das fünf Menschenleben forderte. Ein Ingenieur einer Pariser Bauhütte war im Begleiten des Grubenleiters und von vier Arbeitern in die Grube hingestiegen, um Versuche mit einer Verlastungsmaschine zu unternehmen. Plötzlich hörte man verdächtiges Krachen und laute Warnrufe. Wenige Sekunden später stürzte die

Decke des Stollens ein und begrub fünf der Anwesenden. Nur einem gelang es, sich noch rechtzeitig aus dem Gefahrenbereich zu retten, doch hat er durch den Schreck die Sprache verloren. Die sofort angestellten Rettungsarbeiten führten nur zur Freilegung der fünf Leichen.

Lustmordversuch an einem Knaben

TU Brandenburg, 19. Februar.

In einem Außenbezirk Brandenburgs ist heute nach 10 Uhr auf einem Schuhablaßplatz ein schweres Verbrechen an dem 6 Jahre alten Sohn Rudolf des in einer Siedlung lebenden Arbeiters Engelmann verübt worden. Der Knabe, der auf dem Wege zur Schule war, wurde von einem Unbekannten mit einem Messer schwer verletzt und blieb bewußtlos liegen. Ein Polizeibeamter fand ihn mit furchtbaren Halsverletzungen auf und brachte ihn ins Krankenhaus, wo der Knabe sofort operiert werden mußte. Er schwieb in großer Lebensgefahr.

Nach den bisherigen Feststellungen der Kriminalpolizei handelt es sich um einen Lustmordversuch oder um die Tat eines Geisteskranken. Der Täter ist vermutlich ein Mann Mitte der zwanziger Jahre mit bartlosem, blassem Gesicht, der den Knaben an sich gelöst hat. Der überfallene Knabe gibt an, daß der Unhold zur Tat ein langes Küchenmesser benutzt und ihm den Mund zugehalten habe, um ihn am Schreien zu hindern.

Der Täter ermordet

TU Brandenburg, 20. Februar.

Der Brandenburger Lustmörder, der gestern vormittag den neunjährigen Schulknaben Rudolf Engelmann durch Meißnerstich schwer verletzt hatte, ist nunmehr ermordet worden. In den frühen Morgenstunden wurde heute der 21 Jahre alte Arbeiter Alfred Süntje, der hier wohnt, als mutmaßlicher Täter verhaftet. Es handelt sich um einen ehemaligen Fürstengejöglings, der sich gestern nachmittag verschwendlich in der Nähe des Tatortes umhertrieb und dadurch die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gelenkt hatte. Der Verhaftete hat inzwischen bereits ein Geständnis abgelegt. Von verschiedenen Personen, die ihn näher kennen, wird der Mann als geistig minderwertig bezeichnet.

Aus Rache niedergeschossen

TU Berlin, 20. Februar.

Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet aus Quedlinburg: Der Direktor der Kohlengruben „Richtersfeld“, Kramer, wurde am Mittwoch gegen 20 Uhr, als er aus seinem Haus trat, im Garten von einem Unbekannten in der Dunkelheit erschossen. Es war bereits vor einiger Zeit auf den Direktor ein ähnliches Attentat verübt worden. Man vermutet einen Racheakt.

Um die falschen Dollarnoten

TU Berlin, 18. Februar.

Das Auftauchen der falschen 100-Dollar-Noten in Berlin, deren Erscheinen in Bankfilialen erhebliche Beunruhigung hervorgerufen hat, veranlaßte die Falschgelddezernate sämtlicher europäischen und amerikanischen Staaten, mit Hilfe der Großbanken festzustellen, wie viele falsche 100-Dollar-Noten sich eigentlich im Umlauf befinden und ob es sich bei diesen Fälschungen um eine private Werkstatt handelt oder ob, wie mehrfach vermutet wurde, möglicherweise sogar ein Staat hinter diesen Fälschungen stecken könnte. Wohl nahezu alle nennenswerten Banken auf 100-Dollar-Noten wurden im Laufe der letzten Wochen eingehend geprüft, und es hat sich, wie das „Berliner Tageblatt“ mittelt, dabei herausgestellt, daß wohl einige Fälschungen darunter waren, daß drey Zahl aber im Verhältnis zu den vorhandenen Mengen an echten Scheinen so gering ist, daß man jedenfalls von einer grob angelegten Fälschung nicht sprechen kann.

Ahnlich sind auch die Untersuchungen in den anderen Staaten verlaufen. Auch dort hat man verhältnismäßig nur wenige falsche Scheine feststellen können. Seit der Aufdeckung der in Berlin in Zahlung gegebenen falschen Dollarnoten sind überall von diesen in ganz Europa keine Scheine mehr auf den Markt gekommen. Es scheint, als ob die Fälscher gewarnt worden sind und gar nicht erst den Versuch mehr unternommen, die als Fälschungen erkannten 100-Dollar-Noten an den Mann zu bringen.

Spiel, Sport, Körperpflege

Hallen Schwimmfest in Magdeburg

In der Schwimmerhochburg der bürgerlichen Sportler, Magdeburg, hatte der Freie Wasserportivverein Groß-Magdeburg, Abt. Buckau-Hermesleben, am 16. Februar ein Schwimmfest aufgezogen, das weit über den Rahmen der üblichen schwimmportiven Veranstaltungen hinausragte. Nicht weniger als 14 Bundesvereine waren am Start, u. a. aus Hamburg, Berlin, Hannover, Hildesheim, Dessau, Halle, Leipzig. Vor etwa 700 Zuschauern wurden in rascheter Reihenfolge die spannenden Kämpfe abgeworfen. Trotz der außerordentlich starken Konkurrenz konnten die Leipziger Schwimmer einige gute zweite und dritte Plätze belegen. Soweit sie sich an den übrigen Läufen beteiligten, fanden sie nach schwerem Kampf nur Kopfbreite auf die weiteren Plätze. Der Figurenreigen der Magdeburger Schwimmerinnen verdient seiner sauberen Ausführung wegen, ein besonderes Lob.

Im Rahmen dieser Veranstaltung handen mehrere Wasserballspiele statt: Jugendspiel Hannover-Leipzig 1:0 (0:0); Charlottenburg-Leipzig-Südwest 4:2; Berlin-Hannover 4:0.

Die wichtigsten Ergebnisse vom Schwimmen sind: Männer Erwachsenen 8x50 Meter: Buckau-Hermesleben 3:08,7 Minuten, 4. Leipzig 3:22,2 Min. - Lagenstaffette 4x100 Meter männl. Jugend: Magdeburg-Alstadt 5:42,8 Min., ASV Leipzig 5:46,2 Min. Männer Erwachsenen 100 Meter A-Klasse: Eger-Hildesheim 1:07,4 Min. 4. Wermann-Leipzig 1:12,1 Min. 100 Meter Brustschwimmen für Frauen: Groß-Gr. Berlin 100 Meter Brustschwimmen für Frauen: männliche Jugend: Dehoff-Buckau-Hermesleben 1:27,0 Min. Einher-Leipzig-Lindenthal 1:30,3 Min. 4x100 Meter Lagenstaffette für Männer: Gr. Schw. Berlin 5:15,6 Min. 4. Leipzig 5:26 Min. - 3x100 Meter Lagenstaffette für Frauen: Gr. Schw. Groß-Berlin 4:51,8. 100 Meter Freistilschwimmen: männl. Jugend: Schneider-Dessau 1:13,7 Minuten; Schöbel-ASV Leipzig 1:14,1 Min. Schönhart-Leipzig-Lindenthal 1:15,2 Min. 100 Meter Seitenschwimmen für Männer A-Klasse: Schaumburg-Buckau-Hermesleben 1:18 Min.; Wagner-ASV Leipzig 1:21,8 Min.; 4. Rathmanner ASV Leipzig 1:23,9 Min. - Springen für Männer A-Klasse: Wagner ASV Halle: 22% Punkte. Jugendspringen: Lind-Magdeburg 26% Punkte; Voge-ASV Leipzig 28% Punkte. 200 Meter Brustschwimmen für Männer: A-Klasse: Grüne-Charlottenburg 3:08,7 Min.; Blochberger ASV Leipzig: 3:11 Min. - 4x100 Meter Erwachsenenstaffette für Männer: Gr. Schw. Gr. Berlin 4:53,5 Min.

Die Sittlichkeit wird gerettet

Das Bayerische Kultusministerium hat der Stadt Ansbach, Sitz der Regierung von Mittelfranken, die Auflage gemacht, den Weg zwischen Schule und Turnhalle zu sperren, damit die im Schulhof turnenden Mädchen kein öffentliches Vergernis erregen. Sollte das nicht möglich sein, so soll der Zaun mit Blech beschlagen werden. Wir empfehlen den Tugendwählern, für die Schulkinder Blechpanzer nach bestehendem Bild-

sandte sie zum Zeichen dafür, daß es auch in Österreich "revolutionäre" Sportler gebe, nach Russland. Die Spieler wurden dort von den höchsten bolschewistischen Behörden empfangen, als die Avantgarde der österreichischen Sportopposition gefeiert, mit Ruhm ausgestattet und zum Zwecke der Spaltung sogar nach Finnland geschickt. Damit die zusammengelebene Truppe zugriffstig genug sein sollte, gab man ihr den Titel "Meister der Luzerner (sozialistischen) Sportinternationale". Nach wochenlangen Propagandaftaaten für die "allein revolutionäre" Sportschule nach Österreich zurückgekehrt, sind vier von der revolutionären Elite zum bürgerlichen Fußbalerverband übergetreten. Davon gehörten zwei einem Verein an, dessen Leitung aus möglichen Heimwehrleuten besteht. Ja, es geht nichts über Prinzipientreue. Von der Kommunistischen Partei zu den Faschisten ist nur ein kleiner Schritt.

Schach

Das Mitteldeutsche Arbeiterschachkalender Okt. 1929 findet in Süßschenkstatt. Dargestellt sind folgende Räume: 1. Mannschaftskämpe; 2. Platz; 3. Jugendmannschaften; 2. Meisterschaftsräume für Kreis-, Bezirks- und Vereinsmeister; 3. Gruppenräume, A und B; 4. Damenturnier; 5. Jugendturnier; 6. Völkerturnier für Spieler, die dem DSB angehören). In allen Räumen können Preise (Schachutensilien) zur Verteilung. Turnierbeitrag beträgt 1 M. Kreisquartiere werden gestellt. Sonnabend: Empfang und Begegnungsabend. Sonntag steht die erste Turnierteilnahme. Stärke Belebung wird erwartet. Leipzig meldungen sind an Gen. Schönheit, Leipzig 2. 27, Rudolph-Hermann-Str. 11, zu richten.

Wetterbericht der Arbeiter-Turn- und -Sportschule

Dort	Temperatur Grad Celsius	Schneebreite cm	Schneebefallshöhe	Sportmöglichkeit
Oberwiesenthal	- 7	26	Pulverschneee	Geh und Rad lehr gut ausgezeichnet
Gödelsberg	- 9	41	-	ausgezeichnet lehr gut
Johanneumsgroßstadt	- 11	29	-	-
Wiesberg	- 7	35	-	-
Mönzenberg, Höhberg	- 6	40	-	-
Schönau	- 7	20	verhorror	ausgezeichnet gut
Bad Elster	-	-	-	-
Unanberg-Pöhlberg	- 7	25	Pulverschneee	lehr gut
Frohwalde	- 5	10	verhorror	gut
Wilsdruff	- 5	20	Pulverschneee	-
Geising	-	-	-	-
Niederschönau, Weinhols	- 7	17	Pulverschneee	lehr gut auf Waldwegen ausgezeichnet
Bad Gottleuba	- 5	3	Wiederholung	-
Wohl Gräbe	-	-	-	-
Zittau, Hochwald-Lautzenau	- 7	23	Pulverschneee	gut

Es lebe die Einheitsfront

Von Moskau geweihte Sportrevolutionäre bei den Faschisten. Im September 1929 suchte die Leitung der österreichischen Kommunistischen Partei eine Fußballmannschaft zusammen und



Ihre Lebensmittel erhalten Sie durch unsere große Spezial-Abteilung vorzüglich, billig u. stets frisch auf den Tisch.

Braunschweig-Gem.-u.-Obit.-Konserven

Karotten (gewürzt) 2-Pfd.-Ds. 38,-
Gemüse-Erbsen 2-Pfd.-Ds. 55,-
Gem. Gemüse 2-Pfd.-Ds. 90,-
Jg. Schnittbohnen 2-Pfd.-Ds. 68,-
J. Wachsbrechbohn. 2-Pfd.-Ds. 95,-
Sülterl. Scheitfrastir. 12-Pfd.-Ds. 95,-
Pilzum „Pali“ m. St. 2-Pfd.-Ds. 66,-
Plumeten (süß-sauer) St. 2-Pfd.-Ds. 42,-
Metzer Milbeißl. 2-Pfd.-Ds. 1,10
Sauerkirsche, m. St. 2-Pfd.-Ds. 1,25

Konfitüren

Wiener Teegebäck . Pfd. 78,-
Milch-Kakao-Crème-Waffl. Pf. 82,-
Frucht-Gelee-Würfel . Pf. 72,-
Punschkrobacken . Pf. 98,-
Vollmilch-Karamellen . Pf. 68,-
Vollmilch- u. Schmalz-Pastill. 1/2 Pf. 85,-
Husten-Mischung . Pf. 58,-
Gefüllt. Bonbon (gewick.) Pf. 72,-
Blätter-Gebäck . 1/2 Pf. 55,-
Anis-Bonbon . Pf. 52,-

Eiblock-Schokol. (bek. Mark.) halbsüß, Voilmilch Pf. nur 1,30

Fett-Bücklinge Pfd. 25,-

Portug. Oelsardinen i. hell. Oliven-Oel. Club-Ds. 38,-

Kieler Sprotten 1-Pfd.-Kiste 43,-

Mostgänse Pfd. 1,05

Hasenrücke mit Keulen Pfd. 1,20

FRISCH-FLEISCH

Rindsgulasch Pfd. 1,10

Kalbspfefferfileisch Pfd. 1,10

Gehacktes (gemischt) Pfd. 70,-

Gehacktes Rind Pfd. 1,00

Kalbskamm, Brust Pfd. 1,30

Kalbswickelbraten Pfd. 1,30

Schweinsbauch, s. mag. Pfd. 1,15

Schweinekeule Pfd. 1,40

Cassler Rippenspeer. Pfd. 1,75

Suppenhühner Pfd. 1,05

Fleisch- und Wurstwaren

Schinken (gekocht) . 3/4 Pf. 55,-

Rouladen, Leberpastete 1/2 Pf. 70,-

Zerveletw. i. Fett darm . 1/2 Pf. 70,-

Salami-od.Zerveletw. 1 Pfd. 1,85

Bayer. Bierwurst 1 Pfd. 1,65

Kaffee, tägl. frisch geröst. 1/2 Pfd. 1,65 1,35 1,25-95,-

Butter und Käse

Molkereibutter . 1/2 Pfd. 90,-

Comembert (vollfett) 1/2 Kart. 85,-

Emmenthaler o. Rinde Kart. 68,-

Tilsiter (vollfett) . 1/2 Pfd. 50,-

Finkost-Käse o. R. . 1/2 Kart. 48,-

Dessert-Käse o. R. . 1/2 Kart. 26,-

Holl. Blockkäse 1/2 Pfd. 26,-

Finkler-Romadour . Stck. 21,-

Tafel-Margarine Pfd. 60 55 47,-

Frische Eier, extra gr. 10 St. 75,-

Kolonialwaren

Finst. Weizenmehl 5-Pf.-B. 1,10

Käfer-Auszugsmil (grillt) 5-M.-B. 1,25

Vollreis 4 Pfd. 95,-

Moumahn-Reis 3 Pfd. 88,-

Linsen 4 Pfd. 95,-

Perl-Bohnen Pfd. 45,-

Welzengrieß 3 Pfd. 80,-

Eier-Fadennudeln Pfd. 68,-

Apfelingröße (Kaffl.) Pfd. 1,10 90,-

Zitronen 10 Stück 48,-

Thüringer Knackwurst Pfund nur 1,50

K A U F
BRÜHL

Aus der Umgebung

Kraftpostverkehr Leipzig-Grimma

Zur Verbesserung der Kraftpostverbindungen für die an der Teilstrecke Leipzig-Grimma der Fernkraftpost Leipzig-Döbeln-Dresden liegenden Gemeinden Grethen, Pomßen, Köhra mit Lindhardt, Threnreuth und Großpösna werden vom 20. Februar an zunächst verlässliche Früh- und Abendsfahrten eingerichtet. Die Fahrten zwischen Leipzig und Grima verlaufen dann wie folgt:

Ab Leipzig hbf., Mittelbau, 7.55, 10.30 Uhr, an Grima Markt 8.45, 13.18, 18.52 Uhr, an Leipzig hbf., Mittelbau, 7.45, 14.05, 19.40 Uhr.

Stadtverordnetenversammlung in Zwenkau

Das Kollegium nahm Kenntnis von zwei Verwaltungsberichten, durch die zwei SPD-Anträge ihr verdientes Ende fanden. Die SPD stellte hierauf einen Dringlichkeitsantrag, der die Zuständigkeit zwischen dem Bau- und dem Rechnungsprüfungsamt festlegt, die Auszahlung der ungeprüften Röhungen auf 75 Prozent beschränkt und eine größere Beteiligung des Bauausschussmitglieder bei Vermessung und Abnahme städtischer Bauarbeiten sicherstellt. Der Antrag wurde mit geringfügigen Aenderungen angenommen. Die KPD begrüßt den SPD-Antrag überhaupt nicht und stimmt gegen die ersten zwei Punkte, während die Bürgerlichen recht viel Unternehmensschmerzen hatten.

Die KPDisten wollten nun durch einige „dringliche“ Blussachen wieder die Erledigung der Tagesordnung verhindern. Das Manöver wurde unmöglich gemacht und die Anträge ans Ende gelegt.

Beim Punkt Weihnachtshilfe für Erwerbslose sollten die Komiker die „Güte“ ihres früheren Antrags beweisen, gegen den der Stadtrat Einpruch erhob, aber ihre Falschmünzerpolitik gegenüber den Erwerbslosen wurde vor aller Öffentlichkeit dargelegt. Es blieb den Kommunisten wieder einmal vorbehalten, mit

unglaublichen Radarszenen

die soziale Parlamentsarbeit zu föhren. Sie wurden dabei aber sich selbst und ihrem hinausgeworfenen Oppositionellen Franke überlassen, der auf das Stichwort „Spülküchen“ und „chronische Schwindsünder“ durch einen Rechtsakt mundtot gemacht werden sollte. Aus Mangel an geistigen Waffen verlor sich Thomas als Stuhlkommunist. Er wollte mit seinem Sessel den KPDopponennten Franke „antworten“ warf den Stuhl aber dem „bekannten“ KPDisten Jelsky auf den Kopf, der nicht schlecht über die Kopfnuss erstaunt war. Hierauf kam es zwischen den beiden Kommunisten Thomas und Franke

zum hässlichen Ringkampf,

bei dem der Angreifer Thomas arg zugebissen wurde.

Die anwesende Arbeiterschaft befand auf diese Weise ein widerliches Bild von den kommunistisch-faschistischen Methoden zu sehen und wird sich für solche Sorte „Arbeiterverteidiger“ wie Thomas und Jelsky ganz gehörig bedanken. Durch diese Rechtszenen, die bewußt betrieben werden, sandt die Sitzung ihr vorzeitiges Ende.

Aus der Einheitsgemeindeleute

In der Verordnetenversammlung vom 17. Februar konnte die zahlreichen erschienenen Arbeiterschaft beobachten, wie der Wirtschaftspartei-Hauptmann Breitschneider, der Konsumhasser, sich zum Arbeiterfeind entwickelt. Er ist der einzige, der die Hilfemaßnahmen für die Erwerbslosen und andere Bedürftige für weniger nötig hält, als etwa für die Gewerbetreibenden.

Dem Antrage der Erwerbslosen soll durch folgende Hilfemaßnahmen stattgegeben werden: Ehrenhilfe, Broterstattung 15 Wochen lang, Beschaffung von Naturalien und Kleidungsstücken, Mietehilfe, Auszahlung des Unterschiedes von Krisen- und Fürsorgeunterstützung. Für die mehr als 250 Unterstützungsbedürftigen lämen in 15 Wochen 6000 Mark in Frage — Dem Antrage des Bürgermeisters, die 6000 Mark dadurch aufzubringen, daß in der nächsten Etatberatung keine Steuern herabgesetzt würden, wurde mit 6 gegen 1 Stimme (siehe oben) nachgegeben, als Genosse Wachler die Erhöhung der Hundesteuer und Vergnügungssteuer fallen ließ.

Mehrere Beschwerden der nichtöffentlichen Sitzung wurden auf Antrag der SPD öffentlich verhandelt. Was da an beispielswertem „Sänferl“ herauskommt, ist hier nicht wiederzugeben. Dass sich die bürgerlichen Verordneten Breitschneider und Hönenmann gegenseitig zum Ergößen der Arbeiter anstrengten, sei ebenfalls bemerkbar. Zum zweiten veröffentlichten Punkt wurde beschlossen, einige Grundstücke für die Notshäuser anzufassen.

Gegen das mutige Stüklein der Bürgerlichen, die im Hauptrat aus dem Ausschuss den Rücktritt der Gemeinde aus dem Konsumverein beantragt hatten, war von uns Verwaltungsübericht beantragt worden. Und siehe da — daß 25 000 Mark erhielten die Gewerbetreibenden an Aufträgen, außer für Neubauten, von der Gemeinde in zwei Jahren und nur reichlich 700 Mark der Konsum. Diese veröffentlichte „Hilfsaktion“ für die Gewerbetreibenden bewog sie, den konsumfeindlichen Antrag zurückzulegen. Die nach den Wahlen in der LV veröffentlichten Gewerbetreibenden mögen sich das für die nächste Wahl merken.

Wünschenswert

u. Reinigung bei den Freidenkern. In unserer Gemeinde bestehen noch immer zwei Freidenkerorganisationen, die Soz. Freidenker mit 185 Mitgliedern, sowie die Berliner Richtung mit ca. 25 Mitgliedern. Ist die größere Organisation nur ein rein sozialdemokratisches Unternehmen, so war das im Verein für Freidenkerum nicht der Fall, wo Kommunisten bis vor kurzem noch das Heft in Händen hielten, bis sie durch ihr Spaltungswort an die Luft befördert wurden. Diese Reinigung hat auch die KPD-Größen Beyer und Stichaner an die Luft gejagt, die nun wahrscheinlich noch eine dritte Gruppe aufmachen werden.

Wünschenswert

u. Gemeindeverordnetenversammlung. Die Wahlen zum Bezirksrat werden erledigt. Über die Maßnahmen zur Linderung der Erwerbslosen berichtet der Gemeinderat. Von den Rollstandsarbeiten der Gemeinde konnten die Strafanordnungen wegen der Witterung noch nicht beginnen. Der Gemeinderat hofft, daß in aller Kürze ein großer Teil der Erwerbslosen beschäftigt werden kann. Der Bürgermeister schlägt einige Fälle von Wohnungsbeschlagnahmen, die zeigen, wie die Gemeinden unter den Losungsbestimmungen zu leiden haben. Es liegen Urteile der Gerichte sowie der Kreishauptmannschaft gegen die Gemeinde vor. Durch vorerstige Entscheidungen verliert die Gemeinde einen großen Teil ihrer Wohnungen, die Leidtragenden sind natürlich die Wohnungsuchenden.

Aueuthain

In der letzten Gemeinderversammlung wurde die Spar- und Girokassenrechnung 1928 richtiggeprochen. Abgelehnt wurde die Ausbeutung des Böschungssteils nach dem kleinen Stadtteil Leipzig-Knautsiedlung. Beim Kauf der Angerstube als Bauland ist eine Einigung mit verschiedenen Besitzern nicht erzielt worden, der Finanzausschuss soll mit ihnen nochmals verhandeln. Die Kosten für Klärung der Abwasser und Schleusenbau und ihre Ausbringung wurden mit einigen Abendungen vom Finanzausschuss angenommen, desgleichen die Haushaltungsversetzung. Das Ortsgeley über die Herstellung der Straßen und Fußwege wurde im § 4 der Ab. 3 und 4 gestrichen, im übrigen einstimmig angenommen. Die Fußwegherstellung und Bodenentfernung in der Haupt- und Schulstraße wurde bis zum Eingang der Kostenanschläge aufgelöst.

Verordnetenversammlung in Stahmeln

af Nach der Wahl zum Bezirkstag wird Kenntnis genommen u. a. von der Verpflichtung des Genossen Pfaff als Bürgermeisterstellvertreter und der Juridizierung des Einspruchs der Verordneten in der Bauleitlinie der Schützengesellschaft „Stern“ Leipzig, durch die Amtshauptmannschaft. Sämtliche Ausschlüsse werden als gemischt festgestellt; die dadurch bedingte Aenderung der Ortsverfassung wird beschlossen.

Bei der Beratung des Haushaltplans 1929/30 stimmen, da der Haushaltplan unter Annahme von 150 Prozent Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer aufgestellt ist, Bürgerliche und Kommunisten zwar dagegen, er wird aber mit der absoluten Mehrheit der SPD angenommen. Er schlägt mit einem Fehlbetrag von 19 500 Mark ab. Bei der Beratung des Haushaltplans forderten die Kommunisten höhere Einstellungen für Unterstühungen und Bauzwecke, lehnen aber die Erhebung aller Steuern ab. Die Erhebung des Zuschlags wird von der SPD mit der Notwendigkeit der sozialen und kulturellen Einrichtungen begründet, das sind kostenlose Totenbestattung, vollständige Vermittelstreichheit, kostenlose Zahnbearbeitung, unentgeltliche Ferienwanderungen usw.

Zwei Anträge der SPD fanden noch Zustimmung: 1. Der Bürgermeister wird beauftragt, wegen Überlassung von Bauland zu verhandeln, und: Zur Unterstützung von Arbeitslosen und Bedürftigen werden 800 Mark bewilligt. Die Kommunisten erklären hierzu, daß sie heute davon Abstand nehmen, einen höheren Beitrag fordern.

Schreudich

Das Gewerkschaftskartell hatte für den Kursus: „Sozialpolitik und Arbeitsrecht“ als Kursusleiter den Kollegen Reinhold Schönlan, Halle, gewonnen. Die Besucherzahl der vier Abende zeigte steigende Tendenz; am ersten Abend 33 Besucher, am vierten 46. Es wurden behandelt: die Invaliden-, die Unfall- und die Krankenversicherung; unter Arbeitsrecht: Die Gewerbelebensversicherung, das Betriebsverträge und die Arbeitsgerichtsbarkeit. Die Diskussionen bewiesen, wieviel Unwissenheit auf all diesen Gebieten noch vorhanden ist. Wünschenswert wäre, daß Genosse Schönlan mehr als bisher, zur Erörterung dieser für die Arbeiter so wichtigen Fragen, herangezogen würde.

Omnibuslinie. Die Staatliche Kraftwagenverwaltung teilt mit, daß der Verkehr auf der seit Mitte Dezember 1929 eingeführten Omnibuslinie Zwenkau-Kleincölln derzeitig gering gewesen ist, daß der Betrieb mit Ende dieses Monats eingestellt werden muß.

Ganz besonders preiswert!

SCHWEINE-FLEISCH

Felles zum Ausbraten	... Pfund	98,-
Baudl	... Pfund	1.10
Keule	... Pfund	1.40
Koteletten	... Pfund	1.50



Saftfleisch
1/4 Pfund **48**

Ochsenfl. im ei-
genen Saft. Pf.dose **1.00**

Fetter Speck
Pfund **1.10**

Braunschw. Würst-
chen Dose 6 Paar ... **1.45**

Besuchen
Sie unsere
Weisse Woche.
Die günstigste Einkaufsge-
legenheit des Jahres
für weisse Waren!

KONSERVEN

Kartoffeln	1/2-Kilo-Dose	38,-
Gemüse-Erbsen	58,-	
Junge Schnellbohnen	65,-	
Erbsen und Kartoffeln	75,-	
Erbsen rot	1.12	
Spargel-Abschnitte	1.85	
Stängelspargel	2.45	
Stängelspargel salziger	2.85	

Apfelmus	tafelfertig	50,-
	1/2-Kilo-Dose	50,-
Pflaumen	mit Stein	58,-

FISCH-KONSERVEN

Ohsenmaulsalat	Pfd.-Dose	60,-
Norwegische Fettheringe	in Tomaten	65,-
Rollmöpse	1-Liter-Dose	78,-
Bismarckheringe	1-Liter-Dose	78,-
Hering in Ciege	1-Liter-Dose	78,-
Brotheringe	1-Liter-Dose	78,-
Rheinische Gewürzgurken	1-Liter-Dose	1.00
Salzgurken	1-Liter-Dose	1.00

Weisse Bohnen	95,-
Kartoffelgemüse	95,-

KOLONIALWAREN

Grüne Erbsen	... Pfund	22,-
Neue Linsen	... Pfund	24,-
Graupen	... Pfund	28,-
Gem. Kristallzucker	Pfund	28,-
Pflaumen knall. getr. Pf.	80 60	50,-
Mischobst getrocknet	Pfd. 95	75,-
Ringäpfel	... Pfund	95,-
Kalifornische Pfirsiche	getrocknet	1.20
Schokoladenpulver	Pfund	95,-
Weltmeinzugsmehl	5 PLB.	1.10

FRISCH-FLEISCH I. KLASSE

Brust	... Pfund	1.15
Beinflleisch	... Pfund	1.15
Querrippe	... Pfund	1.20
Hoherippe	... Pfund	1.30
Schmorfleisch ob.Kn.	Pfund	1.60
Rouladen	... Pfund	1.70

WILD u. GEFLÜGEL

Gehacktes gemischt	Pfund	70,-
Gehacktes Rind	... Pfund	98,-
Pfefferfleisch	... Pfund	98,-
Gulasch	... Pfund	1.10
Erdnüsse	... Pfund	38,-
Kokosnusse	... Stück	35,-
Schneehühner	... Stück	1.75
Steppenhühner	... Stück	1.75
Hasenkeulen	... Stück	1.25
Hasenrücken	... Stück</td	



Haltet eure Kinder ab

Das Statistische Reichsamt berichtet über eine starke Zunahme der tödlichen Erstürungen. Die Lungenentzündung spielt hierbei eine wesentliche Rolle. Was mag die Ursache hierzu sein? Wir denken hierbei sofort an die mangelhafte Ernährung, die heute ungeheure Massen des arbeitenden Volkes verunsichert sind, und an die Schwächung der natürlichen Widerstandskraft, die solch mangelhafte Ernährung mit sich bringt. Das eine derartige allgemeine Notlage des Volkes sich früher oder später gesundheitlich schädlich auswirkt, kann keinem Zweifel unterliegen.

Auch in anderen Ländern hat man diese Zunahme der Erstürungen festgestellt, und auch bei Säuglingen die gleiche Erscheinung gefunden. Da ist es eine natürliche Abwehrmaßnahme des einzelnen, nicht nur die wirtschaftliche Lage zu verbessern, sondern auch durch Pflege und Erziehung des Kindes für das Kind alles zu tun, was diesem die Kraft gibt, den Schäden der wirtschaftlichen Ordnung gewachsen zu sein, um ihr nicht zu erliegen.

In England ist man in der Säuglingsfürsorge bereits in weitem Ausmaße zu systematischen Abhängigkeits- und Rüftkuren für die Säuglinge übergegangen. Mancher Säugling könnte erhalten bleiben, in man durch geeignete Lebensweise die natürliche Lebensenergie bewahrt. Das enge Zusammenwohnen bringt heute eine gewisse Verweichung mit sich, und besonders fehlt die natürliche Umwelt den Säuglingen meistens, die aus den hohen Stockwerken der Mietkasernen nur mit Mühe auf Plätze gebracht werden können, wo frische Luft weht, die erfrischt und stärkt.

Säuglinge, die das ganze Winterhalbjahr hindurch wenig oder gar nicht an die frische Luft kommen, werden in ihrer Widerstandskraft geschwächt. Trotzdem werden so viele Säuglinge in dieser schlechteren Jahreszeit im Zimmer gehütet und vor jedem frischen Aufenthaltsraum bewahrt. Die Kultur des Leibes, die unserer Zeit so ausgesprochen das Gepräge gibt, fange beim Säugling an!

Rechtshum der „Antifa-jungen Garde“

Am Dienstag, dem 18. Februar, gegen 21.15 Uhr, überstießen Lindenau etwa 50 bis 60 Mitglieder der Antifaschistischen jungen Garde etwa 12 Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, die sich auf dem Heimweg von einer Zusammenkunft befanden. Als die Polizei erschien, verschwanden die „revolutionären Helden“ vom Kampfplatz. Der Polizei gelang es aber trotzdem, einen dieser Kämpfer zu erwischen, der nach Feststellung seiner Personalliste wieder entlassen wurde.

Augenzeuge berichteten darüber: Am Dienstag gegen 21.15 Uhr standen an der Ecke der Demmering- und Merseburger Straße 10 bis 12 junge Leute zusammen. Etwa 50 bis 60 Mitglieder der „Antifa“ marschierten die Merseburger Straße entlang. Als sich dieses Militärvereinungsgruppen vor den jungen Leuten befand, drohte der Führer der „Antifa“ ein „Alles bereit“ den verbrechen Jungen „Garden von Berlin“ aus, die nach Meinung des KPD-Ortsvorstehers „verbündet worden seien“. Die „Antifa-Truppe“ bog daraufhin die Demmeringstraße, in Richtung Lindenauer Markt, ein. Als sie in Höhe der Leipziger Straße angelangt waren, machten sie „Kopf“ und sammelten wieder nach der Merseburger Straße. In der Nähe des Kaufhauses Held kam wieder der Häuptling „Abteilung Acht“ und gleich darauf „Weggetreten“. Nun kamen die „Antifa-Bürschchen“ auf die dottichende Gruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend zu, bildete einen Kreis und schlugen bald mit Stahlstutzen und Gummizipper auf auf dieser Jugendgenossen ein. Dabei stießen sie, wahrscheinlich von ihren „Großen“ gelernte revolutionäre und politische Schlagwörter wie: Großraußen, Schweine, halt die Fresse und Sozialfaschisten aus. Mehrere unserer Jugendgenossen trugen am Teil erhebliche Verletzungen davon und mußten einen Sanitäter in Anspruch nehmen. Zum Andenken an ihren „Sieg“ hielten diese Antifaschisten auch noch einige Minuten und ergriessen die Flucht.

Das sind die Früchte der KPD-Parole: „Verschärfster Kampf den Sozialfaschisten“. „Was ein echter KPD-Mann werden will, schlägt beizetzen zu.“

Im Osten nichts Neues

Wenn wir die Volksschulverhältnisse bessern wollen, dann muß sie das Volk selber erzielen. Wie groß das Interesse der Reaktion für die Volksschule ist, das zeigt uns ein Blick gen Osten, wo die ostpreußischen Junten noch mächtig sind. Auch in der Republik. Wir müssten leider schon oft von den erbärmlichen Schulverhältnissen im Lande der Junten hören, aus dem Lande, in dem die Arbeiterschaft noch nicht ihre ganze politische Bedeutung hat. Und da ist es denn heute möglich wie einst die Diktatur des Schulzimmers feucht, der Boden versaut, Spiel- und Sportplatz gar nicht vorhanden, und daß der Lehrer noch mal durch die Diktatur seiner Dienstwohnung fällt, ist keineswegs außerhalb der Möglichkeit. Doch im Stalle des Gutsherrn ist alles anders.

Trotzdem: Die Eltern möchten diesen erbärmlichen Zustand beibehalten. So lesen wir da. Nicht zu fassen! Warum? Antwort: Der Herr Junker legte im Schulhause eine Liste auf, und bald wird die gesamte Elternschaft protestieren gegen jede Änderung, weil alles in Ordnung sei und die Eltern sich die Vergewaltigung des eterlichen Willens verhitten.

So distillieren sie, wo sie die Macht besitzen. Das ist das Interesse der Reaktion für das Volk. Nur wenn das schaffende Volk seinen kulturellen Gestaltungswillen ganz anders als bisher politisch bemerkbar macht, kann es anders werden — auch bei uns.

Treulindshaft

W. In dem Reichstagsvorliegenden Gesetzentwurf über die unehelichen Kinder und die Annahme an Kindesstatt besteht für die Pflege eines fremden Kindes ausgenommen Kindes das Wort „Pflegelindhaft“. Der Deutsche Erziehungsberat für verwaltete Jugend schlägt jetzt in einer Eingabe an den Reichstag an, leicht der beabsichtigten Erweiterung der Pflegelindhaft das Wort „Treulindhaft“ vor. Das Wort läßt sich ohne Schwierigkeit abwandeln auf Treulindern, Treulind usw. und leitet sich her von dem Wort herreisen, das ja das Wesen des ganzen Verhältnisses gut zum Ausdruck bringt. Es handelt sich dabei ohnehin nur um eine Bezeichnung für die Gelehrtsprache und den amtlichen Verkehr; denn im täglichen Leben werden Treupeler und Treumutter ebenso wie Adoptivvater und Adoptivmutter als Vater und Mutter bezeichnet werden, und die Kinder mit ihrem Vornamen. Sicherlich mag dieses oder jenes gegen die vorgeschlagene Bezeichnung einzuwenden sein. Die Eingabe bittert aber, für den Fall, daß keine bessere Bezeichnung gefunden wird, diese Vorträgen zurückzustellen und die der heutigen Bedeutung der freudigen Kindesfürsorge besser angepaßte Bezeichnung „Treulindhaft“ an Stelle von „Pflegelindhaft“ zu sehen.

Halt! Auf- und Abpringen verboten!

Von Oberkommissar O. Hennig.

Im Jahre 1929 waren noch den statistischen Feststellungen des Polizeipräsidiums Leipzig durch Auf- und Abpringen auf und von Straßenbahnen und Omnibussen 77 Unfälle zu verzeichnen, die zum Teil einen schweren Ausgang nahmen. Trotz täglichlicher Hinweise in Presse und Vorträgen haben die bezeichneten Unfälle nicht ab, sondern von Jahr zu Jahr zugenommen und viel Sorge, Leid und manchmal auch den Tod in die Familien getragen. Um Wandel zu schaffen, erließ die zuständige Aufsichtsbehörde ein grundlegendes Verbot. Die Verkehrsordnung der Stadt Leipzig vom 15. Januar 1928 besagt im § 8 Absatz 6:

daß es unter sagt ist, unbefugt auf Fahrzeuge während der Fahrt aufzuspringen oder davon abzuspringen oder sich daran festzuhalten.

Wer diese Vorschrift übertritt, wird bestraft. Ein polizeiliches Strafverfahren kann abgewendet werden, wenn man an den Beauftragten des Polizeipräsidiums oder des Rates, von dem man bei der Überbreitung betroffen wird, sofort 1 Mark Strafe zahlt. Ist der Betroffene nicht in der Lage, sofort den Betrag zu entrichten, so kann auf Antrag die Zahlung 48 Stunden gestundet werden. Über erfolgte Stundung wird eine Bescheinigung ausgestellt. Wenn innerhalb der genannten Zeiten der Betrag bei irgendeiner Leipziger Polizeiwache entrichtet wird, sind weiteren Folgen nicht zu erwarten.

Einerlei sei an folgendem Fall: Eine Frau ließ trotz der Warnung des Schaffners sich nicht abhalten, von einem in Fahrt befindlichen Straßenbahnen abzuspringen. Sie lehnte es auch, dem Polizeibeamten eine Mark Strafe zu zahlen. Infolgedessen erhielt sie einige Tage daran einen Strafbescheid. Gegen diesen forderte sie gerichtlichen Entscheid. Das Amtsgericht Leipzig verwarf die von der Frau vorgebrachten Gründe und legte ihr eine Strafe von 15 Mark auf.

Beachtenswert ist auch eine Entscheidung des 7. Strafgerichts des Reichsgerichts vom April 1928. Hier handelt es sich um die Frage des Verschuldens beim Abpringen von einem vor sich fahrenden Straßenbahnenwagen von der Haltestelle. Der Senats-

spruch führte aus, daß „wenn ein Fahrgärt, auch wenn er das Trittbrettfest bereits betreten hat, bei dem Sprung von der zu früh abschreitenden Straßenbahn einen Schaden erleidet, ein urfachlicher Zusammenhang zwischen dem Verhalten des Straßenbahnbetriebs, der das Abfahrtssignal voreilig gab, und dem Schaden, den der Abpringende genommen hat, nicht festgestellt werden kann. Der Unfall sei vielmehr unbedingt als durch den Abpringenden selbst verschuldet und verursacht anzusehen“.

Doch ebensowenig wie die oft schweren Schäden der zu Unfall gekommenen Menschen haben die Straßen die Überstrebungen verhindert. Man fragt sich, ob es nicht geeignete Mittel und Wege gibt, solche Unfälle zu verhüten. Das wäre sicher zu erreichen, wenn angeordnet würde, daß

a) in den Straßenbahnen nur noch Wagen eingestellt werden dürfen, deren Einstiege mit leicht verschließbaren Türen versehen sind, und

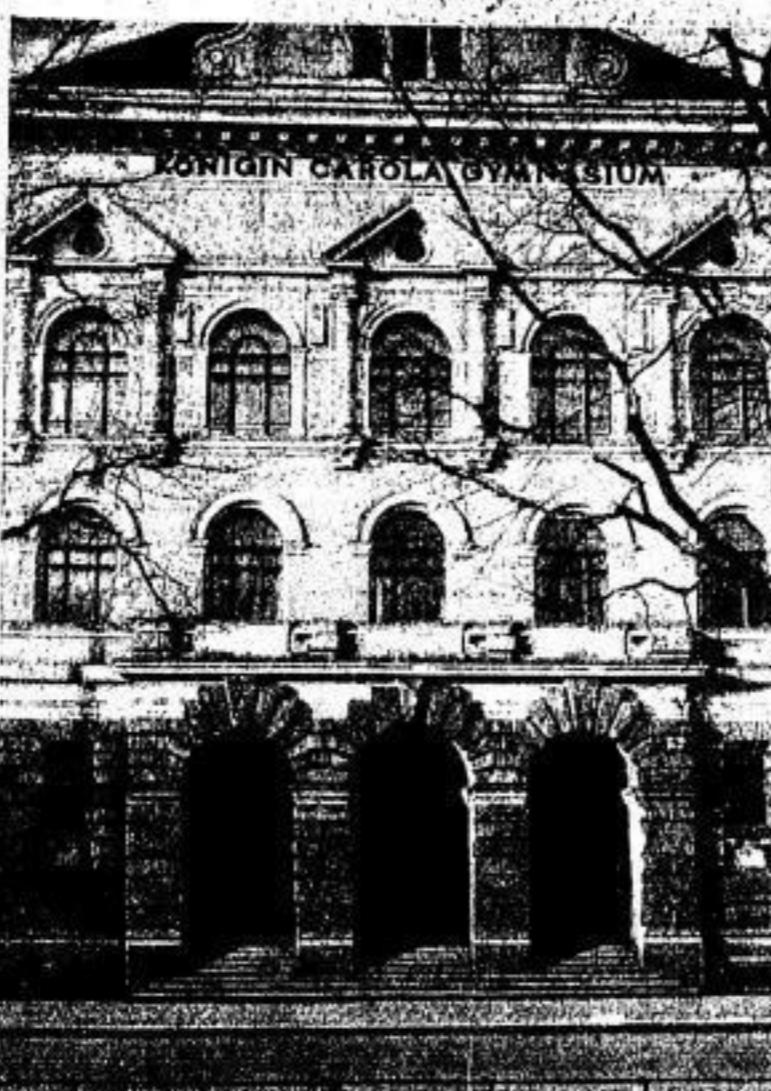
b) alle Straßenbahnen, die zur Zeit noch nicht solche verschließbaren Einstiege haben, in Bälde damit ausgestattet würden.

Ich behaupte, daß keine stichhaltigen Gründe dieser berechtigten Forderung entgegengestellt werden können, und daß die erforderlichen Geldopfer für den Umbau weit hinter den Ausgaben zurückbleiben, die sonst für die verunglückten und getöteten Menschen ausgewendet werden müssen.

In Süddeutschland hat sich die Einrichtung geschlossener Türen außerordentlich gut bewährt. Unfälle durch Auf- und Abpringen ereignen sich dort nicht mehr. Auch in Leipzig hat es Unfälle der bezeichneten Art bei den Niederflurwagen mit ihren während der Fahrt geschlossenen Türen nicht gegeben. So groß werden die Opfer für die Änderung der Wagen nicht sein, daß die Stadt Leipzig sie nicht aufbringen könnte. Die Schließung der Straßenbahneinstiege während der Fahrt würde aber nicht nur manchem Fahrgärt die Gesundheit oder gar das Leben erhalten, sondern der Stadt auch mancher Betrag für Wohlfahrtaufgaben erspart werden.

O schöne Zeit!

Leipzig hat nicht nur den denkmalgeschützten Posthalterideologen Börner, der dem Umsturz von 1918 mit Dringlichkeitsanträgen über Monarchendenkmäler Einhalt gebietet, es hat außerdem nicht nur Sieges- und Bismarckdenkmal, sondern auch noch Pfarrstätten für Bildung und Wissen, denen die Erforschung in Denkmälern, Emblemen und Inschriften die Erinnerung an die „schöne alte Zeit“ wachzuhalten. Wenn die eink den brauen Bürger in Vergißung, vorsiehenden Symbole erst gar nicht bestört werden darf, man nicht wie erst lässig lange Rämpe um ihre Wiederauferstehung zu führen. Man denkt nur, was es für Arbeit und Mühe und Auslegungslünste gelöst hat, den von der



proletarischen Mehrheit im vorigen Jahre im Stadtverordnetenkollegium gefassten Beschluß auf Beseitigung der monarchistischen Denkmäler abzuwehren; und man denkt weiter, daß Herr Börner trotz ernsterster Abfuhr heute noch nicht dazu gelangen konnte, die Entfernung des Kaiser-Wilhelm-Denkmales durch einen Aufhebungsbeschluß zu verhindern. Dem auf gesellschaftlichen Fortschritt bedachten Staatsbürgern wird das Jahr Festhalten am längst Überholten nur ein Beweis dafür sein, wie sehr das Kaiserlich-deutsche Bürgertum sich gezwungen sieht, alle Befriedigung aus dem Blick nach rückwärts zu schöpfen, weil es mit der Gegenwart nichts anzufangen weiß. Wie der „Wilde“ seinen Höhen und der verzogene Säugling seinen Rubbel, so will der Leipziger Spießer seinen Geenig haben. Und Herr Börner ruft Hurra dazu!

Müdenbekämpfung. Die behördliche Nachschau, ob überall in den Kellern usw. die dort überwinternden Müden abgetötet worden sind, werden die damit beauftragten Polizeigebäude vom 21. Februar 1930 an vornehmen. Wo sich durch Vorhandensein lebender Müden herausstellt, daß Eigentümer, Wächter oder Mieter nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen haben, müssen die Wohlfahrtspolizei beauftragt Herbeiführung der Bestrafung Anzeige erstatten.

Schuh und Straße

Knickfuß und Senkfuß sind bei unzivilisierten Völkern eine Seltenheit. Auf dem Lande ist es auch besser als in der Stadt. Das Pfaster der Stadt, der enganste Schuh, der den ganzen Tag am Fuße bleibt, misstbildet. Wir sind in unserem Fußbau infarct, Gelena, Muskeln, Sehnen werden einseitig überlastet oder einseitig lähmgelegt.

Neue Unterforschungen an Schülern haben erwiesen, daß nur 53 Prozent der Kinder gefunde Füße hatten. Und bei den Alten ist es oft noch schlimmer. Kann es da wundern, daß eine große Industrie heute von dieser Entartung des menschlichen Fußes lebt, indem sie Erkrankungen herstellt und andere Notbehandlungen?

Ein anderes, originelles Mittel schlägt in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege Dr. Joseph Berg vor. Es liegt in unserer Macht, so schreibt er, die ebene Gehbahn, das Pfaster, das den Fuß misstbildet, zu beseitigen. Den Abfuß, meint er, brauchen wir nur umzubauen. Man schau einmal die Füße eines unverschuldeten Kindes an und beobachte, wie die Füße einen sanften Hügel bilden. Am Markt ist dieser Hügel am Stiefel zu erkennen. Wenn es richtig ist, sagt Berg, daß der Abfuß ein künstliches Ferzenbein ist, so geben ihm ihm auch in seiner Gehfläche die ihm zukommende Form! Die Gummitabakindustrie gibt uns hierzu die Möglichkeit.

Jedenfalls scheint es uns angesichts solcher Entartungszustände ratsam zu sein, dem Fuß neben dem Pfaster der Stadt draußen im Spiele auf Sand und Natur mehr, als es heute der Fall ist, die natürliche Bewegungsmöglichkeit zu geben.

Zum schönen Leibe gehört auch der schöne Fuß. Daem mehr Acht auf die Füße, und laßt vor allem die Kinder auf Natur und Sand draußen ruhig barfuß gehen! Herunter mit dem Schuh, wo es geht! Auch der Fuß verlangt sein Teil an der Kultur des Leibes!

12 Millionen Frauen schälen Kartoffeln

12 Millionen Hauswirtschaftsbetriebe gibt es in Deutschland, und in ihnen werden täglich rund 12 Millionen mal Kartoffeln geschält, wenn in manchen gar nicht, dann in anderen doppelt, mittags und abends. Und 12 Millionen Frauen putzen Gemüse und reinigen ihr Geschirr. Was würde es da bedeuten an Ersparnis menschlicher Energie und menschlicher Gesundheit, wenn die Rationalisierung der Wirtschaft auch in die Küche ihren Einzug hätte!

Die Rationalisierung der Küche kommt, weil sie kommen muß. Dann aber muß es und muß es schon heute heißen: Frauen, seid rational mit eurer Arbeitskraft! Warum müßt ihr bei der Arbeit stehen, wenn ihr sie standhaft vollbringen könnt? Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Berlin hat erwiesen, daß der Energieverbrauch im Sitzen um 4 Prozent, beim Hoch um 8,5 Prozent, im Stehen um 12 Prozent und beim Bücken um 50 Prozent höher ist als beim Liegen.

Warum steht da die Frauen trotzdem so oft bei der Küchenarbeit, die auch lässig zu vollbringen ist? Warum haben Hausfrauen so oft keine Zeit zur Ruhe? Warum kommen sie nie auf den Gedanken, zwischendurch auch einmal zu liegen? Es ist erwiesen, daß solches Verhalten rational und gesundheitlich ist. Warum da nicht in der Bratpfanne der Küche solch rationelle Methoden?

Wir wissen es, die Ueberlastung der Frau ist oft furchtbar. Doch das Küchen kommt praktisch wieder dabei heraus. Und im Laufe der Jahre wird sich die rationelle Arbeitsmethode in der Erhaltung der Lebenskraft bemerkbar machen. Das ist erwiesen. Und darumfangen wir die Rationalisierung des Haushalts mit der rationellen Verwendung unserer Arbeitskraft an, und wir setzen uns, wenn es geht, statt zu stehen, und sparen dabei täglich 8 Prozent unserer Energie.

Feststellung der Vaterschaft

Die Feststellung der Vaterschaft eines Kindes durch das Gericht wird naturgemäß weitauft am meisten praktisch bei dem unehelichen Kind für das der als Vater in Anspruch genommene sich weigert, den Unterhalt zu bezahlen.

Deshalb setzt im folgenden nur von diesem die Rede, selbstverständlich hat die neue Entdeckung der ärztlichen Wissenschaft ihren großen Wert auch über diesen Fall hinaus, z. B. bei der Aufstellung der Echtheit eines Kindes usw. Als Vater des unehelichen Kindes gilt nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, wer der Mutter innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit beigewohnt hat, es sei denn, daß auch ein anderer ihr innerhalb dieser Zeit beigewohnt hat. Eine Beirührung bleibt jedoch außer Betracht, wenn es den Umständen nach offenbar unmöglich ist, daß die Mutter das Kind aus dieser Beirührung empfangen hat. Als Empfängniszeit gilt die Zeit vom 181. bis zum 302. Tage vor dem Tage der Geburt des Kindes, beide Tage eingerechnet.

Bisher brauchte derjenige, der mit der Kindesmutter innerhalb der Empfängniszeit verkehrt hatte, und als Vater des Kindes in

Wo ruft die Pflicht?

Unterbezirk-Generalsversammlung der SPD Groß-Leipzig
Sonntag, 28. Februar, 9 Uhr, im großen Saal des Volkshauses.
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden, Genosse Liebmann.
2. Kassenbericht, Genosse Reichl. 3. Bericht der Revisoren, Genosse Trotte. 4. Ausehrung. 5. Neuwahlen. 6. Anträge.
Delegierte müssen sich ausweisen durch Mandat und Mitgliedsbuch. Genossen, die nicht delegiert sind, haben Zutritt zur Galerie gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Socialistische Bildungsarbeit.

Zentralrauenkursus Rita Scharfe findet morgen, 20 Uhr, im Volkshaus, Billardsaal, statt.

Kursus Rauch. Fortschreibung morgen Freitag im Felsenkeller, kleines Gastzimmer.

Unterbezirk-Bildungs-Ausschuss der SPD Groß-Leipzig.

Büntionäre.

Zwenau, Freitag, den 21. Februar, 19.30 Uhr, in der Sommerlust Bildungsanschauung.

Frauen.

Gutrich, Montag, 24. Februar, 20 Uhr, Heiterer Abend in den Sängerkeller, Wilhelmstraße. Mitwirkende: Arbeitersängerinnen, Arbeitertumserinnen und SAJ. Genossen und Gäste willkommen. Geselliges Beisammensein.

Zwenau. Die für Freitag, den 21. Februar, angekündigte Frauenzusammenkunft kann noch nicht stattfinden.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Alt-Leipzig. Sonnabend, 20 Uhr, Helfersitzung bei Genossen Hafnerkorn.

Mitglieder-Veranstaltungen

Brandis. Sonnabend, den 22. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Parkschlösschen. Erstellen aller ist Pflicht.

Holzhausen-Zindelhausen. Sonnabend, 22. Februar, 20 Uhr, bei Krausch, Bahnhof, "Heiterer Abend", Bilder zur Lauts. Jedes Mitglied bringt seine Angehörigen mit. Gäste sind herzlich willkommen.

Markelsberg. Morgen Freitag, 20 Uhr, im Turnerheim Mitgliederversammlung. 1. Gemeindevertreteten-Bericht. 2. Vorlesung des Gen. Fichtner aus Magnus Hirschfelds "Aufklärung".

Thonberg. Sonnabend, 22. Februar, im Gasthof Thonberg Mitgliederveranstaltung wie bekannt. Dasselbst Ausgabe der Mandate zum Unterbezirksparteitag.

Wiederich. Morgen Freitag, 21. Februar, 20 Uhr, im Nordpol Mitgliederversammlung. Vortrag des Stadtrats Genossen Lehmann über Kirche und Staat. Wichtige Parteiangelegenheiten. Gäste willkommen. Erstellen aller ist Pflicht.

Vindenthal. Morgen Freitag, 20 Uhr, im Kino wird Genosse Siekow über "Der Klassenkampf der Gegenwart" sprechen.

Anspruch genommen war, um von der Unterhaltspflicht freizuerwerben, nur den Nachweis erbringen, daß außer ihm noch ein anderer innerhalb der Empfängniszeit der Mutter beigewohnt hatte. Erhob er diesen Einwand, die sogenannte "exceptio plurium", und erbrachte er den Nachweis, so war eben — festzu stellen nicht die Gegenseite ganz ausnahmsweise einmal beweisen konnte, daß aus dieser weiteren Beziehung den besonderen Umständen des Falles nach das Kind nicht hervorgegangen sein konnte — die Vaterschaft ungewiß, und jeder Unterhaltsanspruch des Kindes war damit fortgefallen.

In neuester Zeit nun hat die medizinische Wissenschaft einen Weg gefunden zur Feststellung der Vaterschaft, und zwar erfolgt diese Feststellung durch Untersuchung des Blutes. Das Blut wird zu diesem Zwecke in Gruppen eingeteilt. Die Blutgruppen werden auf das Kind vererbt. Sie können auch von der Mutter auf das Kind vererbt werden. Deshalb ist die Bestimmung der Vaterschaft dann nicht möglich, wenn Mutter und Kind der gleichen Blutgruppe angehören. Ist letzteres nicht der Fall, hat beispielsweise die Mutter die Blutgruppe I und das Kind die Gruppe 3, so ist es unmöglich, daß der als Vater in Anspruch genommene das Kind erzeugt haben kann, falls er nicht auch die Blutgruppe 3 (diejenige des Kindes) hat. Ein in Unterhaltsprozessen überaus häufig vorkommendes Beispiel möge den Wert der neuen Entdeckung erläutern:

A. ist von der Kindermutter als Vater in Anspruch genommen. Er erbringt durch eidliche Bekundung des B. den Nachweis, daß auch B. der Mutter innerhalb der Empfängniszeit beigewohnt hat. Damit entfällt also bisher jeder Unterhaltsanspruch des Kindes.

Nun wird durch die Blutuntersuchung festgestellt: Die Mutter hat Blutgruppe I, das Kind Gruppe 2. A. hat gleichfalls Gruppe 2, B. aber Gruppe 3. C. kann nicht der Vater des Kindes sein, und A. allein ist verpflichtet, den Unterhalt des Kindes zu bestreiten.

Die Feststellung der Vaterschaft ist um so bedeutungsvoller, als sie die Verpflichtung enthält, das Kind 16 Jahre lang (eventuell sogar noch darüber hinaus) zu unterhalten und die Unterhaltsverpflichtung auf die Erben des Vaters übergeht.

Billiges Feuerungsmaterial

Wenn jemand im Winter kein Geld hat, um die notwendigen Kohlen zu kaufen, und er steckt einen Jeniner Kohlen, dann ist das verständlich. Dass aber gleich ein ganzer Wagen mit 100 Jeniner Brilets geflaut wird, dürfte aus dem Rahmen des alltäglichen fallen. Dabei ist der Diebstahl nicht einmal im Winter, sondern im September vorigen Jahres passiert. In der Gutsmühlestraße in Lindenau stand auf der Ladestraße ein großer Wagen mit 100 Jeniner Brilets. Karl Horwath lag diesen Wagen und ließ gleich zwei Pferde kommen. Er fuhr die Brilets zu einem Gastwirt und verkaufte die ganze Ladung für 100 Mark. Zum Abtragen der Brilets ließ er sich einen Erwerbslohen kommen und zahlte diesem 5 Mark. Da auch die Pferde 10 Mark kosteten, hatte er an der Fuhre 80 Mark verdient. Das Leipziger Schöffengericht verurteilte er zu 8 Monaten Gefängnis.

Hape.

Strafanträge im Einbrecherprozeß

z. In der Berufungsverhandlung gegen die polnischen Einbrecher Aibuschuk und Genossen beantragte heute der Staatsanwalt folgende Strafen: Aibuschuk sechs Jahre, Kohn acht Jahre, Czernin drei Jahre sechs Monate, Ehrlich sieben Jahre, Eines zwei Jahre sechs Monate, Scheibe zwei Jahre sechs Monate. Kirschbaum zwei Jahre Zuchthaus. Die Bestrafung des Angeklagten Topor stellte der Staatsanwalt in das Ermessen des Gerichtes.

Das Urteil wird am Freitag 11.30 Uhr verkündet.

Die geistige Wendung des Maschinenzitalters. Über dieses Thema hält am Sonnabend, dem 22. Februar, 20 Uhr, im Buchhändlerhaus der bekannte Pädagoge Dr. Friki Klatt einen öffentlichen Vortrag. Das Thema des Vortrages deckt sich mit dem Titel des zuletzt erschienenen Buches des Vortragenden, das einen grundlegenden Deutungsversuch des geistigen Willens unserer Zeit darstellt.

Museum für Ländertunde. Die wirtschaftsgeographische Abteilung im nördlichen Obergeschoss des Grassimuseums muß wegen Erneuerungsarbeiten vom Dienstag, dem 18. Februar, bis Dienstag, dem 4. März, geschlossen bleiben.

Im Moskusbund sprechen Sonnabend, den 22. Februar, 20 Uhr, Johannigasse 4, Dr. Zeigner und Dr. Rusche über "Straßenzug und Klassenzampf". Freie Aussprache. Gäste willkommen!

Erwerblose, Kriegsbeschädigte, Fürsorgeempfänger und Rentner, Freitag, den 21. und Sonnabend, den 22. Februar; Verkauf von frischem Schweine- und Rindfleisch (gute Qualität). Bahnhofstraße 11–13 am Arbeitsamt.

Attacken bis Mitternacht

Mag und Morik

Diese beiden...

Die Vereinigte Bürgerpartei hat ihren Wählern bei der Wahl in November immer wieder versprochen, der Regierungswirtschaft in Leipzig mit allen Kräften das Leben zu versetzen. Und wenn auch kaum eine Propagandagruppe jemals so robust mit der Wahrheit umsprang, wie die Vereinigte Bürgerpartei, wenn auch kaum jemals ein Wahlkomitee seine Argumente so aus dem Sumpf der Lüge zog, wie eben diese VB, die Versprechen auf Bekämpfung der Regiebetriebe waren ernst gemeint und werden, wenn der vereinigte Bürgerbund die Kraft dazu aufzubringen vermöge, sicher gehalten werden. In der Stadtverordnetenversammlung vom gestrigen Mittwoch gab es gleich zwei Vorstöße auf einmal. Die Stadtbank ist ein Regiebetrieb. Hauptsiel! Zwar betrachtete er es als seine vornehmste Aufgabe, mit den ihm zufließenden Geldern dem in schweren Krisenzeiten mit dem Großkapital stehenden mittleren und kleinen Gewerben zu helfen. Das ist ein Verbrechen, denn es hindert den Untergang des Kleinbetriebes, auf dessen Absatz das Großkapital "jetzt" mehr gliert denn je. Drum hauptsiel sie, die Stadtbank! Hauptsiel! So inspirieren die Konkurrenzwilligen. Und die armen Schächer der Mitte sind dummkopf genug, darauf einzufallen. Sie hauen mit. Eigentlich kein Wunder. Denn diese Leute haben ja nicht gelernt, über die Ursachen ihrer mißlichen Lage nachzudenken. Man hat ihnen vorgeredet, an allem Unglück ist die Sozialdemokratie schuld. Also hauptsiel sie! Die Sozialdemokratie vertritt die Regierungswirtschaft. Also runter damit. Das ist die psychologische Situation, die das Großunternehmertum braucht, um die mittelständlerischen Wähler als jene allerdummsten Kälber zu missbrauchen, die ihre eigenen Meiger wählen.

Zweifellos, bei der Stadtbank sind Dinge vorgekommen, die der Kritik bedürfen und für die Zukunft verhindert werden müssen. Soweit Personen dafür verantwortlich zu machen sind, werden sie die Konsequenzen tragen müssen, soweit es sich um Dinge handelt, die in der allgemeinen Wirtschaftslage ihren Grund haben und auf das Konto der Kreditunsfälle zu setzen sind, müssen Vorsicht und Sorgfalt gesteigert werden. Aber für die Herren um Dr. Köhler handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als darum, der Stadtbank Schwierigkeiten zu machen, weil sie ein städtisches und nicht ein privates Unternehmen ist.

Die in den VMA veröffentlichte Anfrage des Herrn Dr. Köhler veranlaßte Herrn Bürgermeister Hofmann, vor der Stadtverordnetenversammlung zu erklären, daß es sich bei den Vorwürfen an der Stadtbank um Dinge handle, mit denen jetzt jede Bank zu kämpfen habe, aber nicht um Dinge, die auf Unrechtsität zurückzuführen seien. Wohl seien, wie an allen anderen Banken, auch hier und da mal Kredite gewährt, die sich hinterher als Verlustgeschäfte erwiesen. Es sei aber im höchsten Grade unverantwortlich, die Stadtbank dieserhalb zu diskreditieren. Eine besonders komische Rolle spielt in der Sache die Ausführungen des Bürgermeisters anschließenden Aussprache Herr Dr. Melzer, der, unbedingt von jeder Kenntnis des Bankwesens, von der Stadtbank verlangte, statt sich mit befristeten Kreditgeschäften zu beschäftigen, sich der Gewährung von Hypotheken für den Siedlungsbau zuwenden. Als Herr Bürgermeister Hofmann Herrn Melzer Aufforderung gab, auf der Sache herlich wenig verstecken! Im übrigen möchte ich nur sagen, daß ein anständiger Mann von einem Stadtbank-Sandal nicht reden kann.

Bürgermeister Hofmann wendet sich gegen die rigorose Kreditgewährung der Stadtbank bei den kleinen Leuten.

Dr. Wallner (Aufw.) versucht die Blamage seines Fraktionskollegen Melzer durch — noch größere Sachkenntnis auszugleichen.

Genosse Freyzel wirkt gegenüber Wallner die Frage auf, ob nicht zahlreiche Privatbanken und Beamtenbanken in der letzten Zeit viel größere Verluste erlitten haben. Ob nicht zahlreiche Privatbanken pleite gemacht haben. Wir sind der Meinung, daß die Stadtbank in all den Jahren wertvoll für die Leipziger Wirtschaft geleistet hat, insbesondere für die Kleinen. Die Angriffe gegen die Stadtbank erfolgen aber auf Veranlassung gewisser privatkapitalistischer Kreise, die aus durchsichtigen Gründen eine Hebe einleiten. Damit will ich nicht sagen, daß im Fall Steigbog alles befriedigend ausgelaufen ist. Die gegebenen Kredite waren viel zu hoch! — Wir sind aber gegen eine Besprechung der Angelegenheit in öffentlicher Sitzung, weil damit nur die Stadtbank und der Leipziger Wirtschaft geschädigt würde.

Oberbürgermeister Dr. Rothe meint, daß man zu den Ausschreibungen Wallners sagen könne, daß er entweder nicht gewußt habe, was er sage, richtig ist aber die Annahme: er hat wirklich von den Aufgaben der Verwaltung oder Geschäftsführung einer Stadtbank keine Ahnung, er hat unverantwortlich gehandelt und hat nicht das Recht, ohne Unterlagen und in Unwissenheit über die unmöglichen Dinge zu berichten!

Dr. Melzer (Aufw.) verteidigt, wie vorher Wallner ihn, nun Wallner aus der Botschaft zu reißen.

Dr. Köhler (VB) wendet sich nochmals gegen die öffentliche Besprechung der Angelegenheit.

Dr. Rothe ruft daraufhin Köhler zu, daß dieser selbst ja seine "Kleine Anfrage" in die Zeitung seien ließ. — Köhler schwieg.

Damit ist der Punkt erledigt. Anträge liegen nicht vor.

Aufwarter-Demagogie

Dr. Wallner beantragt, den Rat zu ersuchen, Erwerbsgeschäfte mit Ratsmitgliedern und Stadtverordneten oder Firmen, wovon Ratsmitglieder oder Stadtverordnete beteiligt sind, zu verbieten.

Dr. Ketteler (VB) belehrt Wallner, daß dessen Antrag juristisch ungültig ist.

Schmidt II (KPD) spricht für den Antrag Wallner. Genosse Hübler verteidigt die Auffassung, daß es mit gesetzlichen Mitteln nicht möglich sei, das zu erreichen, was Wallner angeblich will. So beteiligte sich einmal ein Stadtverordneter der Aufwarter an Beratung und Abstimmung über die Ausweitung von Anteilen, obwohl er selbst Anteile besaß. (Herr Wallner, der mit dieser Feststellung gemeint ist, schweigt verlegen!) Aus sachlichen Gründen sind wir gegen den Antrag Dr. Wallner, er ist auf Grund der Gemeindeordnung unzulässig.

Der Nationalsozialist Schnauß, der Leipzigs höchste Antiketten für Geisteskrebs befiehlt und es zum Rechtsanwalt mit der Doktorwürde gebracht hat, demonstriert, wie vergeblich bei ihm alle Versuche der Heilspolitiker warten, indem er dem Kommunisten Schmidt zuwirkt: "Wir haben wohl ins Gehirn geschissen und umgekippt." Genosse Freyzel ruft zurück: "Die Göttel hat das Wort!" Der Antrag Wallner wird abgelehnt.

Um die Mittelpflicht im Konsum

Zwei Eingaben wegen Kündigung der Mitgliedschaft beim Konsumverein Leipzig-Plagwitz und Umostrand beantwortet der Versammlungsausschuß dem Rat zur Berücksichtigung und Rückübertragung zu überweisen.

Genosse Schepfand stellt den Antrag, die Eingaben auf sich beruhen zu lassen. Er beleuchtet die Bedeutung des Konsumvereins als Wirtschaftsfaktor für Leipzig und weist darauf hin, daß der Konsum auch in hygienischer und sozialpolitischer Beziehung Mustergüte leistet.

Schließlich werden die beiden Eingaben mit 38 gegen 36 Stimmen der Linken dem Rat zur Berücksichtigung überwiesen.

Wahl des zweiten Vizevorstechers

Vom Ausschluß waren Genosse Lang und der Kommunist Herrmann vorgeschlagen worden; im Plenum plädierten die Bürgerlichen für Stodt, den Genossenschaftsvertreter gegen Genossen Stodt. Bei der Wahl durch Stimmabstimmung erhielten: Lang 27, Stodt 38 und Herrmann 9 Stimmen. Stodt ist daher mit absoluter Mehrheit zweiter Vizevorsteher geworden.

Bürgerliche Regierungseinsicht

Auf dem Umweg über den "Ausschluß zur Vereinfachung der städtischen Verwaltung" möchte die bürgerliche Mehrheit einen neuen Schlag gegen die städtischen Betriebe führen. Der Bauhof

liegt ihr ja schon sehr lange schwer im Magen. Deshalb der Aufsturm. Die Ausschussherrlichkeit hat entsprechende Anträge gestellt. Nach dem Ausschussbericht des Stv. Schneider (Ver. Bgl.) nimmt das Wort

Genosse Kremer: Alljährlich machen die Bürgerlichen einen Vorstoß gegen die kommunalen Betriebe, namentlich gegen den städtischen Bauhof. Diesmal holen sie bei der „unzweckmäßigen doppelten Verwaltung“ von Bauhof und Baugesellschaft auf. Dabei führen beide Betriebe nur etwa 15 Prozent aller Lohnarbeiten aus. Zudem verstehen es die Unternehmer sowieso ausgesiechen, ihr Schäfchen ins trockne zu bringen (siehe Schlachthof). Nun soll die städtische Baugesellschaft den Material- und Maschinenbestand des Bauhofs für über 160 000 Mark erwerben; die Aufträge aber sollen ihr stark beschnitten werden zugunsten der privaten Unternehmer! Die Bürgerlichen wollen aber dem Regiebetrieb nicht einmal die gleichen Konkurrenzmöglichkeiten gewähren, die den freien Baumaster gegeben sind; sie wissen nämlich gut genug, daß keiner von diesen Unternehmen auch nur annähernd so billig bauen kann wie der städtische Betrieb.

Als vor acht Jahren schon einmal der Regiebetrieb „drohte“, senkten die privaten Baufirmen ihre Preise um fast 25 Prozent! Das zeigt, welch gewaltige Summen die Stadt im Laufe der letzten Jahre gespart hat, indem sie die Arbeiten an städtischen Bauten wenigstens zum Teil selbst ausführte. Selbst der Oberbürgermeister hat sich in seiner letzten Neujahrsrede für die Beibehaltung des kommunalen Wohnungsbau eingesetzt. Im Auftrage meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die Anträge der bürgerlichen Fraktion bezwecken die Aufhebung des rentablen städtischen Bauhofs sowie die planmäßige Schädigung in Besetzung der städtischen Baugesellschaft, die ihre Existenz einem einstimmigen Beschuß der Stadtverordneten verdankt.

Weiter bezwecken die Anträge, den städtischen Wohnungsbau zu beseitigen, der den Wohnungsuchenden bisher in einziger bestehender Weise gute Wohnungen zu wesentlich verbilligten Mieträgen verschafft hat.

Die Fraktion der SPD erhält in diesem Vorgehen eine schwere Schädigung städtischer Unternehmungen und Interessen. Sie kennzeichnet eine solche Politik als verantwortungslos, als nur im Interesse der privatwirtschaftlich interessierten Kreise gelegen. Wir fordern die Leipziger Bevölkerung auf, diese gemeinschaftlichen egoistischen Bestrebungen gemeinsam mit der Sozialdemokratie energisch zu bekämpfen.

Wie demagogisch die Bürgerlichen Kommunalpolitik betreiben, geht auch daraus hervor, daß derselbe Stadtverordnete Schneider, der heute den Regiebetrieben ein kräftiges Halbtäschlein in der Plenarsitzung vom 16. März 1925 erklärt hat:

Der Stadtverordneten-Beschluß soll nicht bedeuten, daß die städtische Baugesellschaft zugrunde gerichtet werden soll. Davor könne keine Rede sein. Die Stadtverordneten wünschen, daß ein großer Teil (50 Prozent) der Bürgerschaft die Baugesellschaft haben wollen und es wäre unverantwortlich, sie vernichten zu wollen. Auf diesem Standpunkt habe er immer gestanden und wird energisch vertreten und werde das auch weiterhin tun.

So etwas nennt sich nun „verantwortungsbewußte Politik zum Besten der Gemeinde“, im Gegensatz zur „marxistischen Schlundwirtschaft“!

Die Absicht, den städtischen Bauhof zur Strecke zu bringen, die städtische Baugesellschaft zu ruinieren, den städtischen Wohnungsbau lahmzulegen, ist ein Zeichen für die Skrupellosigkeit, mit der bestimmte Kreise des Bürgertums ihre egoistischen Ziele verfolgen.

Persönlich interessierte Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums benutzen ihr Mandat, das sie verpflichtet, die Interessen

der Stadt wahrzunehmen, dazu, eine ihren eigenen wirtschaftlichen Betrieben unbehagliche Konkurrenz zu beseitigen.

Sie wollen den mit Überschuss arbeitenden städtischen Bauhof beseitigen, um die ihnen nahestehenden Wirtschaftskreise bereichern zu helfen. Sie wollen die städtische Baugesellschaft vernichten, nachdem alle Verleumdungen nicht ausreichten, das zum Vorteil der Stadt arbeitende Unternehmen zu diskreditieren und zu schädigen.

Sie wollen insbesondere den kommunalen Wohnungsbau beseitigen, der den gebildeten wohnungslosen Mitbürgern gelungene Wohnungen zu verbilligten Mieträgen gegeben hat. Die Stadtverordnetenfraktion der SPD handwerklich diese gewissenlosen Bestrebungen der um den Stadtverordneten Schneider gescharten Kreise als eine schamlose Baupolitik gewissenloser Geschäftsmacher, die ihre persönlichen wirtschaftlichen Interessen nicht nur über das Wohl der Gesamtheit stellen, sondern auch gewissenlos genug sind, die wirtschaftlichen Belange der Stadt aus eigennützigen Gründen auf empfindlichste zu schädigen.

Diese Kreise entblößen sich nicht, aus der großen Not zehntausender wohnungsloser wirtschaftlichen Gewinn schlagen zu wollen, indem sie alle Mittel der Mietzinssteuer dem städtischen Wohnungsbau,

Wohnung einen hohen Hauszinssteuersatz gewährt, so möchte ich darauf hinweisen, daß man jetzt allgemein in Deutschland zu der Erkenntnis gelangt ist, daß es bei den Neubauten am wichtigsten ist, erschwingbare Mieten zu garantieren. In Leipzig können — unter Jugendabzug eines Mietzahles von 20 Prozent des Einkommens — 55 Prozent der Bevölkerung eine Wohnung bei 60 Quadratmeter Wohnungsgröße und einer Monatsmiete von 1 Mark pro Quadratmeter eine Neubaumiete bezahlen. Es muß aber weiter bedacht werden, daß es nur dem städtischen Wohnungsbau vorbehalten bleibt, Kinderrechte, Tuberkulose und Kriegsbeschädigte unterzubringen. Wenn aber die von der Rechten geforderte neue Regelung kommen sollte, würde das alles anders werden. Man wird dann gezwungen sein, einen Armen-Leute-Wohnungsbau zu schaffen, der dann aus Steuermitteln betrieben werden muss. Es würden aber auch die Reparaturen nicht mehr so günstig durchgeführt werden können. Ich bitte sehr genau zu überlegen, ob die beabsichtigte Regelung tatsächlich den Interessen der Allgemeinheit dient.

Die Ausschusshörer werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Der unrechte Seelsorger

Ziefer Griff eines Plarrers in die Kirchenkasse

SPD. München, 19. Februar.

Der Münchener katholische Stadtpräpper Waderl, dessen Verhaftung wegen Betrugs und Unterschlagung im Sommer vorigen Jahres großes Aufsehen erregte, wurde am Mittwoch zu einem Jahr 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Waderl hatte den Erfinder einer Neuheit auf dem Gebiete des Tonfilms kennengelernt und die Finanzierung dieser Erfindung in die Hand genommen. Er gründete eine Gesellschaft, sammelte Darlehen im Gesamtbetrag von 138 000 Mark und verprach den Geldgebern goldene Berge. Die erwarteten Erfolge blieben aber aus. Einzelne Gläubiger drängten und Waderl sprach sie zunächst mit Wechseln ab. Als dann die Fälligkeitstermine heranliefen, waren die Kassen leer. Waderl griff nun in seiner Not zu den ihm anvertrauten Kirchen- und Stiftungsgeldern, um die Wechsel einzulösen zu können. Auf diese Weise verursachte er nach und nach einen Schaden von rund 60 000 Mark.

Das Gericht hütete sich ängstlich, allzu tief in die Geheimnisse der Waderlschen Finanzlücke hineinzuleuchten. So blieb beispielweise auch die Frage unerörtert, warum Waderl viele Monate lang unkontrolliert und unbekümmert von seiner vorgezogenen Heerde seine gewagten Transaktionen durchführen konnte.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Haute Kalbskeule 120 Pfd. Hausrat: 100 Tomaten-Kalbsbrust mit Butterrolle 120 Pfd. Hausgericht: Gelbe Erbsenrolle und Pökelsaue mit Meierrettichkraut 903 Morgen. Füllige Rindersroulade mit Kartoffeln 1.16. Starmarkt: Schweißschnitte mit Gemüse 1.40 Ab 18 Uhr: Schweinsknöchen mit Meierrettich und Käse 1.10 Pfd. Hausrat: Kleine Kraftbröte mit Einlage und Gebakener Fleisch mit Romoulade und Salat 903

Markthallenstraße 6

Kalbfleisch ist **Halbfleisch** sagt der Fachmann, weil es zwölfzig viel Knochen enthält und hat deswegen viel Acker mit den Haushalten. Wir kehren die Sache um und sagen:

Kalbfleisch ist Vollfleisch denn wir liefern das **Kalbfleisch ohne jeden Knochen**, und ersparen damit den Haushalten den Acker.

Veulen und Nieren Pfd. 1.60 | **Wickelbraten** Pfd. 1.45

Frisches Rindfleisch
zum Kochen Pfd. 95,- 1.15
zum Braten ohne Knochen Pfd. 1.35-1.45
Rouladen . . . Pfd. 1.50
Gulasch . . . Pfd. 1.20

Das gute Hammelfleisch
billig Braunschweiger junge Schnittbohnen 2 Pfd.-Os 64,-
Schmal und Fettes zum Ausbraten, geschnitten . . . Pfd. 1.15

Von unseren ausgezeichneten, beliebten Wurstwaren hier eine Auswahl:
Hausmacher-Blutwurst Pfd. 1.00
Hausmacher-Lebenwurst Pfd. 1.00
zu prolier. Sie wird zufrieden sein

Kalbskeule m. Kn. Pfd. 1.35
Kalbsbrust und Kamm Pfd. 1.10-1.20
Pfefferfleisch Pfd. 1.00-1.05
Ein besonderer Schläger.

Schweinsköpke mild gesalzen, 2 Köchen und Braten . . . Pfd. 1.45

Brust und Kamm Pfd. 1.00 bis 1.10
Braunschweiger junge Schnittbohnen 2 Pfd.-Os 64,-

Schmal und Fettes Geräuch. Speck Pfd. 1.25
zum Ausbraten, geschnitten . . . Pfd. 1.15
bei 3 Pfund . . . Pfd. 1.20

Hausm. Schlüsselsülze aus bestem Material hergestellt Pfd. 80,-

Frisches Schweinefleisch
Bauch, mager . Pfd. 1.10
Keule . . . Pfd. 1.30
Kamm . . . Pfd. 1.45
Rücken . . . Pfd. 1.50

Rücken Pfd. 1.10
Ragout . . . Pfd. 95,-
Wirnskohli 2-Pfd.-Os 60,-

Hausmacher-Jagdwurst Pfd. 1.50
Blutwurst . . . Pfd. 1.70
Sülzenwurst . . . Pfd. 1.00
Polnische . . . Pfd. 1.70
Knackwurst . . . Pfd. 1.40

Bockwurstchen Pfd. 1.50

Groß-Fleischerei Richter & Fischer Wurst-Fabrik

Auch diese Woche
große, extra starke *
500 Hasen

gekreist, Stück . . . nur 5.70,-
Rüden . . . 2.80,-
Keule . . . 1.80,-
Rüder per Stück . . . 40-50,-

Hasenklein, 3 Stück . . . 1.00,-

Blutiges Hirsche, Röde- und Bratfleisch, Rüden, Keulen, Blatt

ff. Hafermastgänse
Pfund 1.20, geteilt, halbe und viertel Pfund 1.40,-

Bratfleischchen,

la sette Suppenküchner offeriert

Türks Wildhandlung

Telephon. Bestellung kommt ins Haus Tелефon 61887.

Breite St. 5, an der Grünen Brücke

Hasen. Stück 4,- frisch
Große schwere Hasen, Stück 6,-

Artur Staub, Zentral-Markthalle

Galerie, Mittelpassage, Stand 7, Aufgang 6.

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

der Stadt wahrzunehmen, dazu, eine ihren eigenen wirtschaftlichen Betrieben unbehagliche Konkurrenz zu beseitigen.

Sie wollen den mit Überschuss arbeitenden städtischen Bauhof beseitigen, um die ihnen nahestehenden Wirtschaftskreise bereichern zu helfen. Sie wollen die städtische Baugesellschaft vernichten, nachdem alle Verleumdungen nicht ausreichen, das zum Vorteil der Stadt arbeitende Unternehmen zu diskreditieren und zu schädigen.

Sie wollen insbesondere den kommunalen Wohnungsbau beseitigen, der den gebildeten wohnungslosen Mitbürgern gelungene Wohnungen zu verbilligten Mieträgen gegeben hat. Die Stadtverordnetenfraktion der SPD handwerklich diese gewissenlosen Bestrebungen der um den Stadtverordneten Schneider gescharten Kreise als eine schamlose Baupolitik gewissenloser Geschäftsmacher, die ihre persönlichen wirtschaftlichen Interessen nicht nur über das Wohl der Gesamtheit stellen, sondern auch gewissenlos genug sind, die wirtschaftlichen Belange der Stadt aus eigennützigen Gründen auf empfindlichste zu schädigen.

Diese Kreise entblößen sich nicht, aus der großen Not zehntausender wohnungsloser wirtschaftlichen Gewinn schlagen zu wollen, indem sie alle Mittel der Mietzinssteuer dem städtischen Wohnungsbau,

Wohnung einen hohen Hauszinssteuersatz gewährt, so möchte ich darauf hinweisen, daß man jetzt allgemein in Deutschland zu der Erkenntnis gelangt ist, daß es bei den Neubauten am wichtigsten ist, erschwingbare Mieten zu garantieren. In Leipzig können — unter Jugendabzug eines Mietzahles von 20 Prozent des Einkommens — 55 Prozent der Bevölkerung eine Wohnung bei 60 Quadratmeter Wohnungsgröße und einer Monatsmiete von 1 Mark pro Quadratmeter eine Neubaumiete bezahlen. Es muß aber weiter bedacht werden, daß es nur dem städtischen Wohnungsbau vorbehalten bleibt, Kinderrechte, Tuberkulose und Kriegsbeschädigte unterzubringen. Wenn aber die von der Rechten geforderte neue Regelung kommen sollte, würde das alles anders werden. Man wird dann gezwungen sein, einen Armen-Leute-Wohnungsbau zu schaffen, der dann aus Steuermitteln betrieben werden muss. Es würden aber auch die Reparaturen nicht mehr so günstig durchgeführt werden können. Ich bitte sehr genau zu überlegen, ob die beabsichtigte Regelung tatsächlich den Interessen der Allgemeinheit dient.

Die Ausschusshörer werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Organisierte Kaufkraft

Die Arbeit der Konsumvereine in Wort und Bild / Filme / Ansprache des Gen.

Stahl / Musik durch Arbeiter-Radio-Bund / Pause mit Kaffee und Gebäck

am Sonntag, dem 23. Februar, in der Turnhalle

Paunsdorf (Gutspark)

Straßenbahnenlinien 3 und 4

Einlauf 18, Beginn 19 Uhr / Eintritt 20 Pfg.

Jugendkartell

der Arbeiter-Organisationen

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Gemeinschaft Kinderfreunde

Jung-Soz alisten

Afa-Jugendkartell

Freigefülltes Jugendkartell

Sportkartell



entziehen und die Wohnunglosen zwingen wollen, die höheren Mieträgen zu zahlen. Uns könnte es ja recht sein, wenn Sie so verfahren, denn die Nutznießer einer solchen Kommunalpolitik werden nicht Sie, sondern wir sein. Und bei Philippit seien wir uns wieder.

Röttig (Ver. Bgl.) bemüht sich, seinen Kollegen Schneider, der die ganze Zeit verlegen grinzend auf dem Podium hockte, aus der Klemme zu hauen. In seinem an das Verhalten eines gereizten Hamsters erinnernden Kampfespieler attackiert er alle möglichen bürgerlichen Auslassungen aus den vergangenen Jahren, um zu beweisen, daß die trümmern Wege der „Mittelstands“-Politik eigentlich ganz gerade gewesen sind. Er tut, als ob die am meisten zeitraubende Beschäftigung der privaten Unternehmer das Steuerzahlen wäre, so daß sie zum Geldverdienen weder Gelegenheit noch Zeit haben.

Nach einigen Bemerkungen des Stadtverordneten Niebert (KPD) reitet

Köhler (Bgl. Ver.) eine weitere Unterstützungsattacke für die Schneider und die „Schneider“.

Genosse Kreftag erklärt, daß er lebhafte Bedenken dagegen habe, daß man das Steuer der bisher von Rat und Stadtverordneten gemeinsam beschrittenen Wohnungsbaupolitik völlig herumwerfen will. Wenn Dr. Köhler sich dagegen wendet, daß man pro

Lebensmittel

Mühlenprodukte

<table border="0

Un Bürokratus

„Du teilst uns mit: „Soundsoviel Kinder wurden schulisch betreut.“ — „Etwas in mir protestiert gegen die Mittelsamkeit. Was ist schulisch? Ein Wort, das nur in der Phantasie eines dem Schulismus gänzlich verfallenen Schulisten existieren kann. Über wird jetzt die deutsche Sprache böslich verbessert? Und, bitte, warum „betreut“? Der Vater bemerkt in diesem Wert nur die satte Überheblichkeit des selbstzufriedenen Bürokraten. Alle Augenblüte wird mir anders bei uns „betreut“. Die Arbeitslosen werden betreut, die Obdachlosen werden betreut, sogar die Zuchthausgefangenen werden jenseitig betreut — wir wissen uns vor Betreuung gar nicht mehr zu retten. Nächstens Lage lang in der Verhüllungszelle betreut worden sei, daß dem Schulchwänzer hänschen Willrich der Lehrer Trommelgut den Hintern betreut habe. Der Chemnitz Tunichtig hat ehebrecherischerweise fünf Nachbarinnen betreut oder — vielleicht drückt man das auch so aus — er hat seine Gattin ehebrecherisch betreut. Der Schlachtwertsverband wird demnächst 500 000 Arbeiter aus peripherisch betreuen, und das Schwurgericht beim Landgericht I betreut einen vierjähigen Raubmörder mit der Todesstrafe. Ich' immer Betreu und Rechtlichkeit... Eine hohe Justizbehörde teilte mit, daß sich auf wiederholte Anfrage der eine Inklippe zögerlich, der andere weigerlich verstanden.

halten habe. Mit Verlaub: die Behörde verhält sich lächerlich! Aber pfleglich wird sie die Sache weiter im Auge behalten.
Wenn ich dem Verfasser des Schriftstückes mittele, daß ich kein Deut für erziehrechlich halte, so wird er mit mildem Verweis meine Ansicht als „fehlam“ bezeichnen. Auch eines der neuen Juristenwideworte. Dieses „fehlam“ ist Balsam für die Ohren aller, die das harte Wort „fehlam“ nicht vertragen. Ich bitte also gehörig, daß das Wort „fehlam“ tunlichst unzögerlich abschaffen zu wollen. Aber selder — das wäre nicht „tragbar“.

(Jonathan im „Vorwärts“)

Weibliche Kriminalkommissare

In Berlin fand das erste Examen für weibliche Kriminalbeamte statt. Acht Damen, die ein 4½-monatiges Examen am Polizeiinstitut in Charlottenburg durchgemacht hatten, bestanden die Prüfung. Sie werden, laut Vorläufiger Zeitung, Kriminalkommissare, soweit etatsmäßige Stellen für sie offen sind. Die anderen Damen werden Hilfskommissare und rüden später in die etatsmäßigen Stellen auf. Drei Kommissarinnen bleiben in Berlin, während die anderen Stellungen im Reiche beziehen werden.

Berksammlungskalender

Donnerstag, 20. Februar.
Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Leipzig, Volkshaus, 17 Uhr.

Freitag, 21. Februar.

Bund soz. Freidenker, Ortsgruppe Südost, Löwenpark, 20 Uhr.
Bund soz. Freidenker, Ortsgruppe Großhöcher, Vereinshaus Frohsburg, 20 Uhr.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Nach kurzer, schwerer, mit großer Geduld ertragnener Krankheit verließ am 18. Februar 1930 im Alter von 57 Jahren meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegervater, Großvater, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Minna Welz geb. Otto

Geboren und unvergessen
Leipzig W 32, Hermann-Meyer-Straße 25, III.
Im tiefsten Schmerz Paul Welz
Karl Holder u. Frau Elen
geb. Welz u. Enke kind

Einschönerung Sonnabend, 22. Februar, 11. Südriedhof

Mittwoch früh verschied nach langem, schwerem Leiden im 55. Lebensjahr meine liebe Frau, Mutter, Schwieger- und Pflegemutter, Tante, Schwester und Schwägerin

Bertha Stölzner geb. Klaus

Leipzig C 1, Bergstraße 15

In tiefer Trauer

Max Stölzner

und alle Hinterbliebenen

Die Einschönerung erfolgt Sonnabend, mittags 12 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofs aus. — Blumenspenden werden dankend abgelehnt.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 18. Februar im 16. Lebensjahr unser lieber, guter Sohn, Bruder, Enkel, Neffe und Cousin

Gerhard Urban

Leipzig C 1, Reitzenhainer Straße 144b.

In tiefer Trauer

Walter Urban und Frau
nebst Hinterbliebenen.

Die Einschönerung findet Sonnabend, vormittags 11 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofs aus statt.

Plötzlich und unerwartet starb am 18. Februar, im 78. Lebensjahr, unsere gute, liebe Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Amalie verw. Schenk

geb. Buchmann

Gautzsch, 20 Februar 1930.

Die trauernden Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Sonnabend, 13 Uhr, auf dem Friedhof Gautzsch statt.

Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden unseres so tragisch aus dem Leben geschiedenen lieben Sohnes, Bruders, Schwagers, Onkels, Cousins und Neffen, des Straßenbahnschaffners

Fritz Möx

sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Oberinspektor Panier, der Direktion der Großen Leipziger Straßenbahn und dem Personal.

Leipzig, den 19. Februar 1930.

Anton Möx und Frau
nebst Kindern.

Wenn ich dem Verfasser des Schriftstückes mittele, daß ich kein Deut für erziehrechlich halte, so wird er mit mildem Verweis meine Ansicht als „fehlam“ bezeichnen. Auch eines der neuen Juristenwideworte. Dieses „fehlam“ ist Balsam für die Ohren aller, die das harte Wort „fehlam“ nicht vertragen. Ich bitte also gehörig, daß das Wort „fehlam“ tunlichst unzögerlich abschaffen zu wollen. Aber selder — das wäre nicht „tragbar“.

(Jonathan im „Vorwärts“)

Güter-Kraftdroschen

Die Polizeibehörde in Hamburg wird in diesen Tagen Güterkraftdroschen zugelassen. Die Droschen werden auf öffentlichen Haltestellen jedermann zur Förderung von Gütern nach behördlich festgesetzten Tarifen zur Verfügung stehen. Zum Betriebe solcher Droschen bedarf es der besonderen Genehmigung der Polizeibehörde.

Hamburg ist die erste deutsche Stadt, die einen Versuch mit der Einführung derartiger Droschen unternimmt. Es soll zunächst nur eine kleine Zahl von Güterdroschen zugelassen werden, um Erfahrungen zu sammeln und ihre Bewährung zu erproben.

Gewerkschaftliche Anzeigen



Ortsausschuß des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Zeitzer Straße 32, Fernruf 34021

Deutscher Baugewerbsbund, Baugewerkschaft Leipzig

Gruppenversammlungen:

Gäser Sonnabend, den 22. Februar, 19 Uhr, im Volkshaus.

Alphalteure Sonnabend, den 22. Februar, 19 Uhr, im Volkshaus.

Brunnenbauer Sonnabend, den 22. Februar, 19 Uhr, im Volkshaus.

Tagsordnung wird in den Versammlungen bekanntgegeben.

Fliesenleger Sonnabend, den 22. Februar, 19 Uhr, im Volkshaus. Tagsordnung: 1. Bericht von den statthaften Tarifvertragsverhandlungen, 2. Gewerkschaftliches. Besitz-, sowie Altkontaktarife sind in die Versammlung mitzubringen.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die Zeitungen.



Reichsbanner

Schwarz-Rot-Gold

Gau Leipzig Tel. 19844

Geschäftsstätte:

Leipzig, Gallertstraße 7/9.

Ortsverein Leipzig, Jungbanner I-VI: Sonntag, den 23. Februar, Ausmarsch, Treffen früh 8 Uhr Connewitz, Eisteller, Endstation der Linie 10. — Dienstag, 25. Februar, 20 Uhr, Niederabend im Volkshaus, Nebenraum rechts.

STURMVOGEL

Flugverband der Werk-

fälligen E. V.

Geschäftsstätte:

Gau Leipzig, Gallertstraße 7/9 Aufgang D, III., Telefon 19844

Ortsgruppe Leipzig, Freitag, den 21. Februar, 18 Uhr, Gesamtvorstand im Drachenfeld. Montag, 24. Febr., 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Vortrag: „Unter Jahresprogramm“ Bericht des Vorstandes. Neuwahlen. Zutritt nur gegen Mitgliedsausweis.

Bezirksgruppe Süd: Jeden Dienstag Modellbau in Gröbern.

Zahnarzt Zastrow

Gautzsch, Oelszcher Str. 37

Sprechzeit: 3-6, Sonnabend 2-4 Uhr

Tel. 35425

Auch für Ortskrankenkassen.

Verkäufe

Reformbettten

von 10.- Mark an

Dreihauflagen Patent-Matratten von 13,50 Mk. an

Rel.-Unterbetten Chaiselongues von 8,- Mk. an von 45,- Mk. an

Eventuell Teilzahlung

Enke, Thomasiusstraße 11

Güterhaltene Holzbettstelle mit Matratze # 15,- Kleine Waldbettmatratze # 15,- Schönere Rückbaum-Bettdecke # 15,- geig, bar a Privathand 3. verl. Connewitz, Sildebrandstr. 30, II

Diverses

Masken-Kostüme

für Damen u. Herren in größter Auswahl billig zu verleihen.

und u. Gesellschaftskostüme. Riehler, Berliner Str. 6, I.

Kinderbetten von 18,- an.

Enorme Auswahl, Terlazio gestaltet. Thomashausstr. 11.

Vermietungen

Schlafstelle für Herrn

frei Alte Salzstr. 7.

Gute Drucksachen

von der einfachsten bis zur geschmackvollsten Ausführung in ein- und mehrfarbigem Druck, auch Massenauflagen (Flach- und Rotationsdruck) für Gewerbe, Handel, Jährlinge und Private liefert pünktlich bei billiger Preisberechnung nur die

Leipziger Buchdruckerei AG.

Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. — Fernspr. Nr. 72208

Sie staunen!
Weitere
350 000
Eier

Keine Kalkeier
garantiert kochfähig

10 Stück nur 65

Nossing-Butter 1 Stück 105
„Feine frische“ 1 Stück 93

und darauf trotzdem unser
bekannter hoher Rabatt

Butter-
Nossing

Hauptgeschäft Brühl, Ecke Richard-Wagner-
Platz / Johanniskirche 22 / Breite Str., Ecke Beuchaer Str.
Eisenbahnstraße 51 / Eisenbahnstraße 121, Riesaer, Ecke
Paulinenstraße / Bayrische Straße 98 / Pausaer Straße 1-3
Zschöchersche Straße 51 / Hallische Str., Ecke Laubestra.
Demmeringstraße 34 / Friedrich-Ebert, Ecke Weinbergstr.
Kirchstraße 50 / Stettiner Straße 12.

Was enthält das Reichsbahngesetz?

Von Scheffel, M. d. R.

Der Reichstag wird sich im Laufe der nächsten Tage mit dem neuen Reichsbahngesetz beschäftigen. Als ein Bestandteil des Youngplans ist das Gesetz in seinen wesentlichen Bestimmungen unabänderlich. Die Annahme oder Ablehnung des Youngplans ist zugleich bestimmend für das Schicksal des Reichsbahngesetzes. An der Annahme des neuen Plans ist kaum zu zweifeln trotz billender finanzieller Verpflichtungen. Damit tritt auch das Bahngesetz in Kraft, so unzulänglich es auch sei.

Nach wie vor wird der bedeutamste Besitz des Reiches von einer Gesellschaft betrieben und verwaltet. Statt die Bahn in Sonderverwaltung des Reiches, wie etwa die Reichspost, nehmen zu können, ist ihre Selbständigkeit in erheblichem Umfang erhalten geblieben. Lediglich fehlt demnach auch in Zukunft die Einheitlichkeit auf dem Gebiete der Verkehrs- und Tarifpolitik. Die schädliche Konkurrenz bleibt bestehen, und ein Ausgleich der Verkehrsmittel und Kräfte ist nicht gegeben. Die Voraussetzungen dafür waren infolge der mit dem Youngplan verbundenen Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands und der Garantieübernahme der Reparationen durch die Regierung gegeben. Die Schuldenverschreibung der Reichsbahn, die der Danesplan enthielt, ist bestätigt und damit auch die dingliche Haftung der Reichsbahn gefestigt. Der Eisenbahnoberkommissar stellt seine Tätigkeit ein und die Ausländer scheiden aus dem Verwaltungsrat aus. Es ist nicht mühsig zu untersuchen, welche Kräfte da am Werk gewesen sind.

Der bekannte Schacht-Brief vom Frühjahr 1929 an Owen Young, hat seine Wirkung auf diesen und auf die Sachverständigen nicht verfehlt. Schacht hat sich für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Reichsbahn eingesetzt.

Der Reichsregierung sollte jeder Einfluss auf die Gestaltung der Rechts-, Dienst- und Bevollungsverhältnisse des Personals verboten bleiben.

Das ist erreicht worden. Dieser unehrfüllige Zustand soll bis 1934 bestehen bleiben, vorausgesetzt, daß die Reparationssteuer von 60 Millionen Mark jährlich bezahlt und die Vorzugsaktien eingezogen sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die maßgebenden Vertreter der Reichsbahn selbst großen, vielleicht entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des Reichsbahngesetzes ausgeübt haben. Dr. Schacht hat zu den Beratungen der Sachverständigen im Frühjahr 1929 in Paris zwei Direktoren der Reichsbahn zugewiesen. Diese befanden sich angeblich „ganz zufällig“ auf Urlaub derselbst. Demgegenüber muß die merkwürdige Tatsache festgestellt werden, daß es Schacht abgelehnt hat, Vertreter der Reichsregierung, bzw. des Reichsverkehrsministeriums einzuladen. Schacht wollte, man staune über die peinliche Sachlichkeit dieses Mannes, die Unabhängigkeit der Sachverständigen nicht gefährden. Unter diesen Umständen wurde

damals bereits die Grundlage des Gesetzes geschaffen.

Im Herbst 1929 wurde es im Unterausschuß des Sachverständigen-Komitees vollendet. Bei den Schlusverhandlungen im Haag hat man Änderungen nicht vorgenommen.

An den Pariser Verhandlungen waren zeitweilig bis 10 Reichsbahndirektoren beteiligt. Daneben trat der Vorstand des Verwaltungsrates, Herr von Siemens, selbst in Funktion, aus eigenem Erreben und sogar gegen den Willen der Regierung. Der Generaldirektor Dr. Dörpmüller war gleichzeitig mit dieser Aktivität des Herrn von Siemens nicht einverstanden. Als Sachverständige füllt Personalbezüge durchweg Vertreter des Eisenbahnpersonals mitwirken. Das zu erreichen, bedurfte er erheblicher Anstrengungen der gewerkschaftlichen Organisationen und anderer Stellen. Den Personalvertretern wurde das Recht zugesprochen, den Delegierten der Regierung ihre Wünsche vorzutragen. Erst im späteren Stadium der Verhandlungen erhielten sie Gelegenheit, zu einem Unterausschuß zu sprechen. Daraus läßt sich die weitgehende Selbständigkeit der Reichsbahn und ihr Charakter erklären.

Man würde der Schlagzeile nicht gerecht, wollte man das Gesetz in all seinen Teilen ablehnen, und seine guten Seiten übergehen. Die Reichsbahn selbst wird künftig von der Geldnot befreit. Das Gesetz gibt ihr das Recht auf selbständige Aufnahme von Krediten und Hypotheken. Zur Deckung von Verwaltungskosten hat die Reichsbahn einen jährlichen Betrag von 5 Millionen Mark an die Regierung abzuführen. Diese übernimmt die Verteilung an die in Frage kommenden Gemeinden.

Als ein beachtlicher Fortschritt ist zu werten, daß die Reichsbahngesellschaft, der allgemeinen deutschen Gesetzgebung unterstellt

ist, soweit ihr nicht durch das Reichsbahngesetz oder durch die Gesellschaftsaufzung eine besondere Rechtsstellung eingeräumt ist. Hier muß nur bedauert werden, daß nach wie vor die Vorschriften der

Gewerbeordnung nicht anwendbar und daß die Organe der Reichsbahn Kontrollinstanzen sind. Reichsaufsicht oder Schaffung einer besonderen Kontrollinstanz unter Mitwirkung der Gewerkschaften wäre angesehnt der steigenden Unfallsziffern durchaus am Platze. Bei künftiger Fassung sozialpolitischer Gesetze sollte die Regierung in jedem Fall prüfen, ob die Übertragung der Befugnisse der obersten Reichsbehörde an den Generaldirektor tatsächlich begründet ist oder nicht. Es ist nicht unbillig, von der Regierung zu fordern, daß sie möglichst bald von dem ihr durch das Gesetz eingeraumten Recht Gebrauch macht, die jetzt in der Gewerbeordnung behandelten sozialpolitischen Fragen künftig in einem andern Gesetz zu regeln. Nicht verfehligt haben die Gesetzgeber in Paris die von den Eisenbahnerverbänden aller Richtungen aufgestellte berechtigte Forderung, die frühere Gleichstellung der Reichsbahnbeamten mit den Reichsbeamten wiederherzustellen. Die Gesellschaft hat das Recht, eine Personalordnung und zwar ohne Mitwirkung der Gewerkschaften zu erlassen zur Regelung der Rechts-Dienst-Befolgsungsverhältnisse in Abteilung an die für Reichsbeamte geltenden Vorschriften. Will sie davon abweichen, muß sie mit der Regierung Rücksprache pflegen. Bei Nichteinigung entscheidet das Reichsbahngericht.

Das Parlament ist damit ausgekehrt, Petitionen der Reichsbahnbeamten werden nicht willksam.

Die neue Bestimmung, daß die gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitszeit der Angestellten und Arbeiter auch für diese Gruppen der Reichsbahn gelten, ist als Erfolg der Pariser Verhandlungen zu werten. Dasselbe kann hinsichtlich der Einschränkung der Übertragungsbefugnisse der Verwaltung auf dem Gebiet der Arbeitszeit gefragt werden. Bei der Reichsbahn sind etwa 240 000 Betriebs- und Verkehrsarbeiter beschäftigt, deren Arbeitszeit dem Tarifvertrag und der Schildungsordnung entfällt. Nach Besleben konnte die Verwaltung die Arbeitszeit der Beamten auf die Angestellten und Arbeiter übertragen. Das neue Gesetz zieht der Willkür Schranken. Bei weiterer gleichlicher Aenderung der Arbeitszeit oder bei der Ratifikation des Washingtoner Abkommens ist es Sache der Regierung, dafür zu sorgen, daß die verkürzte Arbeitszeit unbedingt auch für die Reichsbahn gesetzlich verankert wird. — Der Regierung wird durch das neue Gesetz das Recht verliehen, Änderungen des Gesetzes vorzunehmen, die bedingt werden durch die Verhältnisse oder Zweckmäßigkeit. Sie ist gut, wenn sie davon im weitestgehenden Umfang Gebrauch macht, um Mängel abzuheben. Diejenigen Gesetzesparagraphen, die ohne Weiteres von Parlament und Regierung geändert werden können — es sind deren zehn an der Zahl — haben leider keine große Bedeutung. Nichts wird geändert an der überragenden Stellung der leitenden Beamten der Reichsbahn. Ihre Bezüge werden von der Gesellschaft selbständig festgesetzt.

Die Reichsregierung kann immerhin manches tun, so beschränkt auch ihr Aufsichts- und Auskunftsrecht ist. Sie befagt es nicht viel, daß die Regierung die Bilanz prüft. Ein Licht in die Buchungen nehmen und Auskunft verlangen kann. Ein Einspruchs- und Auordnungsrecht hat sie nicht und damit ist das erweiterte Recht nach dem neuen Gesetz nicht viel mehr als ein Messer ohne Klinge. Die Reichsbahn kann frei über Schließung von Betrieben und Werkstätten verfügen. Es befagt nichts, daß dies der Regierung 6 Monate vorher mitzuteilen ist.

Man muß sich fragen, ob die verhältnismäßig bescheidenen Rechte einer Kollegsregierung mit der durch den Youngplan wieder erlangten Souveränität des Reiches vereinbar sind. Noch wie vor ist die Reichsbahn ein Staat im Staate. Selbst auf dem Tarifgebiet sind ihre Befugnisse weitgehend festgelegt. Das formale Befähigungsrecht ist der Regierung gegeben. Sie kann selbst Änderungen von Tarifen verlangen. Lehnt die Reichsbahn ab, so entscheidet das Reichsbahngericht. Alles in allem genommen kann gefragt werden:

Die Reichsbahn hat es mit der Unterstützung von Schacht und seinen Gegnern im Ausland verstanden, dem neuen Gesetz Form und Inhalt nach eigenen Wünschen in vielen Teilen zu geben.

Eine Möglichkeit hat die Reichsregierung allerdings in Händen, um zu verhindern, daß die Reichsbahnpolitik erheblich kollidiert mit der Reichspolitik. Sie erkennt in Zukunft ganz allein die Mitglieder des Verwaltungsrats. Diese Körperschaft hat auf Grund der neuen Gesellschaftsaufzung weitgehende Befugnisse wie bisher. Sie hat in allen wichtigen grundsätzlichen Fragen zu entscheiden. Sie ernennt den Generaldirektor und die oberen Beamten, sie entscheidet über Aufnahme von Anteilen und Krediten und genehmigt die Bezüge des Personals und Rechts- und Dienstverhältnisse derselben. Möge die Reichsregierung bei der Auswahl der Verwaltungsratsmitglieder gut beraten sein! Möge sie et-

wägen, ob nicht bestimmte Bedingungen an die Überlassung eines Sitzes zu knüpfen sind. Persönlich interessierte Leute wie Liechtenstein u. a. gehören leinesfalls hinein! Die Ausschaltung von Parlamentariern muß als bedauerlich bezeichnet werden. Die Ansprüche des Personals, die sich stützen auf Verfassung und Betriebsrätegesetz, wird man nicht beiseiteziehen können. Daß die leichten hohen Bezüge des Verwaltungsrats unhalbar sind, braucht in Zeiten drückender Not nur kurz erwähnt zu werden.

Rächt die Regierung ihre Rechte im weitesten Umfang aus und macht sie von den Revolutionsmöglichkeiten Gebrauch, so wird sich die Bevölkerung samt dem Eisenbahnpersonal mit dem neuen Reichsbahngesetz als Teil des Youngplans abfinden können.

Der Außenhandel im Januar

Im Januar war eine auffallend große Zunahme der Einfuhr und eine geringe Steigerung der Ausschuhr zu verzeichnen. Die Ausschuhr stieg von 1005 Millionen Mark im Dezember auf 1034 Millionen Mark im Januar, die Einfuhr von 1013 auf 1225 Millionen Mark.

Die Zunahme der Einfuhr ist nicht als Zeichen höheren Rohstoffbedarfs und steigender Konjunktur zu werten. Die starke Einfuhrzunahme zeigen Gerste um 72,5, Weizen um 24 und Kaffee um 40,1 Millionen Mark. Die Mehrausschuhr von Getreide hängt mit Vereindeckungen zusammen, vorgenommen, um der im Januar erfolgten Erhöhung der Getreidezölle zu entgehen. Die Grundlage der Außenhandelsstatistik sind die Zollabrechnungen. Wie das Statistische Reichsamt mittelt, ist ein Teil der zahlreichen Einfuhrzunahme nicht auf Zunahme der tatsächlichen Einfuhr zurückzuführen, sondern auf die Häufung von Zollabrechnungen am Jahresende.

Der Hauptanteil an der Steigerung der Ausschuhr entfällt auch diesmal wieder auf Fertigwaren, hauptsächlich auf nicht-elektrische Maschinen und Textilwaren.

Leipziger Rundfunkprogramm

Freitag, den 21. Februar.

- 10,00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen.
- 12,00 Uhr: Jupfinstrumente. Schallplattenkonzert.
- 12,30 Uhr: Kauener Zeitzeichen.
- 13,00 Uhr: Wettervorhersage. Schnee, Presse- und Börsenbericht.
- Anschließend: Claude Debussy. Schallplattenkonzert.
- 13,15 Uhr: Dienst der Landfrau. Anna Nestmann, Probstdeuben bei Leipzig: „Pelz- und Angora-Kaninchen-Zucht“.
- 13,45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 14,00 Uhr: Prof. Dr. Karl Blaas, Leipzig: „Die Psychologie des Erfolgsbuches“.
- 14,30 Uhr: König Tod. Musikdichtung in einem Aufzug von Wilhelm Reich. Text von Franz Leitzen. Dirigent: Alfred Schedl.
- 15,00 Uhr: Dienst der Landfrau. Annen Nestmann, Probstdeuben bei Leipzig: „Pelz- und Angora-Kaninchen-Zucht“.
- 15,30 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 16,00 Uhr: Prof. Dr. Johannes Dietterle, Leipzig: „El literatura hoy movada“ (Esperanto).
- 16,20 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 16,30 Uhr: Arbeitsnachweis.
- 16,45 Uhr: Direktor Friedel, Viktor Mann: Englisch.
- 16,55 Uhr: Gustav Wiegand, Halle, Wilhelm Müller, Nöllen: Gespräch über das Betriebstagebuch.
- 17,30 Uhr: Die junge Generation spricht: Die „Kolonne“ Dresden am Mikrofon: U. A. Kuhnert und Martin Roschke.
- Anschließend: Altmühl Wirtelstunde.
- 17,45 Uhr: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht, Sportkunst. Anschließend bis 24,00 Uhr: Unterhaltungsmusik. Übertragung aus dem Restaurant des Hauptbahnhofes in Leipzig.

Eine Frau allein

Von Agnes Smedley.

Copyright by Buchverlag Frankfurter Sozialistischer Kulturfabrik G. m. b. H.

Frankfurt a. M.

Den im silbrigen Mondlicht glänzenden Weg dahinzuwenden war herrlich, so warm und beruhigend. Die beiden Pferde tönten wie ein Gebirgsbach vorwärts. Bobo's Arm legte sich langsam um mich. Die Pferde stürmten weiter... einen langen Abhang hinunter, einen anderen hinauf, dann wieder hinunter... dann langsam um eine Biegung und schließlich unter einer dunklen Brücke, wo Bobo anhielt. Bobos anderer Arm umklammerte mich; ich fühlte, wie seine heißen Lippen nach den meinen suchten, langsam und weich strich seine Hand nach meiner Brust zu... Wie dumum war ich gewesen, mit ihm hierherzukommen!

„Lass das... bitte!“

„Ich tu dir ja nichts.“

„Noch, daß du wegkommen, sage ich.“ Ich wand mich, um mich aus seinen Armen zu befreien. Etwas Schreckliches lief durch mein Blut und schien mich zu überwältigen. Eine panische Angst ergriß mich. Seine Hände schlossen sich fester um mich, zitternd — und ich erinnerte mich an meine Eltern, Helen, Annie... die verheiratete Frau mit ihrer Bitte: „Ich hab dich doch so lieb, Schatz“ — Erinnerungen der Wein und edle Bitterkeit. In blinder Wut stürzte ich mich auf ihn, seine Hände waren gepackt, die meinen hart. Eine primitive Angst war in mir, und ich schlug zu, mit meiner ganzen Kraft... Heißes Fleisch zwischen meinen Zähnen...

„Du Gottverdantes Frauenzimmer du...! Ich fühlte seine Hand gegen meine Brust, ich fiel aus dem Wagen heraus und schlug dabei gegen das Rad.

Ich lag schwundig vor Schreien auf der weichen Erde. Bobo setzte aus dem Wagen heraus und blieb neben mir auf dem Weg liegen. Die eine Seite seines Mundes war dunkel vor Blut. Wie zwei Tiere in der Nacht starteten wir uns an.

„Steig ein, ich seh dich an der Brücke ab und seines Schriftschriften“, sagte er.

„Ich lauf nach Hause.“

„Was werden die Leute sagen, wenn sie dich so sehen.“

„Das geht dich nichts an. Ich lauf nach Hause.“

„Dann lass sie nur; ich will dein dreckiges Gesicht nie wieder sehen.“

Langsam erhob ich mich und ging den trüben, grauen Weg nach dem Städtechen hinunter. Jetzt war der Mond fast und hart,

wie die Eisfläche eines windgepeitschten Sees im Winter. Einsamkeit, in die mein Leid und meine Tränen sich mischten...

Niemals hatte ich bisher einen solch einsamen, verlorenen Ort gekannt. Unter winziges, aus rohen Brettern gezimmertes Haus lag wie zum Sprunge geduckt am Rand eines mit Felsen und Geestrücken bedeckten Canyons, von zart rosafarbenen Flecken überwachsen, wie sie in Colorado häufig vorkommen. Den Canyon hinauf im Westen lagen große rauchende Gruben, die man nach einer Explosion, in der fast einhundert Arbeiter umgekommen waren, verlassen hatte. Dahinter dehnte sich eine urweltliche Wildnis von bewaldeten Hügeln und Bergen. Nachts konnte man von dort aus das Gebrüder der wilden Tiere vernehmen. Klapperschlange, so dick wie der Arm eines Menschen, kroch über die Felsen oder dehnte sich auf den sonnigen Abhängen.

Ging man den Canyon hinunter, so kam man an den verlassenen Häusern des früheren Städtchens vorbei. Der Canyon öffnete sich nach einer breiten, flachen Ebene hin, die im Herbst mit ihrem kurzen, kräftigen Präriegras goldbraun glänzte. Welt im Osten lag eine niedrige, schlafende Kette von Hügeln und hinter ihnen ragten die Köpfe anderer Hügel und Berge hervor. Nach Nordwesten zu dehnte sich die Ebene, bis sie das Hügelgelände erreichte, das den Rocky Mountains vorgelagert ist, die im Sommer und Winter im ewigen Schnee glitzern. „Songre de Christo“ — das Blut Christi nannte man sie, vielleicht weil der Schnee noch lange, nachdem die untergehende Sonne die Canyons und die Ebene in tiefer Dunkelheit zurückläßt, in welchen Farben, wie warmes Blut, leuchtet.

Schien der Mond über die stillen weißen Ebene, kounten wir aus den Tiefen unseres dunklen Canyons das langegezogene Heulen von Rudeln von Präriegelwölfen hören, die ihre Verstecke verlassen hatten und sich in der Ebene trafen. So schienen Tausende zu sein. Wenn die Lust von ihrem heissen Scheit voll war, trockn unter dem Schutz des Hauses.

Kam man aber die ebene Fläche nach dem Süden hin, so kam man an einem Präriegundbett vorbei, das aus Tausenden und über Tausenden kleinen Wohlbürgeln bestand. Dort sahen die kleinen, fetten Tiere auf ihren Hügeln und starteten bestäublich in eine sonnige Welt hinaus. Jensts des Dorfes lagen sonst ansteigende Hügel, und dahinter war für uns eine andere Welt: zuerst eine aus Ziegeln gebaute katholische Kirche, zu der einmal im Monat die Missionare kamen, wenn der Priester — ein harmloser alter Sündenhund, wie mein Vater ihn nannte — seine Runde machte, um den wartenden Seelen seinen geistlichen Zuspruch zu spenden. Weiter entfernt befand sich das Wirtshaus — ein Zeichen dafür,

dass die Zivilisation und die Rockefellers in der Nähe waren, und daneben die Schule, am Rande von Tercio, einem der Colorado Fuel and Iron Co. gehörigen Bergarbeiterlager.

Über Tercio lag die gleiche Atmosphäre wie damals über Dolagua — schwelende Unzriedenheit und Hass. Die gleichen Beschwerden über den Meister an der Wage, die lange Arbeitszeit, die niedrige Löhne, die ungerechten Sätze in den Gruben, sowie die Vernachlässigung aller Vorsichtsmassregeln, über die hohen Preise, den Schwund im Laden der Gesellschaft, die Zahlung in Script statt in amerikanischem Gold. Jeden Morgen schlepten sich die Bergarbeiter zu den Decks in der Seite des Berges, um abend ihre Kohlenstaub-schwarzen Körper verdorben wieder nach Hause zu tragen. Ihre Kinder — Jungs von zehn Jahren an — arbeiten über Tag, bis sie stark genug waren, selbst Bergarbeiter zu werden. Für diese Menschen bedeutete das Dasein — wie für uns — Arbeiten, Schlafen und Essen, wann immer und was immer man bekam, und sich fortzupflanzen. Als Verstreitung gab es für die Männer nur die Kneipe, für die Frauen nichts. Ein Buch war eine Seltenheit — unsere Familie besaß ein einziges, eine Zeitung war fast ebenso selten, denn Lesen bedeutete eine nur für reiche Leute bestimmte Erholung. Nur wenige Kinder der Bergarbeiter konnten tatsächlich die Volksschule beenden, der Mehrzahl gelang das nicht. Die Kinder der leitenden Angestellten der Gesellschaft wurden auf höhere Schulen und die Universität geschickt.

Als bald nach unserer Ankunft ein Streit kam über diese Bergarbeiterlager verbreitete, wagte keiner von uns, nach Tercio hinzugehen. Gerüchte ließen um wie Waldfeuer. Der Sheriff, der wie ein absoluter Herrscher über dieses kleine Lager gebot, war ein eingeschworener Amerikaner, trug einen großen Revolver an der Seite und ließ bei den Bergarbeitern seine Unzufriedenheit darüber bestehen, wußte er bezüglich werden. „Ich füllte euch allen noch mal den Mund mit 'ne Ladung Blei,“ pflegte er zu rufen. Oder er drohte, er würde ihnen „Gefecht vor Jesus Christus“ bringen“.

Hass und Hunger gingen Hand in Hand durch die Bergarbeiterlager. Nahrungsmittel gab es nur in den Läden der Gesellschaft, und die Läden lieferten während des Streits nichts auf Kredit. Die Schule war geschlossen, die Straßen leer. Die Staatsmilitia hatte sich wieder in Trinidad und auf den anderen größeren Bergarbeiterlager des Canyons eingestellt. Streitbrecher wurden importiert, Soldaten beschützten sie bei ihrer in- und Ausfahrt aus den Gruben.

Schließlich kam noch Wochen verzweifelten Kampfes und Hungers der Streik zu einem Ende. Klagende Frauen und weinende Kinder hatten dazu beigetragen, die Männer wieder zurück in die Gruben zu treiben; bestellt.

FEUILLETON

Leipziger Volkszeitung

DONNERSTAG, DEN 20. FEBRUAR 1930

Der vergessene Tod

Novelle von Ernst Glaeser.

In einem Julimorgen, der durch das kleine mitteldeutsche Städtchen brandete, wo ich aufwuchs, rief mich meine Mutter zweimal hintereinander sehr deutlich und hastig, gerade als ich ein kleines rotweisses Föhnnchen auf eine Sandburg stecken wollte, die ich mit großer Vorsicht und der Ausdauer von drei Tagen gebaut hatte. Wenige Sekunden später sprang meine Mutter aus dem Hause, riss mich an den Hand über den dunklen, nach fühlen Gang hinauf in mein Zimmer im ersten Stock, wo sie, ohne ein Wort zu reden, mich umzuziehen begann und in meinen besten Matrosenzug stellte, der damals der Stolz meiner Sonntage war. Sie weinte dabei, fast lautlos, hochauf. Ich war von ihrer Hast derart bestimmt, dass ich nichts zu fragen wagte. Meine Aufmerksamkeit galt einer steigenden Raße, die sich auf dem Fensterbrett in der Sonne rekelte. Wenige Minuten später trat mein Vater ins Zimmer. Er trug einen Gehrock und eine schwarze Krawatte. Sein sonst so fröhlicher Schnurbart hing schlaff, seine Hände waren sehr nervös, obwohl sie in schwarzen Handschuhen steckten. In diesem Augenblick war ich von der Bedeutung eines Ereignisses überzeugt, das ich zwar noch nicht kannte, das aber vor der Tür stand, dunkel, verhüllt, sehr interessant.

Mein Vater zog seine Uhr und sagte, es sei Zeit. Ich machte einen tiefen Diener vor ihm und sagte: „Ja.“ Warum ich das tat, wußte ich selbst nicht; aber ich glaube, ich wollte freundlich sein. Meine Mutter weinte, dabei lächelte sie. Ich stand mitten im Zimmer wie in einem großen Kreis, als plötzlich mein Vater auf mich zukam, tapsend, seine Beine quierten und schnarrten, als hingen sie in Scharnieren, meine Hand nahm und mit einer Stimme, die gewaltig laut war, sagte: „Komm, die Großmutter stirbt.“

Ich hatte das Wort „Sterben“ schon mehrere Male vorher gehört, aber ich wußte nicht, was das ist, von dem die Leute immer so leise redeten, daß ich sie nicht verstand. Genau entstünde ich mich unserer alten Magie; die machte immer „Pst“, wenn einer das Wort sagte. Jetzt also sollte ich das Geheimnis, das hinter diesem Wort stecke, sehen, und obendrein noch bei jemandem, den ich kannte. Ich war sehr neugierig, gar nicht traurig ... *

Vor mir im Abteil saß mein Vater und drehte seinen Zylinderhut zwischen den Händen. „Doch muß eine große Sache sein“, dachte ich, „wozu man solche Hüte braucht.“ Auch meine Mutter war ganz schwarz angezogen, sogar die Glasperlen an ihrem Kleid waren dunkel. Sie sah durchs Fenster, hinter dem ein scharfschnittener Tannenforst sich in die Wiesen schob; selbst als wir am Forsthause „Zum grünen Jäger“ vorbeifuhren, wo wir Sonntags immer hingingen und mein Vater Waldhorn blies, sagte sie nichts. Als mein Vater sich eine Zigarette anzünden wollte, sah sie ihn streng strafend an, so daß er sie verlegen wieder in die linke Brusttasche schob, wo sie zerkratzte. Ich beobachtete das Spiel der Sonnenstrahlen in den Messinggriffen der Tür. Das wußt ich noch sehr genau, wie das Licht aus dem Metall spritzt und ich mit immer das Wort „Tod“ sagte, das so gern anders klang.

Wir brauchten nicht lange zu fahren; denn das Dorf, in dem meine Großmutter wohnte, gehörte zu unserem Kreis. Der Bahnhof war ganz mit weißblätterten Latten flankiert, auch gab es Blumen dort, die sehr rot waren. Hinter diesem Gitter stand mein Onkel, der Bürgermeister und Holzhändler, eine breite, dorfe Gestalt, ganz in Schwarz mit seitlich gewippptem Zylinder, während seine Hände supferot und fast hilflos auf dem weißen Gitter lagen. Als der Onkel mich sah, winkte er, und ich lachte ihm voll ins Gesicht. In ihm stand eine Freude hoch, die er fast ängstlich und wie erktapft abdämpfte, indem er an seinem Zylinder griff und sehr gemessen und ernst nach meiner Mutter hin grüßte. Diese nickte kaum. Neben ihm stand sein Knecht, ein junger Kerl in gelber Lederschürze, und hieß die Gäule, die vor einem Break sehr unruhig waren.

Wir fuhren durch das Dorf, jene Straße, die von Gärten wattiert ist. Wenn uns Leute begegneten, grüßten sie. Der Gegengruß meines Vaters und meines Onkels war sehr steif, ganz anders als sonst, wo sie immer lachten, wenn sie einen Jungen, den sie kannten. Wir fuhren wie in einer Parade. Jeder wußt uns aus, blickte stehen, grüßte uns, wortlos. Ich war sehr neugierig. Das Gut, auf dem meine Großmutter lebte, war eine Obstplantage. Von der Straße aus führte ein heller Kiesweg zu dem gelben Hause, das schon etwas baufällig war, aber sehr geräumig. Als wir in den flachen Flur traten, roch es nach Karbol, ganz süßlich. Meine Mutter nahm mich an der Hand und sagte, ich solle keine Furcht haben. Sie grüßte einen schwermütigen Mann, der lispelte, daß es hoffnungslos sei. Es war der Doktor Ziegenspeck aus unserer Kreisstadt. Meine Mutter sah ihn an, als hätte sie ihn. Er verbeugte sich tief vor ihr.

Wir standen an der Tür, hinter der es rutschte, als legte man feste Wäsche zusammen. Vor dieser Tür stand eine große Uhr, die stehengeblieben war. Meine Mutter zog sie auf, rückte den Zeiger zurück, und als aus dem Gehäuse sechs dumpfe Schläge fielen, griff sie nach der Türklinke, fast trocken, mit gespanntem Mund. Mein Vater war mit meinem Onkel in die Küche gegangen, weil sie Hunger hatten.

Das Zimmer, in dem meine Großmutter lag, war das schönste des Hauses. Es lag nach Süden und hatte immer milde Wind. Als wir hineinkamen, wehten die Gardinen. Meine Mutter sagte plötzlich ganz laut: „Es ist 6 Uhr.“ Meine Großmutter, die im hochgebauten Bett lag, wäscherte gelb, mit herunterhängenden Kiefern, rief: „5 Minuten nach 6, liebes Kind.“ „Ich habe eben die Uhr gestellt“, sagte meine Mutter zaghaft. „Es ist 5 Minuten nach 6!“ schrie die Kranke, sie warf sich hoch, drohend fast, fiel aber rasch wieder zurück und stöhnte. Meine Mutter weinte. Ich sah eine lattunblaue Schwester lächeln.

„Was wollt ihr eigentlich hier? Ist dein lächerlicher Mann auch mit dabei? Ich habe euch nicht gerufen!...“ fragte es plötzlich aus dem Bett. Dann wie ein großes Wimmern: „Warum kommt Franz nicht?“

Franz, das war ein anderer Onkel aus der Stadt, über den niemand sprach, denn er hatte oft Schulden und lebte von abwechselnden Berufen. Am 1. Mai kam er regelmäßig in unser Städtchen und sprach auf einer Wiese zu den Arbeitern, die ihm zujubelten. Mein Vater sagte, er sei ein Lump und ein Schandfleck für die Familie. Mir gefiel er sehr gut, denn er war hübsch und witzig. Meine Großmutter liebte ihn am meisten. Sie half ihm aus allen Schwierigkeiten, was meinen Vater verdroß, denn es ging am Ende der anderen ab.

„Warum kommt Franz nicht?“ Die Kranke schrie, als wälzte sie sich im Fleber. „Wir haben telegraphiert“, sagte mein Vater, der eintrat und nach Bier und Gurken rief. „Vielleicht ist er bei seinen Weibern und hat keine Zeit...“ „Es ist eine Schande“, sagte mein Onkel. „Franz,“ schrie es aus dem Bett, „Er kommt ja!“, die Innenflächen ihrer Hände nach vorn ges-

bogen, ging meine Mutter auf die Kranke zu. Die wälzte sich in den Klissen, schlug um sich, dann starrte sie plötzlich halb aufgerichtet zur Decke, fiel schwer zurück und versank in ein Wimmern. Die lattunblaue Schwester nahm Essig und goß ihn über ihre Stirn.

„Immer der Franz“, sagte mein Vater und zog seine Handschuhe aus. „Natürlich der Onkel, als wären wir gar nicht mehr da...“ warf mein Onkel dazu. „Sozialist!“ zischte mein Vater. „Hier stirbt jemand!“ schrie meine Mutter. Sie holte wie zum Schlag aus und stand vor den Männern, die sich widerwillig duckten. Dann nahm sie meinen Vater am Kragen: „Wenn der Franz kommt und du nicht...!“ Mein Vater versprach es. „Luft!“ snarre die Sterbende. Die Schwester machte einen Fensterflügel auf und zog die roten Vorhänge darüber. Wir sahen in düstlicher Dämmerung... Dann kam der Arzt herein, machte ein spiges Gesicht und sagte, es dauerte nicht mehr lange. Das Herz lasse nach. Wir warteten.

Das dauerte etwa zwanzig Minuten, als wir plötzlich Schritte hörten. „Das ist Franz“, sagte meine Mutter und zitterte. „Pst!“ machte der Arzt. Er deutete auf die Sterbende, die da lag mit offenen Augen, aber es war, als lägen sie nichts.

Als die Tür aufging, fiel etwas Tageslicht in den Raum. Es blendete sehr. Mein Vater ging auf Franz zu, sagte: „Guten Abend“ und „Vor der Majestät des Todes lerne er seine Partien mehr“. Franz sagte gar nichts. Dann ging meine Mutter zu ihm und gab ihm die Hand. „Komme ich noch recht?“ fragte er. Sie nickte. Er stand an der Tür, ganz weit von dem Bett. Er hielt den Kopf etwas vorgeneigt und begann langsam zu gehen. Schritt vor Schritt, sehr unsicher, fast tastend. Die Kranken schien ihn zu erkennen, wenigstens zuckte es um ihren Mund. „Mutter“, sagte Franz sehr leise und zart. Und wieder ging er einen Schritt vor, hob die Hand und winkte nach dem Bett. Starr und breit lag dort der Kopf der Frau, neben der der Arzt stand, lauernd, mit der Uhr in der Hand.

Mein Onkel hatte noch etwa zwei Schritte zu tun, als er plötzlich ausschrie, ganz laut und schrill, stehend fast, in die Knie ging und in Hockstellung auf dem Boden umherhüpste, wie ein angstschöner Rabe.

Er rieb sich in einemfort den Rücken und schrie: „Hier! Hier!“ Sein Gesicht hing zwischen Lachen und Weinen. Er sah sehr komisch aus; aber das war gerade in diesem Augenblick das Furchtbare.

Wie Leichen, die nicht umfallen können, so hatte sie der Schreck gelähmt, standen die andern im Zimmer herum. Ihre Augen hingen weit vor, als hätte sie die Angst aus dem Schädel gekrochen. Mit stockte das Blut. Ich dachte, jetzt stürzt das Dach ein.

In diesem Augenblick brach aus dem Bett ein ungeheures Gelächter. Die Sterbende hatte sich halb erhoben und lachte, doch der ganze Raum eine einzige Lache war. Auf dem Boden hüpfte der Onkel Franz, piepte, schrie, grünzte, es war ein Höllenlärm. Die Stube dröhnte bis ins lechte Gebäude. Im Bett lag meine Großmutter, einer Haarschleife über der Stirn, ihre hageren Schulter stach aus dem Hemd, und während ihre Hände auf die Decke niederschauten, sprang aus ihrem Munde ein dröhndes „Hahahaha!“ — dauernd, rollend, rollend wie Steinewetter. „Einen Hexenschuß!“ schrie sie, „einen Hexenschuß hat der Franz...!“ und sie deutete auf den Boden, wo der Onkel herumhüpfte, die Hand auf den Rücken geprahlt, wie eine Holzpuppe, an der ein mutwilliges Kind zieht.

Die ganze Familie brach in Lachen aus. Alle, mein Vater, meine Mutter, mein Onkel, tanzten um Franz herum, pustend und schaufsend. Als erster sah sie der Arzt. Auf den Divan legte er zusammen mit der lattunblauen Schwester den wimmern den Franz. Mein Onkel und mein Vater standen um ihn herum, hielten sich die Bäuche und gröhnten weiter nichts als: „Na... Na...“ Meine Mutter holte warme Tücher und begann zusammen mit der Schwester den Franz zu massieren. Sie widersetzten ihm ein, siewickelten ihn aus, sie legten ihn auf den Rücken, sie rollten ihn auf den Bauch, sie hatten dauernd mit ihm zu tun, als sei es für sie der größte Spaß, ihn zu knechten. Wenigstens lachten sie alle dabei und waren gar sonderbar fröhlich. Mein Onkel sagte, er hätte das einmal bekommen, als er seine Frau... „Pst!“ machte mein Vater und deutete auf mich. Ich stand etwas abseits, unten an der Tür. Ich fürchtete mich und wollte zu meiner Mutter gehen. Dabei muhte ich am Bett meiner Großmutter vorbei. Es war mir schon vorher aufgefallen, daß von dort kein Laut mehr kam. Es war plötzlich still, so wie es manchmal in einer Stube ist, wenn man das Licht abbrennt. Als ich an dem Bett vorbei wollte, sah ich, daß die Hand der Kranken von der Decke abgerutscht war und ein wenig herunterhing. Sie war sehr weich und von hohen Ufern überzogen. Ich stand mit meinem Rücken gegen meinen Vater, der sich mit den andern unter Lachen um Franz bemühte. War es nun, daß ich mich vor diesem Lachen fürchtete, oder nur der Verlust einer kleinen Freiheit, ich sah nach der Hand, schrie auf, fuhr zurück und trommelte mit beiden Fäusten auf meinen Vater los: „Rott!“ schrie ich, „halt ist die Hand — fallt!“

Ich sah heute noch, wie sie auf mich losfuhrten, als hätte ich das größte Verbrechen verübt, sah ihre roten Gesichter, ihre Hände, hörte sie schreien: „Was?“, sah den Arzt nach dem Bett stürzen, die Hand nehmen, die Uhr ziehen, die Hand fallen lassen und „tot“ sagen — hörte den Aufschrei meiner Mutter, das Gestammel meines Vaters — sah, wie sie alle dann um das Bett standen, als hätte man ihnen das Rückgrat herausgenommen, in ihren Kleidern zusammengezackt, elend, sehr hässlich — sah den Onkel Franz auf dem Divan liegen mit von Schmerzen zerfagtem Gesicht und auf die Tote starren, deren Mund weit offen stand, wie bei einem Fisch.

Dann führte mich die Schwester hinauf in ein anderes Zimmer, wo ich in der Nacht Fieber bekam, das vierzehn Tage dauerte.

Meine Chronik

Der heutige Fluß von Samoa. Auf der Insel Savaii, der größten der Samoainseln, gibt es eine vulkanische Erscheinung der seltsamsten Art und von grandioser Gewalt. Savaii wird in seiner ganzen Ausdehnung von vulkanischen Höhen durchzogen, von denen verschiedene imposante Berge darstellen, die bis zu mehr als 1200 Meter emporsteigen. Ein Teil dieser Berge ist erloschen, andere sind seit Menschengedenken im Ruhezustand, doch ist ein Teil der Krater noch tätig, und es gab erst 1902 einen kleinen Ausbruch. Dagegen kam es 1905 zu einer heftigeren Eruption, die mit Explosionen begann, und in deren Verlauf eine enorme Masse sehr flüssiger Lava ausgestoßen wurde. Die Lava verfüllte eines der fruchtbarsten Gebiete der Insel in einer Ausdehnung von 20 Quadratmeilen; sie entstieg einem neuen Krater, nahe dem Mittelpunkt der Insel, den man den Vulkan von Malapana nennt. Das überaus Seltsame an diesem Krater ist die Erscheinung eines Flusses von geschmolzenem Lava, der sich innerhalb der Kraterwände einhertüzt, weichglühende Springbrunnen emporpendet, gießend an den Kraterwänden brannte

und dann mit großer Schnelligkeit in einen Tunnel rauscht, der unter einem Lavafeld bis zum Meer reicht. Man kann den unterirdischen Lauf des Flusses deutlich an einer Linie großer Rauchwolken erkennen, die die Lavadüsen durchdringen. Mit erstaunlicher Gewalt und donnerartigem Geröse ergießt sich die Lava in die See,

Zum Wettbewerb um die Ausführung einer dekorativen Ausschmückung des Festsaales im König-Albert-Gymnasium in Leipzig schreibt der Rat der Dresdner Kunstabakademie die für die Einreichung von Entwürfen seitgelebte Frist vor dem 22. Februar bestimmt worden. Auf Anregung einer Anzahl Leipziger Künstler wird die Einlieferungsfrist verlängert und auf Sonnabend, den 22. März 1930, nachmittags 2 Uhr, gesetzt. Zur Vermeidung von Kosten wird freigestellt, die Entwürfe am 22. März 1930, in der Zeit von 11 bis 2 Uhr, im König-Albert-Gymnasium in Leipzig einem Beauftragten des Akademischen Rates unter den in der Ausschreibung genannten Bedingungen zu übergeben.

Barlets Drei Linden. Der Programmwechsel in der Monatsmitte hebt das Biedermeier-Ballett besonders heraus, schrurrende Gliederparade in luxuriöser Aufmachung. Herr Golemann hat seinen dressierten Fasen, Tauben, Hunden eine auf den Brettern wohl noch nicht gesehene Spezialität hinzugefügt: gehämmerte Füchse. Gern begrüßt man Heros, den selbsthaften Kraftmenschen, wieder, der mit Stahlflugeln ebenso sicher jongliert wie mit Papierflügelchen, der sich Eisenzwerge auf das Kreuz hauen läßt, doch man meint, er müßte als Ziel darunter liegen. Das ist sichere Arbeit, wägbar, spürbar. Man folgt ihr mit angehaltenem Atem. Ebenso sympathisch sind die alten Freunde und immer noch frischen Zwillingsschwestern Neumann, die als Jungen der Schule entfliehen und funktvoll vor Freude auf dem Kopje stehen. Dann gibt es noch einen treppenfahrenden Kunstrader, einen Harfenvirtuosen, einen virtuosen Maler mit Gesangsbegleitung und eine lustige Humoreska Ada.

Amerikanische Kulturbildchen

Aus dem Februarheft des von H. L. Menken herausgegebenen „Amerikanischen Merkur“.

Gutgemeinte Warnung an die Bewohner der Vereinigten Staaten von einem Leser der Birmingham Post:

Wir haben augenblicklich ganz ungewöhnliches Wetter, und wenn es noch lange anhält, läßt sich nicht sagen, was für Krankheiten sich noch daraus entwickeln könnten. Ich glaube mit Bestimmtheit, daß die ganze Störung auf den Einfluß des Radars zurückzuführen ist und noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat. Werne möchte ich meine diesbezüglichen Gründe einem aufrechten Verbündeten des Evangeliums mitteilen, und ich meine, er wird mir bestimmen. Ich stehe ihm jederzeit zur Verfügung.

Neue Wissenschaft in Kalifornien.

Die Zeitung „Die moderne Alabamfrau“ in San Diego bringt folgende Anzeige:

Ist Ihr Kind mit dem richtigen Namen versehen? Es gibt eine Wissenschaft für Namen und Zahlen, deren Vibrationen uns unbewußt, unsere Gedanken und Handlungen beeinflussen. Wird Ihr Kind durch einen anpassenden Namen am Fortkommen gehindert? Werden Sie selbst darin gehemmt?

Konsultation nach Vereinbarung.

Mary Tuttie Colby.

Aus Connecticut.

Dankdagung im „Abendblatt“ von New Haven.

Ich spreche allen Kunden besten Dank aus, die mich in meinem Schneidergewerbe unterstützen. Da ich jetzt Pastor in der Mission Websterstraße 93 geworden bin, habe ich nach des Herren Willen die Schneiderei aufgegeben. Federmann sei hiermit herzlich zu meinem Gottodienst eingeladen. Nach Verlauf eines Monats wird für nichtabgeholt Kleidungsstücke keine Verantwortung übernommen.

Frau A. Paulens.

Kühner Diebstahl in Georgia.

Die Chronik meldet aus der schönen alten Stadt Augusta: J. W. Arrington wurde gestern unter der Anklage verhaftet, von J. W. Chambers aus Wrens zwei falsche Zahne gestohlen zu haben. Herr Chambers hatte die Zahne aus dem Mund genommen, um sie Arrington auf dessen Wunsch zu zeigen, und sie ihm hingereicht. Da stopfte sie Arrington sich ins Maul und steilte davon.

Gottesdienst in Indiana.

In der aufblühenden Stadt Brazil wird von der Sonntagschule der „Harmoniebrüder“ ständig ein Bibelballspiel veranstaltet. Das Spiel geht wie gewöhnlich vor sich, nur daß statt des Balls eine Kugel auf einen Papierstreifen geworfen wird. Jeder Fänger hat dreißig Sekunden Zeit, zu antworten. Versagt er, lehrt die Kugel zum Schläger zurück, der richtig antworten muss. Mit anderen Sonntagschulen wurden Spiele verabredet. Ein stattlicher Gewinn ist für das nächste große Turnier bereit.

Klage des Alkoholschmugglers im „Bergdemokrat“ von Oaxland.

Das Unangenehme mit dem Schnaps ist, daß wir ihn, der Frauen und Kinder wegen, nicht auf Vorrat halten können. Unsere Frauen haben Geschmac daran gefunden und kaufen ihn ebenso rasch aus, als wir ihn ansetzen. Wir Männer mögen ihn selbst, aber wir wissen, wie er getrunken werden muß. Über die Weiber trinken ihn wie Wasser. Es macht ihnen gar nichts, ein Wasserglas voll davon hinunterzustürzen. Deshalb wird der Alkohol immer seltener.

Aus New York.

Anzeige im „Freiheitsregister“:

Zu verkaufen!

Neuer Kinderwagen, irrtümlich angekauft. Nie benutzt worden. Hab' zuviel mit Politik zu tun. Besonders billig um 15 Dollar. Nachzufragen bei Ben Greco.

Sonderbare Begebenheit in Wisconsin.

Victor Larsen aus der Stadt Neenah bereitet den Vergleich nicht wenig Kopfschreßen. So oft seine Frau ein Kind ziegt, fassen Larsen die Haare aus. Gewöhnlich hat er reichen roten Haarwuchs. Sobald das Kind auf die Welt kommt, beginnen die Haare auszufallen und Larsen wird fast kahl. Dann, wenn das Kleine ein paar Monate alt ist, wächst das Haar des Vaters wieder. Eine endgültige Diagnose konnte noch nicht gemacht werden, obwohl Larsen diese Erfahrung schon viermal probt hat.